

Wilfried Marxer

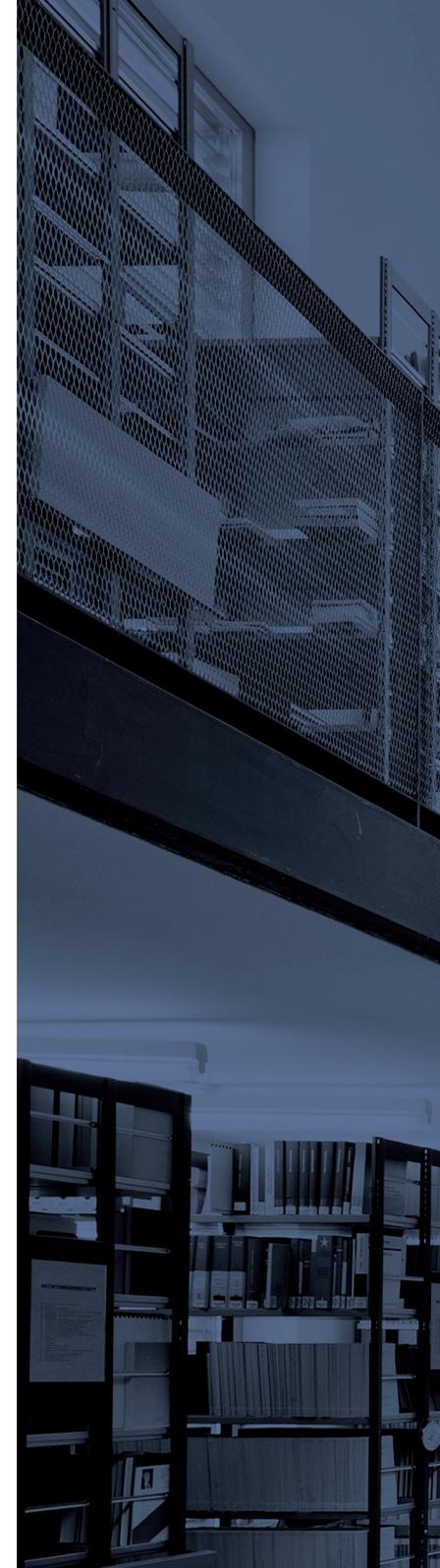
LANDTAGSWAHLEN VOM 5. FEBRUAR 2017

ERGEBNISSE EINER UMFRAGE

LI AKTUELL NR. 1/2017



LIECHTENSTEIN-INSTITUT



Herausgeber:

Liechtenstein-Institut

www.liechtenstein-institut.li

Autor:

Wilfried Marxer

(wilfried.marxer@liechtenstein-institut.li)

doi:10.13091/li-aktuell-2017-1

Mit LI AKTUELL präsentiert das Liechtenstein-Institut möglichst zeitnah Ergebnisse von Untersuchungen und zentrale Inhalte von Vorträgen. Dabei steht die Visualisierung, angereichert mit kurzen Erklärungstexten, im Vordergrund. Für ausführlichere wissenschaftliche Veröffentlichungen sei auf das weitere Schrifttum der Forschenden verwiesen (Monografien, Zeitschriftenaufsätze, Beiträge in Sammelbänden, Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut etc.).

© Liechtenstein-Institut, Bendern, 2017



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	5	WAHLVERHALTEN	40
Landtagswahlen im Rückblick	9	Wahlverhalten nach Geschlecht.....	41
Plakate im Wahlkampf (Auswahl).....	10	Wahlverhalten nach Alter.....	42
Beispiele von Stimmzetteln: Volle und nicht volle Listen	13	Wahlverhalten nach Ausbildung.....	44
Landtagswahlen 2017: Amtliches Ergebnis	14	Wahlverhalten nach politischem Interesse	46
Umfrage nach den Landtagswahlen.....	17	Wahlverhalten nach Parteineigung	47
VERTRAUEN UND BEURTEILUNG DER POLITIK.....	18	Gewählte Partei nach langfristiger Parteineigung.....	48
Vertrauen in die Politik.....	19	Wahlverhalten nach Veränderungsfreudigkeit.....	49
Beurteilung der Regierungsarbeit	20	Wahlverhalten nach Links-Rechts-Selbsteinstufung	50
Wer hat das Sagen in Liechtenstein?.....	23	Wahlverhalten nach Lebenssituation	51
Parteien und Volk	25	Wahlverhalten nach Haushaltseinkommen.....	52
Zufriedenheit mit der Demokratie	26	Wahlverhalten nach Religiösität.....	53
Vertrauen in die Regierung	27	Bevorzugung von Frauen bei der Wahl	54
WAHLMOTIVE UND WAHRNEHMUNG VON PARTEIEN UND PERSONEN	28	WÄHLERWANDERUNG	55
Hauptsächliche Gründe für Wahl der Parteien	29	Wählerwanderung: Zuwanderung von 2013 auf 2017	56
Links-Rechts-Wahrnehmung der Parteien	31	Wählerwanderung: Abwanderung von 2013 auf 2017.....	58
Links-Rechts-Selbsteinstufung und Links-Rechts-Einstufung der gewählten Partei.....	33	EINSTELLUNGEN ZU PERSONAL- UND SACHFRAGEN.....	60
Parteisymphathien	35	Direktwahl der Regierung	61
Sympathie von Spitzenkandidaten	38	Präferenz Regierungschef bei drei Kandidaten	63
		Präferenz Regierungschef bei zwei Kandidaten	64
		Sachfrage: Zuwanderung.....	66

Inhaltsverzeichnis

Sachfrage: Finanzpolitik.....	67
Sachfrage: Verkehrspolitik.....	68
Sachfrage: Vereinbarkeit von Familie und Beruf	69
Sachfrage: Aussenpolitische Präsenz.....	70
Sachfrage: Sparpolitik.....	72
Sachfrage: OKP-Auseinandersetzung	74
Bevorzugte Regierungsvariante und Koalitionsmodelle.....	76
Frauenförderung in der Politik	78
INFORMATION UND KOMMUNIKATION.....	79
Besuch von Internetseiten der Parteien.....	80
Nutzung von Wahlprogrammen	82
Nutzung wahlhilfe.li.....	84
Wahlsendungen von Radio Liechtenstein	86
Wahlsendungen von 1FLTV	87
Mediennutzung Liechtensteiner Volksblatt.....	88
Mediennutzung Liechtensteiner Vaterland	89
Mediennutzung LieWo	90

ENTSCHEIDENDE FAKTOREN FÜR DIE WAHL DER PARTEIEN	91
Methodisches zur Analyse des Einflusses von soziodemografischen Merkmalen, Einstellungen zu politischen Sach- und Personalfragen, grundsätzliche politische Einstellungen, Einstellungen gegenüber Parteien und Spitzenkandidaten sowie Mediennutzung auf den Wahlentscheid	92
Wahlgründe für die FBP.....	93
Wahlgründe für die VU.....	94
Wahlgründe für die DU.....	95
Wahlgründe für die FL.....	96

Zusammenfassung

Die liechtensteinischen Landtagswahlen vom 5. Februar 2017 endeten mit einem Stimmenverlust für die grosse Koalition, der mit 4,8 Prozentpunkten einzig zulasten der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) ging, während der Koalitionspartner Vaterländische Union (VU) einen kleinen Stimmengewinn von 0,2 Prozentpunkten verbuchen konnte.

Die FBP blieb die stimmen- und mandatsmässig stärkste Partei, obwohl sie eines von zehn Mandaten verlor, und es zeichnete sich auch nach den Wahlen eine Fortsetzung der grossen Koalition mit der VU ab, die bei acht Mandaten blieb. Die FBP war also gleichzeitig Verliererin wie auch Gewinnerin der Wahl. Die VU konnte nach dem herben Stimmenverlust von 2013 mit einem Minus von 14,1 Prozent nur unwesentlich zulegen. Die Hoffnung, Stimmen in wesentlichem Umfang wieder zurückzugewinnen, zerschlug sich.

Den stärksten Zuwachs erzielten Die Unabhängigen (DU) mit einem Zugewinn von 3,1 Prozentpunkten, womit sie neu bei 18,4 Prozent landeten. Das Wahlziel von 20 Prozent, ab welchem auch eine Mitarbeit in der Regierung anvisiert worden wäre, hatte sie indes verfehlt. Dennoch konnte sie den fulminanten Erfolg bei ihrer ersten Wahl 2013 nicht nur bestätigen, sondern übertraf ihn sogar. Sie erreichte neu fünf statt wie bisher

vier Mandate. Die zweite Oppositionspartei, die Freie Liste (FL), erzielte einen Zugewinn von 1,5 Prozentpunkten und landete neu bei 12,6 Prozent – ihr zweitbestes Ergebnis seit ihrem Bestehen. An der Zahl von drei Mandaten änderte sich jedoch nichts.

WAHLERGEBNIS DER FRAUEN

Besonders heftige und lange Diskussionen löste nach den Landtagswahlen das Wahlabbrechen der Frauen aus. Nachdem zwei der fünf bisherigen Mandatarinnen nicht mehr angetreten waren und zwei der Wiederkandidierenden ihr Mandat nicht verteidigen konnten, sank der Frauenanteil im Landtag von fünf auf drei Mandate, beziehungsweise von 20 auf 12 Prozent. Nur zwei Frauen erreichten neu ein Mandat – eine VU-Frau im Unterland und eine FBP-Frau im Oberland.

Auf dieses schlechte Ergebnis und die möglichen Ursachen kann in diesem «LI Aktuell» nicht gezielt eingegangen werden, da es hier in erster Linie um die Auswertung der Nachwahlbefragung geht. Zwei Fragen, die in der Umfrage gestellt wurden, widmen sich jedoch auch dem Thema. Einerseits wird gefragt, ob man bewusst Frauen gewählt habe. An anderer Stelle wird gefragt, ob man Frauen in der Politik gezielt fördern sollte. Mehr als zwei Drittel haben nicht speziell darauf geachtet, Frauen zu wählen. Bewusst

Frauen wählen eher die Frauen als die Männer. Frauen plädieren auch eher als Männer dafür, dass Frauen in der Politik gefördert werden sollten.

KEINE ERDRUTSCHARTIGEN BEWEGUNGEN

Wie schon bei allen Wahlen seit 1997 konnte auch zu den Wahlen 2017 eine repräsentative Nachwahlbefragung durchgeführt werden.

Bemerkenswert ist zunächst die Feststellung, dass trotz mehrerer Sparpakete in der abgelaufenen Mandatsperiode die Arbeit der Regierung relativ positiv bewertet wird. Auch der in der Wahlkampfzeit aufbrandende Konflikt zwischen der Regierung und der Ärzteschaft über die OKP-Verträge (siehe *Landtagswahlen im Rückblick*) wirkte sich nicht negativ auf die Regierung und auf die hauptverantwortliche FBP aus.

Es ist ferner zu konstatieren, dass der in manchen Staaten feststellbare Groll gegen das sogenannte politische Establishment in Liechtenstein keinen vergleichbaren Niederschlag fand. Weder sind vonseiten der Parteien entsprechend radikale Voten zu vernehmen, wie man es von vornehmlich rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern gewohnt ist, noch haben die Volksparteien einen dramatischen Vertrauensver-

Zusammenfassung

lust erfahren müssen. Diese Entwicklungen finden in Liechtenstein allenfalls in abgeschwächter Form statt. Die beiden Regierungsparteien konnten denn auch weiterhin fast 70 Prozent der Stimmen und der Mandate auf sich vereinigen.

WÄHLERSTRÖME

Die FBP konnte kaum Stimmen von anderen Parteien dazugewinnen, sondern hat in weit stärkerem Masse Stimmen verloren, am meisten in Richtung DU, aber auch Richtung VU. Die Zugewinne der VU von anderen Parteien gehen vor allem zulasten der FBP. Ihrerseits verlor die VU am stärksten in Richtung DU. Die DU erzielte kräftige Zugewinne vonseiten der FBP, etwas weniger stark von der VU, kaum von der FL. Ihrerseits verlor sie Stimmen Richtung VU und FL. Auch die FL verbuchte die stärksten Zugewinne zulasten der FBP, während die stärkste Abwanderung Richtung VU erfolgte. Unter den Erst- und Wiederwählenden konnten die kleinen Parteien überdurchschnittlich viele Stimmen ergattern.

Im Stimmenkarussell kann die DU als Siegerin bezeichnet werden, da sie gegenüber FBP und VU deutlich mehr Stimmen gewonnen als verloren hat. In etwas schwächerer Ausprägung weist die FL gegenüber der FBP und der DU eine positive Transferbilanz auf,

gegenüber der VU gleichen sich Verlust und Gewinn weitgehend aus. Die Bilanz der FBP in der Zu- und Abwanderung ist hingegen gegenüber allen drei anderen Parteien negativ. Die VU-Bilanz ist gemischt: positiv gegenüber der FBP, neutral gegenüber der FL, negativ gegenüber der DU.

FAKTOREN DES WAHLENTSCHEIDES

Die wichtigsten Faktoren für den Wahlergebnis zugunsten der einen oder anderen Partei sind traditionelle Parteibindungen, Sympathiewerte für die betreffende Partei, teilweise auch die Präferenz und Sympathiewerte für Spitzenkandidaten – insbesondere die Regierungschefkandidaten bei der FBP und der VU.

Bei der Wählerschaft der FBP und der VU ist zudem die Präferenz für die grosse Koalition ein klarer Unterschied zu den Wählerinnen und Wählern der DU und der FL, wobei speziell die DU-Anhängerschaft stärker für eine kleine Koalition plädiert. Dies wäre sicherlich am ehesten eine Koalition zwischen der FBP und der DU.

Für die FBP war ein kleiner Vorteil gegenüber der VU, dass der amtierende Regierungschef Adrian Hasler (FBP) etwas höhere Sympathiewerte aufwies als sein Konkurrent, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer (VU).

Bei der DU-Wählerschaft kommt am deutlichsten Kritik an den etablierten Parteien und deren Politik zum Tragen. So ist in diesem Lager die Meinung, dass sich die Parteien nicht ums Volk kümmern, am stärksten vertreten, ebenso wird von einer grossen Mehrheit die Aussenpolitik, sprich auch das Botschaftsnetz, infrage gestellt. Die DU wird auch stärker als andere Parteien von Männern gewählt, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass eine stärkere Förderung von Frauen in der Politik mit grosser Mehrheit abgelehnt wird. Die DU-Wählerschaft stuft sich selbst fast zur Hälfte in der Mitte ein, ferner zu etwas grösseren Anteilen rechts statt links von der Mitte.

Bei der FL weisen neben der Sympathie für diese Partei und die Präferenz für den eigenen Regierungschefkandidaten unter den Sachfragen vor allem die überdurchschnittliche Präferenz für den öffentlichen Verkehr, unter den soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen die geringe Religiosität einen starken Zusammenhang mit dem Wahlergebnis zugunsten der FL auf. Die FL-Wählerschaft stuft sich selbst relativ deutlich links von der Mitte ein.

Die FBP-Wählerschaft stuft sich selbst selten links von der Mitte ein, am meisten in der Mitte, aber auch rechts von der Mitte, während sich die VU-Wählerschaft etwas stärker

Zusammenfassung

nach rechts wie auch nach links ausfächert, allerdings auch mit dem Schwerpunkt in der Mitte.

In der Beurteilung der Sympathie der einzelnen Parteien wird die jeweils gewählte Partei erwartungsgemäss am positivsten beurteilt. Die am stärksten negativen Werte erhält die DU von der Wählerschaft der FL, etwas weniger deutlich der VU. Andererseits wird die FL von der DU-Wählerschaft am negativsten bewertet, gefolgt von der FBP-Wählerschaft. Im Verhältnis der grösseren zu den kleineren Parteien zeigt sich somit am ehesten eine gewisse Nähe (oder nicht so grosse Distanz) zwischen FBP und DU sowie zwischen VU und FL.

SOZIODEMOGRAFIE UND EINSTELLUNGEN

Nach soziodemografischen Merkmalen und Einstellungen differenziert, zeigt sich, dass die VU und FL die Frauen stärker ansprachen, während die DU stärker von Männern gewählt wurde. Die FBP schnitt bei den Jungen am schlechtesten ab, während gerade dort die FL die stärkste Unterstützung fand. Dieser Gegensatz zeigt sich auch bei der Veränderungsfreudigkeit der Befragten, bei denen die FL überdurchschnittlich gut abschnitt, während die FBP im Segment der Status-quo-Orientierten besonders gut reüssierte.

Auch im Vergleich der Linken (links von der Mitte), der Mitte-Orientierten und der Rechten (rechts von der Mitte) zeigen sich zwischen der FBP und der FL die grössten Differenzen: Die FBP schneidet in der Mitte gut, im rechten Lager sehr gut ab, die FL im linken Lager.

Das gleiche Bild zeigt sich betreffend Religiosität, wobei dies besonders ausgeprägt die FL betrifft: Sie weist einen ausgesprochen hohen Wähleranteil bei den überhaupt nicht oder kaum Religiösen auf, hingegen einen geringen Wähleranteil bei den sehr Religiösen.

SACHFRAGEN

Die Nachwahlumfrage zeigt, dass sich in den meisten Sachfragen bei allen Parteien eine Streuung von Präferenzen zeigt, wie es eigentlich für Volksparteien typisch ist. Selbst innerhalb der FL- und DU-Wählerschaft kommt es jedoch selten vor, dass mindestens drei Viertel bei Sachfragen die gleiche Meinung haben.

Bei den Sachfragen zeigen sich dennoch vielfach Unterschiede zwischen der Wählerschaft der einzelnen Parteien. So sind die FBP- und VU-Wählerschaft mehrheitlich für das bisherige Verfahren der Regierungsbestellung, während die Anhänger der DU und FL eine Direktwahl vorziehen. In der

Frage der Regierungszusammensetzung unterscheiden sich die Wählerschaft der FBP und VU, die mit klaren Mehrheiten für eine grosse Koalition plädieren, von der Wählerschaft der DU mit ihrer Präferenz für eine kleine Koalition und der FL, die allen Koalitionsmodellen, einschliesslich einer Allpartei-Enregierung, etwas abgewinnen kann.

Bei der Zuwanderung plädiert einzig die FL-Wählerschaft mit knapper Mehrheit für eine Lockerung. Am stärksten dagegen sprechen sich die Wähler/innen der FBP aus.

Zur Finanzpolitik kritisiert einzig die DU-Wählerschaft mehrheitlich, dass ein sorgloser Umgang gepflegt werde. Bei den anderen überwiegt die Meinung knapp (VU) oder deutlich (FBP), dass die Finanzpolitik gut gewesen sei.

Im Bereich der Verkehrspolitik schert die Wählerschaft der FL aus, die mit der mit Abstand grössten Mehrheit den öffentlichen Verkehr dem Strassenbau vorzieht.

In Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden alle mit knapper oder klarer Mehrheit, dass mehr getan werden sollte. Am geringsten fällt dieses Votum bei der DU-Wählerschaft aus. Diese schert auch bei der Frage aus, ob in der Aussenpolitik gespart und beispielsweise Botschaften geschlossen werden könnten. Mehr als zwei Drittel der DU-Wählerschaft finden dies, bei den ande-

Zusammenfassung

ren sind es weniger als 40 Prozent (VU) oder sogar weniger als 30 Prozent (FBP, FL). Bei der Beurteilung der Sparpolitik schert die FBP-Wählerschaft aus, da mehr als drei Viertel diese in Ordnung finden. Bei den anderen Parteien sind es 44 bis 46 Prozent. Da einige unentschieden sind, finden auch bei diesen Parteien mehr die Sparpolitik in Ordnung, als dass sie der Meinung sind, dass zu viel gespart wurde. Ein ähnliches Bild bei der OKP-Auseinandersetzung, bei welcher ebenfalls aus dem Lager der FBP die mit Abstand stärkste Unterstützung für die Regierung kommt.

Bei der Frage nach der Förderung von Frauen in der Politik reagiert die Wählerschaft der FBP und VU mit einer knappen Ablehnung, bei der FL gibt es eine Zustimmung von 54 Prozent, bei der DU-Wählerschaft eine Ablehnung mit über 70 Prozent.

MEDIENNUTZUNG

Die Besuche der Internetseiten der Parteien haben sich noch nicht sehr stark verbreitet. Zwei Drittel geben an, dass sie überhaupt keine Parteien-Websites besucht haben. Die Wahlprogramme der Parteien sind dagegen nur von 20 Prozent überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden. Fast die Hälfte gibt an, alle Wahlprogramme angeschaut zu haben.

Die Internetplattform wahlhilfe.li ist von 44 Prozent genutzt worden – besonders häufig von der FL-Wählerschaft. Wahlsendungen auf Radio Liechtenstein sind etwas häufiger von den Wähler/innen der FBP und VU gehört worden als von den anderen, die Wahlsendungen bei 1FLTV etwa von allen gleich häufig.

Landtagswahlen im Rückblick

Die Landtagswahlen vom 5. Februar 2017 wurden als ordentliche Wahlen vier Jahre nach den Wahlen vom 3. Februar 2013 durchgeführt.

Zu den Wahlen traten vier Wählergruppen an.

Die **Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP)** trat mit einer vollen Liste im Unterland und mit 12 Kandidierenden im Oberland an.

Die **Vaterländische Union (VU)** präsentierte sowohl im Oberland wie auch im Unterland eine volle Liste mit 15 beziehungsweise 10 Kandidierenden.

Für **Die Unabhängigen (DU)** kandidierten 11 Personen im Oberland und 5 Personen im Unterland.

Die **Freie Liste (FL)** kandidierte mit 6 Personen im Oberland und 2 Personen im Unterland.

Insgesamt bewarben sich 71 Personen – 19 Kandidatinnen und 52 Kandidaten – für die 25 zu vergebenden Landtagsmandate.

Der Wahlkampf wurde als weitgehend ereignislos erlebt. Zwar gab es eine breite medi-

ale Abdeckung mit Hauswurfsendungen von Programmen und Wahlprospekten, mit Zeitungsberichten, Inseraten, Plakaten, ferner zahlreiche Berichte und Kandidatenduelle bei Radio Liechtenstein und beim lokalen Fernsehsender 1FLTV. Trotzdem wollte keine richtige thematische Debatte aufkommen.

Das markanteste Thema war eines, das nicht zwingend für die Wahlen vorgesehen war, nämlich die Auseinandersetzung zwischen der Regierung beziehungsweise Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini und der Ärzteschaft über die Einführung des Tarifsystems Tarmed und die OKP-Verträge der Ärzte als Zulassung zur gesetzlichen Krankenversicherung. Der Dezember und der Januar waren politisch weitgehend von dieser Auseinandersetzung geprägt. Es bestand lange Zeit Unsicherheit, wie künftig die Arztbesuche abzurechnen wären und ob allenfalls die Patienten zunächst selbst die Kosten zu begleichen hätten.

Wie bereits in früheren Wahlen und Abstimmungen wurde mit überwiegender Mehrheit per Briefwahl an der Wahl teilgenommen.

Es wurden keine Unregelmässigkeiten berichtet und es kam auch nicht zu Wahlbeschwerden. Eine Abteilung der OECD, die Wahlbeobachtung betreibt (ODIHR), hatte im Vorfeld der Landtagswahlen in Liechten-

stein Abklärungen getroffen, ob eine Wahlbeobachtung vor Ort notwendig sei. Auf eine solche wurde in der Folge verzichtet, da es von keiner Seite, mit denen Gespräche geführt wurden, warnende Hinweise gab.

Plakate im Wahlkampf (Auswahl)



Plakate im Wahlkampf (Auswahl)



Plakate im Wahlkampf (Auswahl)



Quelle:
Eigene Aufnahmen

Beispiele von Stimmzetteln: Volle und nicht volle Listen

 **AMTLICHER STIMMZETTEL**
für die Landtagswahl vom 5. Februar 2017

Vaterländische Union (VU) **Wahlkreis Oberland**

02.01 **Beck Rainer**, Gemeindevorsteher, Planken
 02.02 **Hemmerle Dominik**, Zert. Firmenkundenberater, Triesenberg
 02.03 **Kaufmann Manfred**, dipl. Wirtschaftsprüfer, Balzers
 02.04 **Konrad Frank**, Unternehmer, Vaduz
 02.05 **Luchs Gerald**, Generalagent Versicherung, Schaan
 02.06 **Rampone-Wanger Jnes**, Journalistin/Parteisekretärin, Vaduz
 02.07 **Rüdisser-Quaderer Karin**, Geschäftsführerin KIT, Schaan
 02.08 **Schädler Alexandra**, Wirtschafts- und Finanzmittlerin, Vaduz
 02.09 **Schädler Christine**, Leitung Job Integration FL, Triesenberg
 02.10 **Trefzer Ernst**, Radio- und TV-Elektriker, Triesen
 02.11 **Vogt Günter**, Dipl. Ing. FH, Geschäftsleiter, Balzers
 02.12 **Vogt Nils**, MSc, Unternehmer/Politologe, Balzers
 02.13 **Vogt Thomas**, Rechtsanwalt, Triesen
 02.14 **Wenaweser Christoph**, Geschäftsführer, Schaan
 02.15 **Wollinger Rainer**, Dr. med. FMH Gyn./Geburtshilfe, Schaan

 **AMTLICHER STIMMZETTEL**
für die Landtagswahl vom 5. Februar 2017

Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) **Wahlkreis Oberland**

01.01 **Banzer Peter**, stv. Direktor AHV-IV-FAK a.D., Triesen
 01.02 **Eberle-Strub Susanne**, Hausfrau, Med. Praxisassistentin, Vaduz
 01.03 **Frick Albert**, Schulinspektor a.D., Landtagspräsident, Schaan
 01.04 **Frommelt Clarissa**, Mag. phil., Leiterin Erasmus+, Schaan
 01.05 **Gstöhl Marcel**, Dipl. El.-Ing. ETHZ, Verwaltungsrat, Balzers
 01.06 **Haas Martina**, Gewerkschafterin LANV, Triesen
 01.07 **Häring Andrea**, Treuhand- und Bankfachfrau, Triesen
 01.08 **Lampert Wendelin**, Dipl. Ing. HTL, Triesenberg
 01.09 **Nentwich-Tomasoni Adriana**, Bürokauffrau, Triesenberg
 01.10 **Nägele Eugen**, lic. phil., Rektor Liecht, Gymnasium, Schaan
 01.11 **Ospelt Michael**, MSc, Organisationsentwickler, Vaduz
 01.12 **Soger Daniel F.**, lic. jur., selbst. Rechtsanwalt, Triesenberg

 **AMTLICHER STIMMZETTEL**
für die Landtagswahl vom 5. Februar 2017

du - die Unabhängigen (DU) **Wahlkreis Oberland**

04.01 **Beck Burgi**, Selbst. Heilmasseurin, Triesenberg
 04.02 **Beck Johann**, Elektromonteur, Triesenberg
 04.03 **Beck Jürgen**, Unternehmer, Vaduz
 04.04 **Hermann-Jehle Isolde**, KV-Ang. / Familienfrau, Schaan
 04.05 **Quaderer Harry**, Geschäftsführer, Schaan
 04.06 **Rehak Thomas**, Ing. HTL, Unternehmer, Triesen
 04.07 **Schurti Pio**, Dr. phil., Selbst. Kommunikationsberater, Triesen
 04.08 **Sele Siegfried**, Betriebsleiter, Triesen
 04.09 **Vogt Ado**, Mag. rer. soc. oec., Unternehmer, Vaduz
 04.10 **Willi Pascal**, Zeichner / Ing. Bau, Balzers
 04.11 **Züger Othmar**, Dr. sc.nat. ETH, Physiker, Triesen

 **AMTLICHER STIMMZETTEL**
für die Landtagswahl vom 5. Februar 2017

Freie Liste (FL) **Wahlkreis Oberland**

03.01 **Brunhart Richard**, selbstständig im Bereich Medien, Vaduz
 03.02 **Büchel Brühwiler Conny**, Heilpädagogin, Vaduz
 03.03 **Kaufmann Georg**, selbstständiger Berufsberater, Schaan
 03.04 **Konzett Bargetze Helen**, Ethnologin und Sachwalterin, Triesen
 03.05 **Kranz Walter**, Psychotherapeut, Vaduz
 03.06 **Lageder Thomas**, Geschäftsführer, Triesen

Landtagswahlen 2017: Amtliches Ergebnis

	Zahl
Stimmberechtigte	19'806
Abgegebene Stimmkarten	15'413
Stimmbeteiligung	77,8%
Brieflich ohne Stimmkuvert	20
Brieflich ungültig	226
Ungültige in Stimmkuverts	310
Leere Stimmkuverts	89
Total Ungültige	645
Total gültige Stimmzettel	14'768
% Ungültige	4,2%
% Gültige	95,8%

Quelle: www.landtagswahlen.li/Amtliche Kundmachung vom 14. Februar 2017 (LNR 2017-149, REG 1012, abgedruckt in Liechtensteiner Vaterland/Liechtensteiner Volksblatt vom 17. Februar 2017).

Die FBP verlor bei den Landtagswahlen 2017 insgesamt 4,8 Prozent an Stimmenanteil gegenüber den Wahlen 2013. Sie war damit die einzige Partei, die Stimmen verlor. Am stärksten legte die DU mit 3,1 Prozent zu, gefolgt von der FL mit 1,5 Prozent und der VU mit einem kleinen Zuwachs von 0,2 Prozent.

Im Oberland schlug das Pendel stärker aus. Dort verlor die FBP 5,6 Prozent der Stimmen, im Unterland 2,5 Prozent. Umgekehrt

gewann die DU im Oberland 3,9 Prozent hinzu, während im Unterland die VU mit einem Zuwachs von 1,1 Prozent am stärksten zulegen konnte.

Im Oberland führte dies dazu, dass die DU zulasten der FBP ein Mandat hinzugewinnen konnte, während im Unterland die gleiche Mandatsverteilung wie 2013 resultierte.

Tab. 1: Mandatsverteilung bei den Wahlen 2017

	Oberland	Unterland	Land
FBP	5 (-1)	4	9
VU	5	3	8
DU	3 (+1)	2	5
FL	2	1	3
TOTAL	15	10	25

Trotz Mandatsverlust konnte sich die FBP als stimmen- und mandatsstärkste Partei behaupten, womit auch Adrian Hasler als amtierender Regierungschef indirekt bestätigt wurde.

Die VU konnte das Ergebnis von 2013, bei welchem sie mit einem Verlust von 14,1 Prozentpunkten eine grosse Niederlage eingefahren hatte, lediglich stabilisieren. Das Wahlziel, mandatsstärkste Partei zu werden,

wurde verfehlt. Stimmenmässig rangiert die VU bei den Wahlen 2017 zwar mit 1,5 Prozentpunkten nur knapp hinter der FBP, weist aber ein Mandat weniger auf als die grosse Konkurrentin.

Den stärksten Zuwachs sowie einen Mandatsgewinn erzielte die DU. Das heimliche Ziel von 20 Prozent wurde indes nicht erreicht. Mit diesem Ergebnis wäre auch eine Regierungsbeteiligung ins Auge gefasst worden, selbstverständlich abhängig vom Verhalten der anderen Parteien. Von diesem Vorhaben wurde nach den Wahlen abgesehen.

Die FL erreichte beinahe ihr bestes Ergebnis seit der ersten Wahlteilnahme 1986. Mandatsmässig änderte dies jedoch nichts. Eine Regierungsbeteiligung der FL wurde bereits vor den Wahlen von FBP und VU ausgeschlossen.

Landtagswahlen 2017: Amtliches Ergebnis

Abb. 1: Wahlergebnis 2017 (in Prozent)

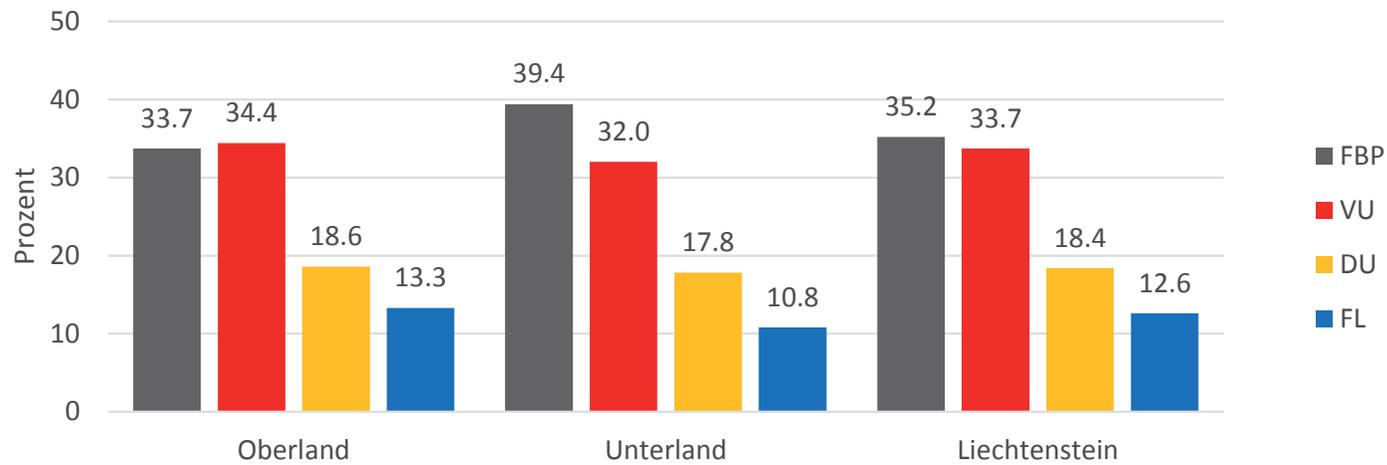


Abb. 2: Stimmengewinne und -verluste 2013/2017 (in Prozent)



Landtagswahlen 2017: Amtliches Ergebnis

Abb. 3: Wahlresultat Oberland 2017 (in Prozent)

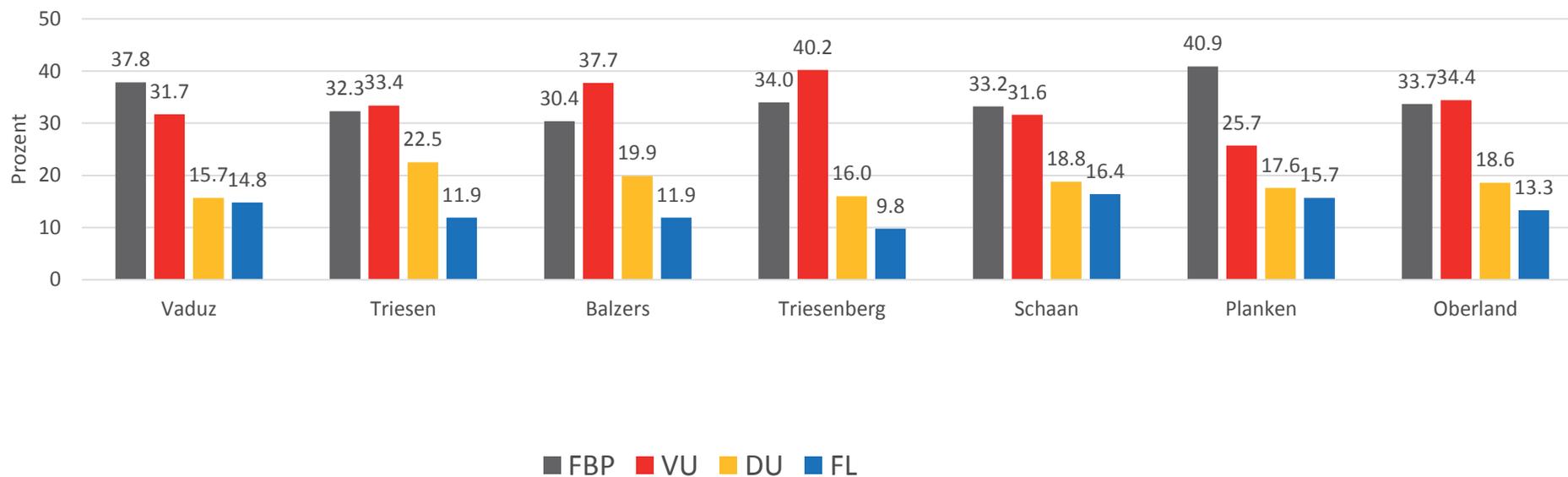
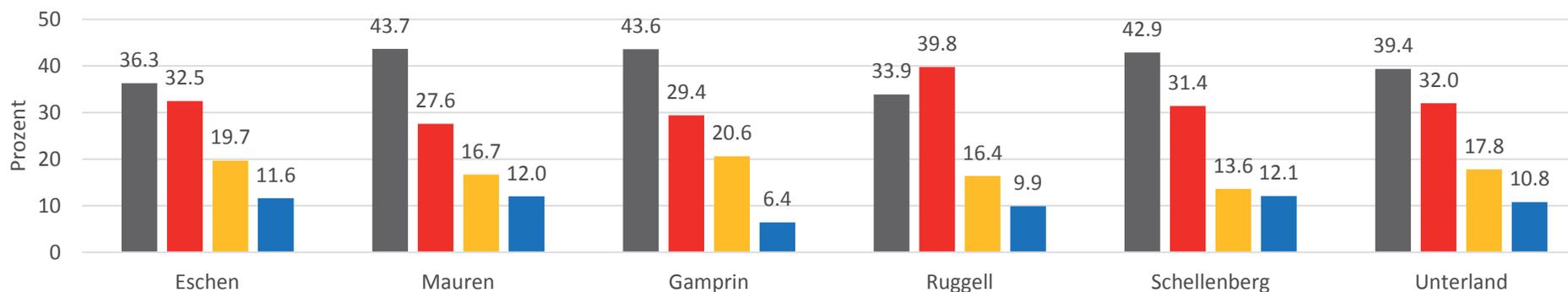


Abb. 4: Wahlresultat Unterland 2017 (in Prozent)



Umfrage nach den Landtagswahlen

Im Auftrag des Liechtenstein-Instituts wurde eine telefonische Meinungsumfrage unmittelbar nach den Landtagswahlen vom 5. Februar 2017 durchgeführt, die nach fünf Tagen, also am Freitag nach dem Urnengang, abgeschlossen werden konnte.

GEWICHTUNG

Im Segment der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen wurde die Quotenvorgabe unterschritten. In der Datenauswertung wird mit einem Gewichtungsfaktor gearbeitet. Dieser korrigiert Abweichungen der Stichprobe von der Grundgesamtheit in Bezug auf Altersklassen, Geschlecht, Wahlkreis und Parteienwahl.

VARIABLEN

Aus einzelnen Variablen werden teilweise neue Variablen durch Aggregation (beispielsweise Altersklassen) oder durch Kombination (beispielsweise Veränderungsfreudigkeit) gebildet.

KREUZTABELLEN

Um einen Zusammenhang zwischen soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen mit dem Wahlentscheid und anderen abhängigen Variablen zu entdecken und grafisch darstellen zu können, werden Kreuztabellen erzeugt und der statistische Zusammenhang zwischen den Variablen ermittelt.

Informationen zur Datenerhebung

Auftraggeber	Liechtenstein-Institut
Umfrageinstitut	DemoScope, Adligenswil/CH
Fragebogen	Vom Auftraggeber erstellt
Methode	CATI (Computer Assisted Telephone Interviewing)
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte in Liechtenstein
Stichprobengrösse (realisierte Interviews)	505
Stichprobenziehung	Random-Quota
Quotierung	Nach Altersgruppen und Geschlecht
Feldzeit	6. bis 10. Februar 2017
Vertrauensbereich (Messgenauigkeit)	Maximal +/- 4,4 % bei 95 % Sicherheit
Daten	SPSS-Datensatz
Gewichtung	Nach Altersgruppen/Geschlecht, Wahlentscheid

SIGNIFIKANZMASS BEI KREUZTABELLEN

Bei bivariaten Analysen (Kreuztabellen) wird als Assoziationsmass Cramer-V mit Werten zwischen 0 und 1 angegeben, wobei ein hoher Wert auf einen starken Zusammenhang von zwei Variablen hinweist. Die Signifikanz des Zusammenhangs wird mit n.s. (nicht signifikant) oder mit dem betreffenden Wert ausgewiesen: sig < .050 gilt als schwach signifikant, sig < .010 als stark sig-

nifikant, sig < .001 als hoch signifikant.

REGRESSIONSANALYSEN

Wenn bei mehreren Variablen ein signifikanter Zusammenhang mit dem Wahlentscheid festgestellt wird, kann eine Regressionsanalyse Aufschluss darüber geben, welche Variablen einen kausalen Effekt aufweisen und bei welchen Variablen zwar ein Zusammenhang besteht, aber kein kausaler Effekt.



VERTRAUEN UND BEURTEILUNG DER POLITIK



Vertrauen in die Politik

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 457 / Cramer-V = .217 (sig .000)

Bei einer Mehrheit von 54 Prozent der Befragten ist das Vertrauen in die Politik gleich geblieben, für 36 Prozent hat es abgenommen, für 10 Prozent zugenommen.

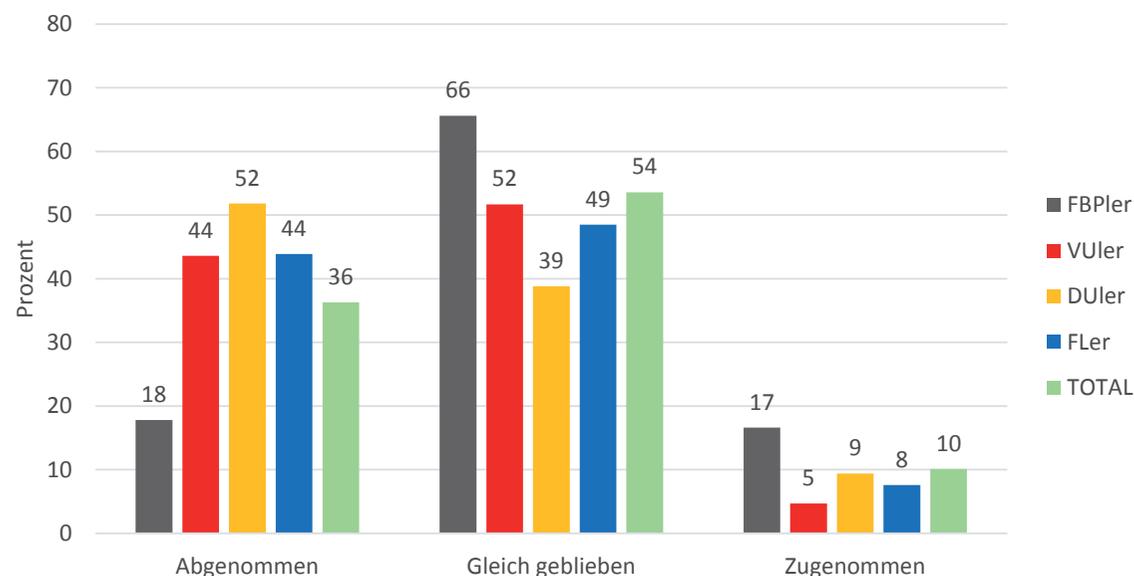
Es erstaunt nicht, dass die Wählerschaft der FBP am positivsten reagiert. Nur für 18 Prozent von ihnen hat das Vertrauen abgenommen, für 66 Prozent ist es gleich geblieben, für 17 hat es zugenommen.

Bei der Wählerschaft der anderen drei Parteien verhält es sich deutlich anders als bei der FBP, wobei zwischen der VU- und FL-Wählerschaft kaum ein Unterschied auszumachen ist. Bei beiden geben 44 Prozent an, dass das Vertrauen abgenommen hat, bei 52 beziehungsweise 49 Prozent ist es gleich geblieben. Bei der DU-Wählerschaft hat das Vertrauen noch etwas stärker abgenommen (52%) und ist etwas weniger häufig gleich geblieben (39%).

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Zwischen soziodemografischen Merkmalen und der Entwicklung des Vertrauens in die Politik zeigt sich kein signifikanter Zusammen-

Abb. 5: Vertrauen in Politik (in Prozent)



hang. Hingegen zeigen sich deutliche Unterschiede, je nachdem wie das Vertrauen in die Parteien, die Demokratie und die Institutionen vorhanden ist oder nicht:

Parteien und Volk: Bei 65 Prozent derjenigen, die der Meinung sind, dass sich die Parteien nicht um das Volk kümmern, hat das Vertrauen in die Politik abgenommen. Bei den anderen sind es nur 21 Prozent.

Zufriedenheit mit der Demokratie: Bei 63 Prozent derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie sehr oder eher unzu-

frieden sind, hat das Vertrauen in die Politik abgenommen. Bei den eher Zufriedenen sind es 40 Prozent, bei den sehr Zufriedenen nur 14 Prozent.

Vertrauen in Regierung und Landtag: Bei rund drei Viertel derjenigen mit tiefem oder eher tiefem Vertrauen in die Regierung hat das Vertrauen in die Politik abgenommen, verglichen mit rund einem Viertel derjenigen mit eher hohem oder sehr hohem Vertrauen in die Regierung.

Beurteilung der Regierungsarbeit

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .251 (sig .000)

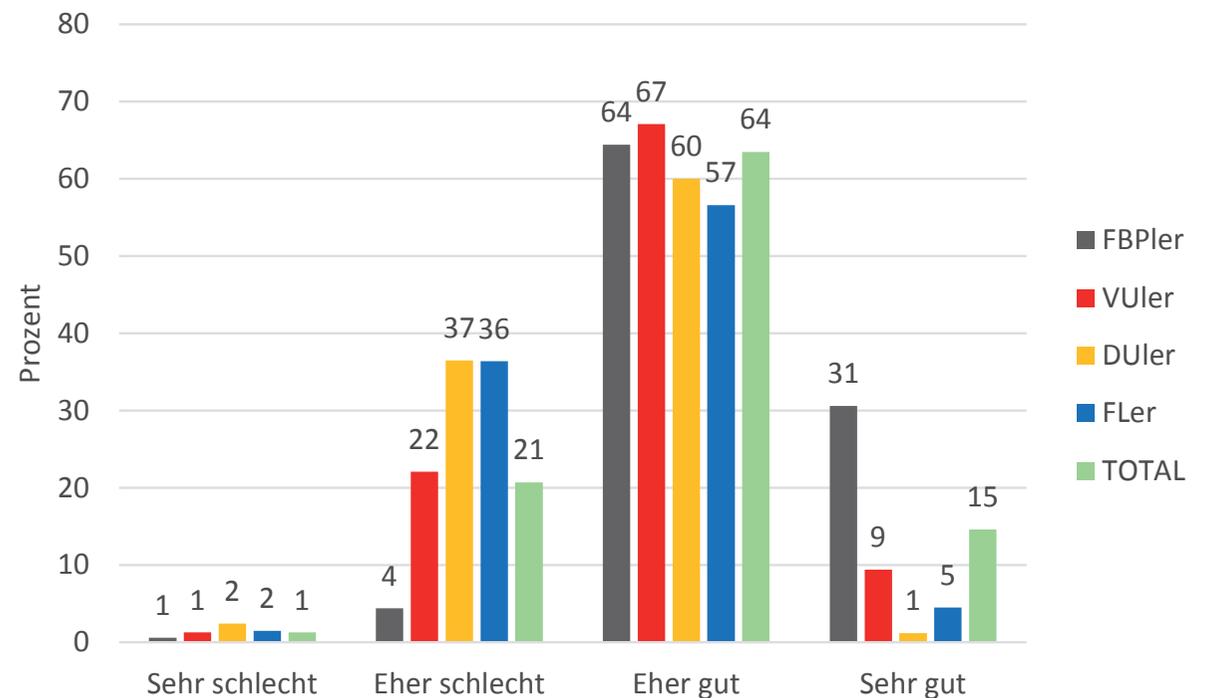
Erwartungsgemäss wird die Regierungsarbeit der abgelaufenen Mandatsperiode von der Wählerschaft der Regierungsparteien positiver beurteilt als von den anderen, dabei insbesondere vonseiten der FBP-Wählerschaft: 31 Prozent der FBPler beurteilen die Regierungsarbeit als sehr gut, weitere 64 Prozent als eher gut. Die VUler bezeichnen nur zu 9 Prozent die Arbeit als sehr gut, 67 Prozent finden sie eher gut. 22 Prozent finden sie hingegen eher schlecht.

Die Wählerschaft der DU und der FL sieht die Regierungsarbeit etwas kritischer. Dennoch ist bemerkenswert, dass auch bei ihnen nur je 2 Prozent zu einem sehr negativen Urteil gelangen. 37 beziehungsweise 36 Prozent finden die Regierungsarbeit eher schlecht. Fast zwei Drittel der Oppositionswähler/innen finden dagegen die Regierungsarbeit eher gut (60% der DU-Wählerschaft und 56% der FL-Wählerschaft) oder sogar sehr gut (1 bzw. 5%).

VERGLEICH 2013 UND 2017

Ein Blick auf die gleiche Frage bei der Wahlumfrage 2013 zeigt, dass bei der Wähler-

Abb. 6: Beurteilung der Regierungsarbeit (in Prozent)



schaft aller Parteien mit Ausnahme der VU die Regierungsarbeit im Jahr 2017 positiver beurteilt wird als 2013.

Die FBP-Wählerschaft reagierte mehrheitlich negativ auf die Regierungsarbeit unter Regierungschef Klaus Tschüscher (VU), zeigt sich dagegen mit der Hasler-Regierung recht zufrieden. Auch bei der DU und der FL haben

sich die mehrheitlich negativen Einstellungen von 2013 mit Blick auf die Regierungsarbeit von 2013 bis 2017 in ein positives Licht gedreht. Die Bezeichnung «sehr gut» wird zwar weiterhin eher spärlich gebraucht, aber immerhin finden rund 60 Prozent die Regierungsarbeit eher gut.

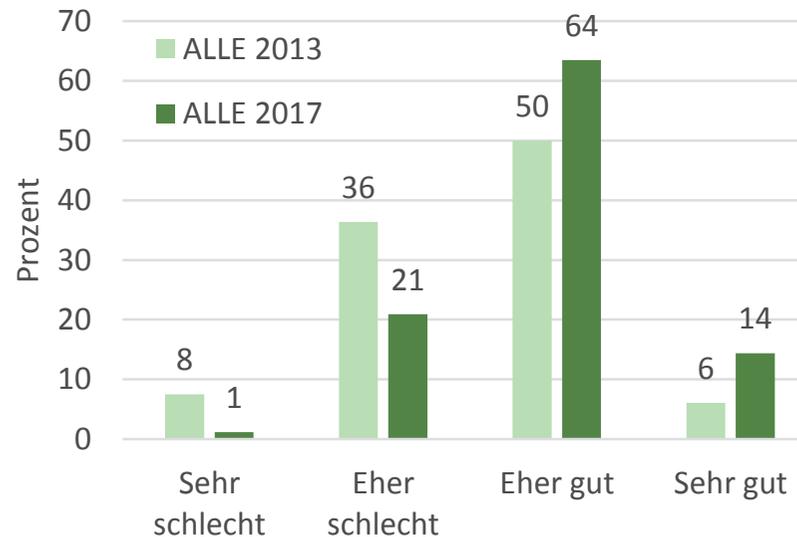
Einzig die VU-Wählerschaft hat ein et-

Beurteilung der Regierungsarbeit

was weniger positives Bild von der FBP-geführten Regierung 2013–2017 als von der VU-geführten Regierung 2009–2013. Die Unterschiede in der Beurteilung der beiden Regierungsperioden sind allerdings nicht besonders ausgeprägt und in beiden Fällen grundsätzlich positiv.

Insgesamt ist die Beurteilung der Regierungsarbeit 2013–2017 deutlich positiver als diejenige der Mandatsperiode 2009–2013. Aktuell werten 1 Prozent diese als sehr schlecht (2013: 8%), 21 Prozent als eher schlecht (2013: 36%). Dagegen stellt sich die Arbeit der Regierung gegenwärtig für 64 Prozent als eher gut dar (2013: 50%), für 14 Prozent sogar als sehr gut (2013: 6%).

Abb. 7: Beurteilung der Regierungsarbeit durch alle Befragten (in Prozent)



Beurteilung der Regierungsarbeit

Abb. 8: Beurteilung der Regierungsarbeit durch FBP-Wähler/innen (in Prozent)

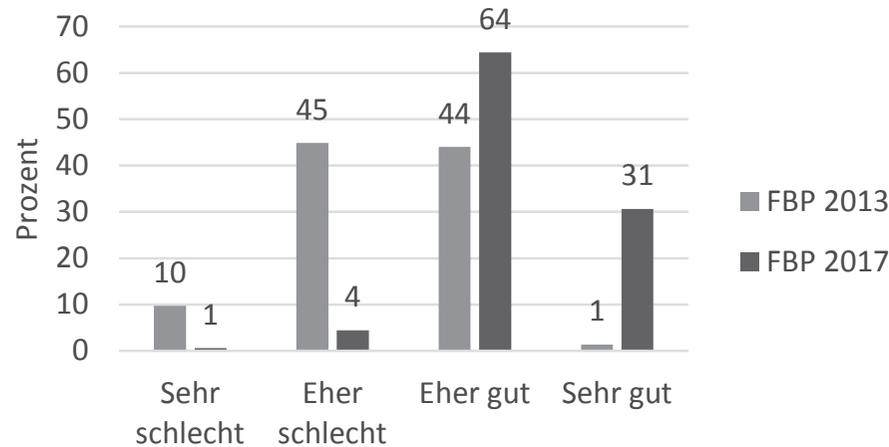


Abb. 9: Beurteilung der Regierungsarbeit durch VU-Wähler/innen (in Prozent)

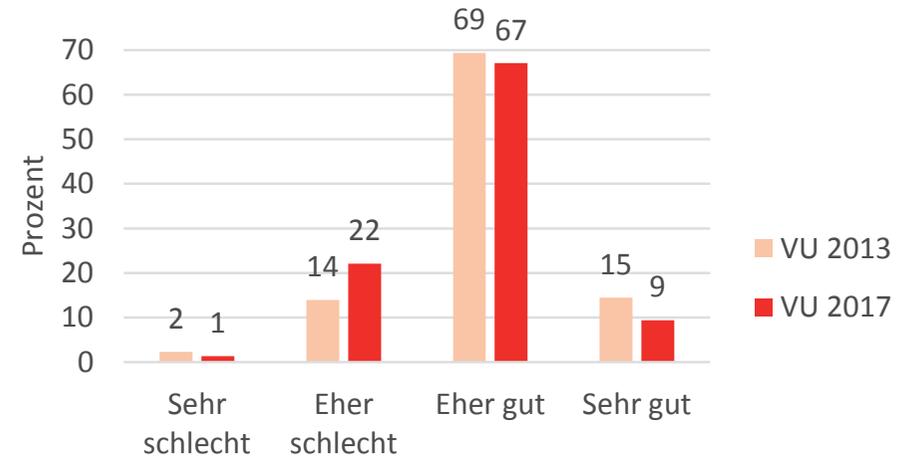


Abb. 10: Beurteilung der Regierungsarbeit durch DU-Wähler/innen (in Prozent)

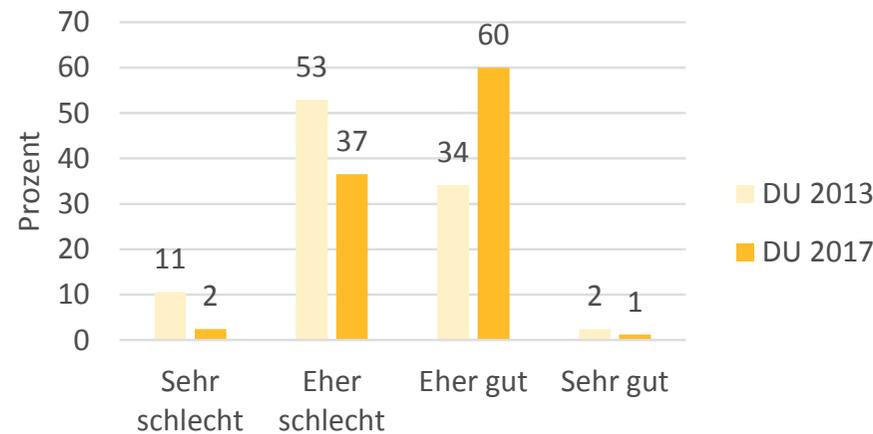
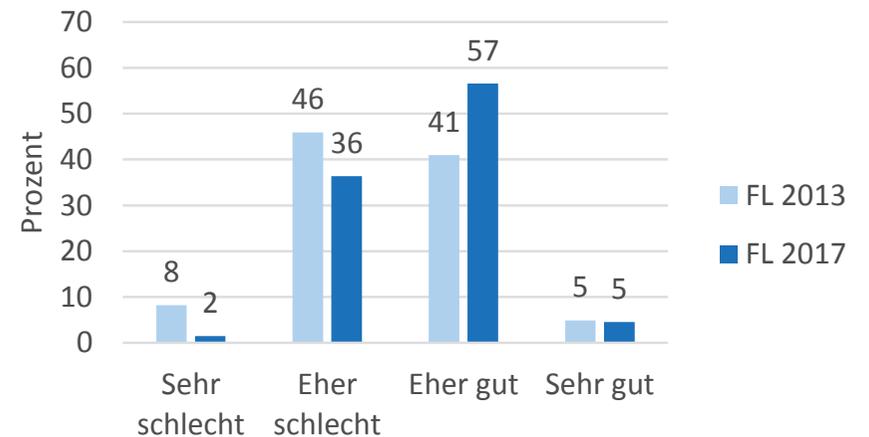


Abb. 11: Beurteilung der Regierungsarbeit durch FL-Wähler/innen (in Prozent)



Wer hat das Sagen in Liechtenstein?

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 444 / Cramer-V = .244 (sig .000)

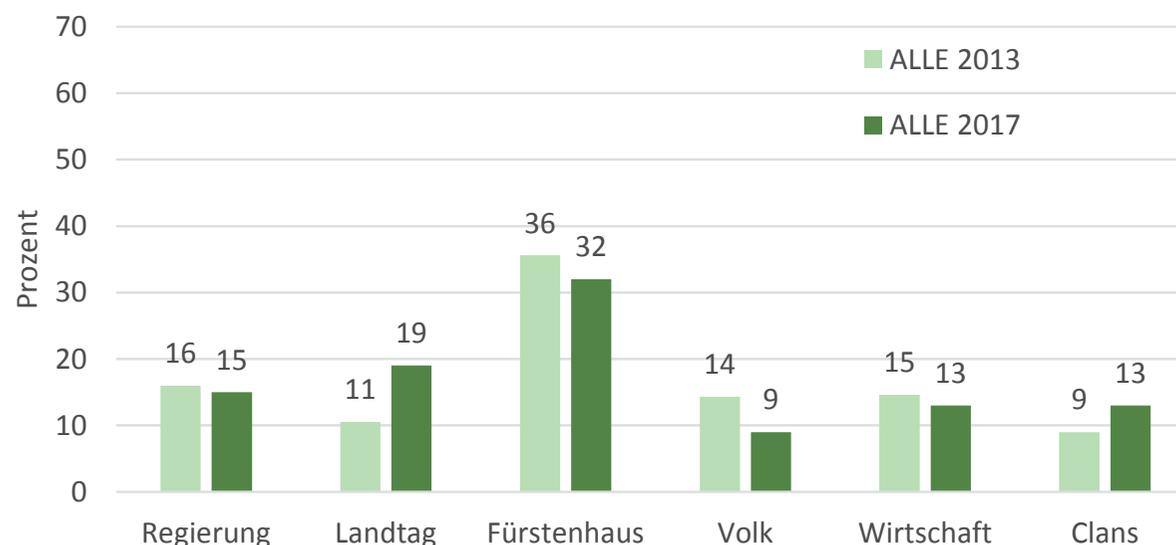
Insgesamt überwiegt die Meinung, dass das Fürstenhaus in Liechtenstein am ehesten das Sagen hat. 32 Prozent sind dieser Meinung. Als nächstes folgen der Landtag (29%) und die Regierung (15%). An letzter Stelle wird das Volk genannt (9%), noch hinter der Wirtschaft (13%) und einzelnen Familien (13%).

Im Vergleich zu 2013 hat vor allem der Landtag eine stärkere Gewichtung erfahren. 2013 gaben 11 Prozent an, dass der Landtag am ehesten das Sagen hat, 2017 sind es 19 Prozent. Auch die Vermutung, dass einzelne Familien am ehesten das Sagen haben, hat um 4 Prozentpunkte zugenommen. Den deutlichsten Rückgang von 14 auf 9 Prozent hat das Volk erfahren.

Die Wählerschaft der vier Parteien beurteilt die Situation, wer in Liechtenstein das Sagen hat, sehr unterschiedlich.

Bei der FBP wird der Landtag am häufigsten als die mächtigste Instanz genannt (33%), gefolgt vom Fürstenhaus (24%) und der Regierung (17%). Dahinter sind das Volk (12%), die Wirtschaft (7%) und einzelne Familien (6%) rangiert.

Abb. 12: Wer hat das Sagen in Liechtenstein – 2013 und 2017 (in Prozent)



Bei der VU rangiert das Fürstenhaus mit 38 Prozent an erster Stelle, gefolgt von der Regierung (18%) und dem Landtag (13%). Die weiteren Machtvermutungen verteilen sich auf einzelne Clans (12%), das Volk (10%) und die Wirtschaft (10%).

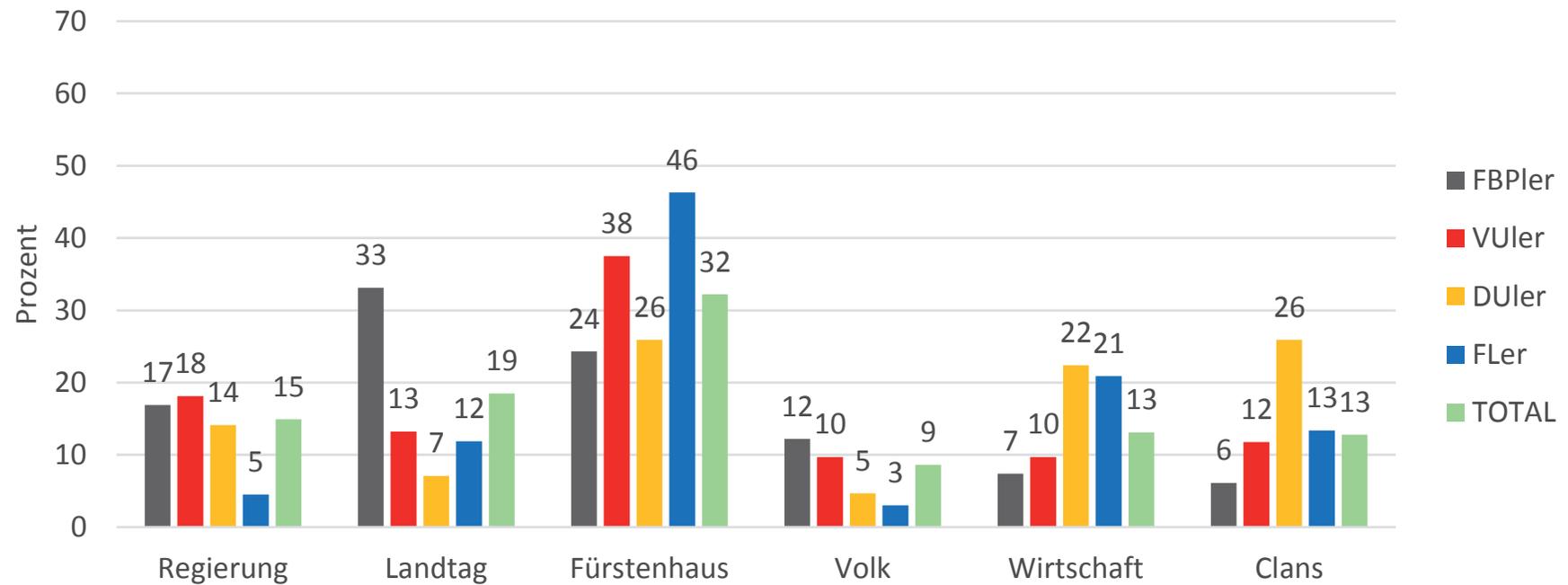
Bei der DU-Wählerschaft werden einzelne Familien (Clans) gemeinsam mit dem Fürstenhaus an erster Stelle genannt. Beide werden von 26 Prozent der DU-Wählerschaft an erster Stelle genannt. An dritter Stelle folgt die Wirtschaft mit 22 Prozent. Die Regierung

(14%), der Landtag (7%) und das Volk (5%) sind deutlich abgeschlagen.

Mehr als bei allen anderen nimmt für die FL-Wählerschaft das Fürstenhaus eine dominante Rolle ein: 46 Prozent meinen, dass das Fürstenhaus in Liechtenstein am ehesten das Sagen hat. Als nächstes werden die Wirtschaft (21%) und einzelne Clans (13%) genannt. Deutlich weniger Macht wird dem Landtag (12%) zugesprochen, kaum eine dominante Macht der Regierung (5%) und dem Volk (3%).

Wer hat das Sagen in Liechtenstein?

Abb. 13: Wer hat das Sagen in Liechtenstein (in Prozent)



Parteien und Volk

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 447 / Cramer-V = .273 (sig .000)

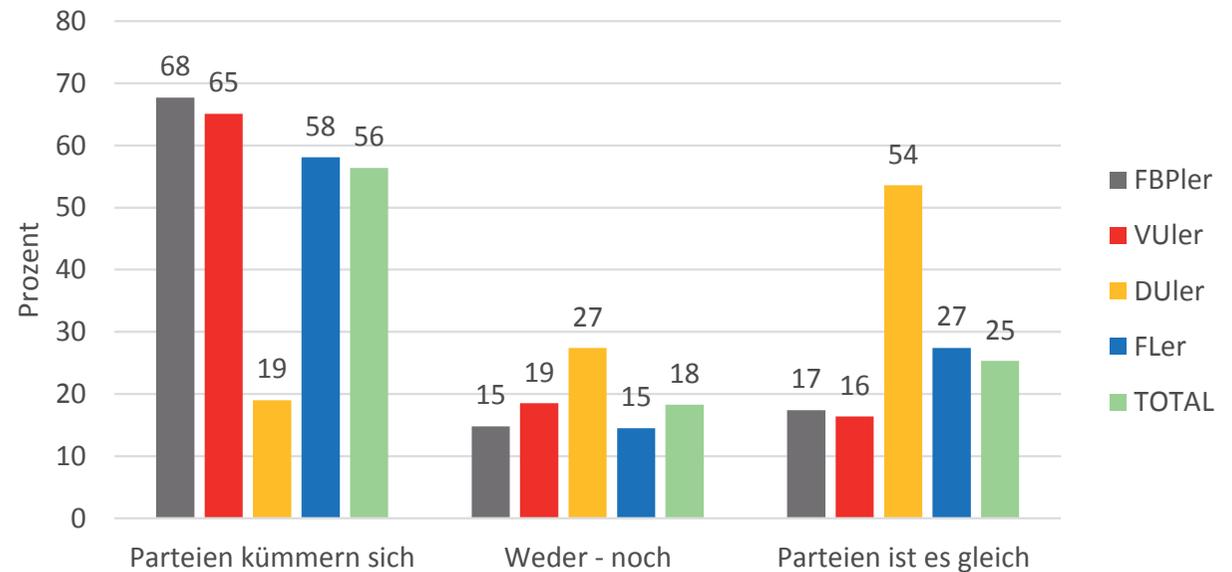
Eine Mehrheit von 56 Prozent der Befragten ist der Meinung, dass sich die Parteien um das Volk kümmern. Der Anteil ist bei der FBP (68%) und der VU (65%) besonders hoch, aber auch bei der FL (58%) noch in einem sehr positiven Bereich.

Einzig die Wählerschaft der DU meint mehrheitlich (54%), dass das Volk den Parteien egal ist. In der DU-Wählerschaft ist auch der Anteil derjenigen, die in dieser Frage unentschieden sind, mit 27 Prozent am höchsten.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Alter: Die Skepsis gegenüber den Parteien ist bei den Älteren etwas stärker als bei den Jüngeren.

Abb. 14: Parteien und Volk (in Prozent)



Zufriedenheit mit der Demokratie

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .203 (sig .000)

Die liechtensteinische Wählerschaft ist grossmehrheitlich eher oder sogar sehr zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie: 62 Prozent sind eher zufrieden, 29 Prozent sehr zufrieden.

Die grösste Unzufriedenheit herrscht im Lager der FL: 3 Prozent sind sehr unzufrieden, 22 Prozent eher zufrieden.

Am grössten ist die Zufriedenheit in der Wählerschaft der FBP. Dort bezeichnen sich 43 Prozent als sehr zufrieden.

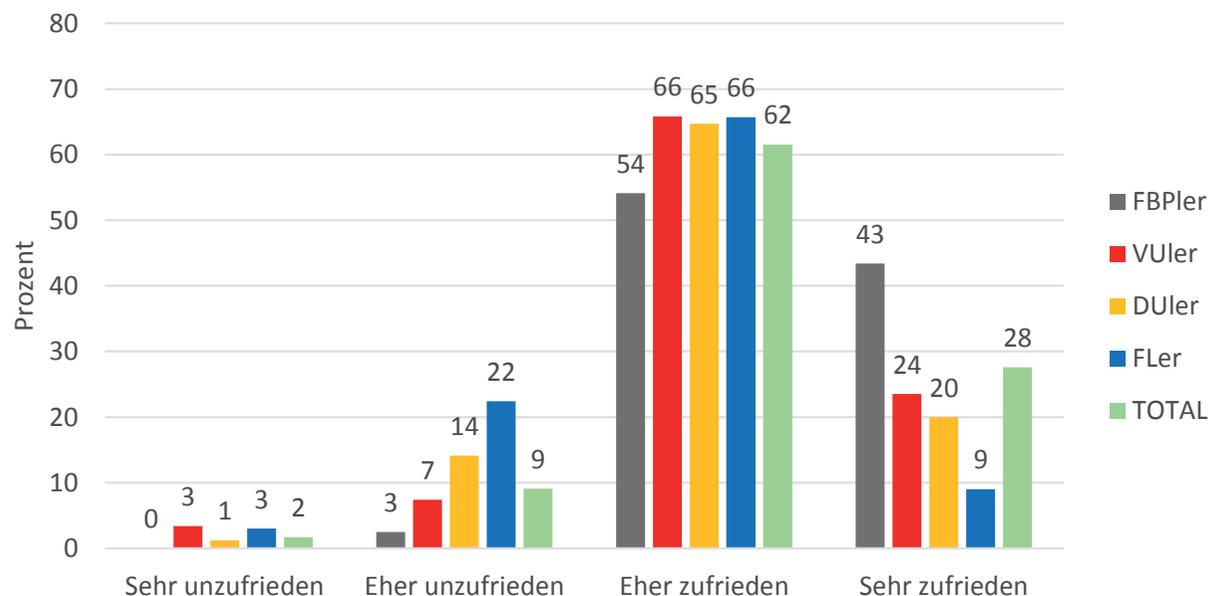
UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Die eher rechts Positionierten sind mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein etwas zufriedener als die eher links Orientierten.

Veränderungsfreudigkeit: Die eher Status-quo-Orientierten sind zufriedener als die Veränderungsfreudigen.

Politisches Interesse: Die stärker politisch Interessierten sind etwas zufriedener mit der Demokratie als die weniger Interessierten.

Abb. 15: Zufriedenheit mit der Demokratie (in Prozent)



Vertrauen in die Regierung

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 457 / Cramer-V = .247 (sig .000)

Die Frage nach dem Vertrauen in die Regierung wurde auf einer Skala von 0 bis 10 gestellt, wobei 0 sehr tief, 10 sehr hoch bedeutet. Für die Grafik werden die Werte folgendermassen aggregiert: 0 bis 2 ist sehr tief, 3 bis 4 ist eher tief, 5 ist mittel, 6 bis 7 ist eher hoch, 8 bis 10 ist sehr hoch.

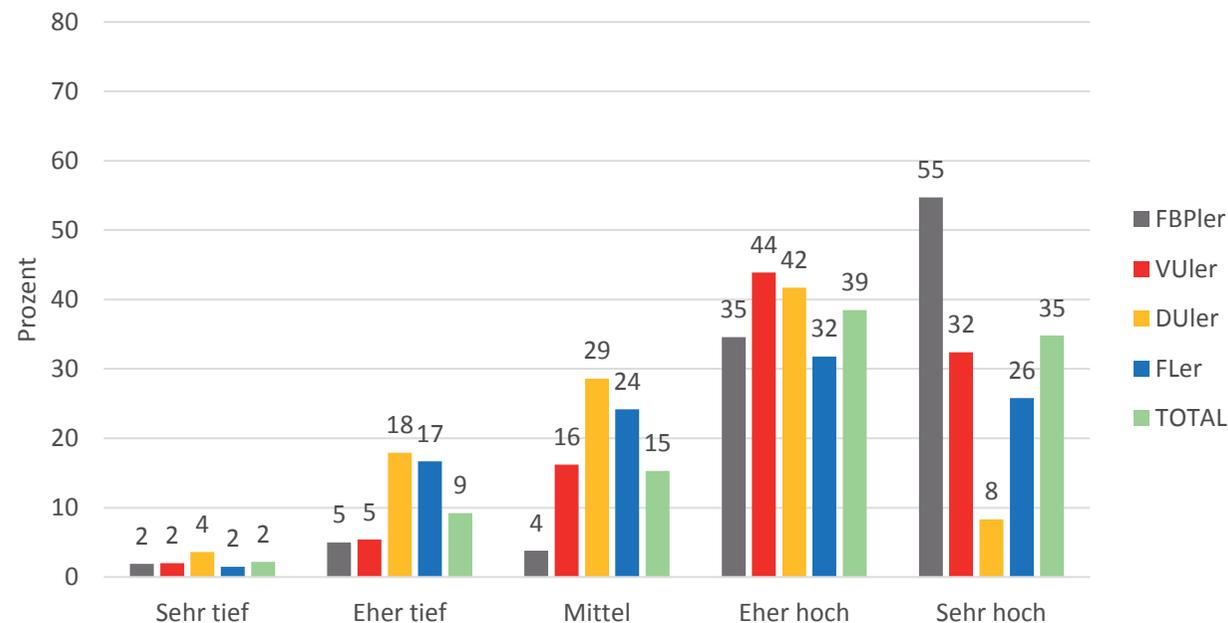
Je mehr als ein Drittel der Befragten haben eine sehr hohes oder hohes Vertrauen in die Regierung. Besonders ausgeprägt ist das Regierungsvertrauen in der Wählerschaft der FBP, gefolgt der VU-Wählerschaft. Das grösste Misstrauen haben die Wähler/innen der DU. Allerdings hat auch bei ihnen die Hälfte ein eher hohes oder sehr hohes Vertrauen.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Die eher rechts Orientierten haben ein höheres Vertrauen in die Regierung als die eher links Orientierten.

Veränderungsfreudigkeit: Ebenso haben die eher Status-quo-Orientierten ein etwas höheres Regierungsvertrauen als die Veränderungsfreudigen.

Abb. 16: Vertrauen in die Regierung (in Prozent)





WAHLMOTIVE UND WAHRNEHMUNG VON PARTEIEN UND PERSONEN



Hauptsächliche Gründe für Wahl der Parteien

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 453 / Cramer-V = .367 (sig .000)

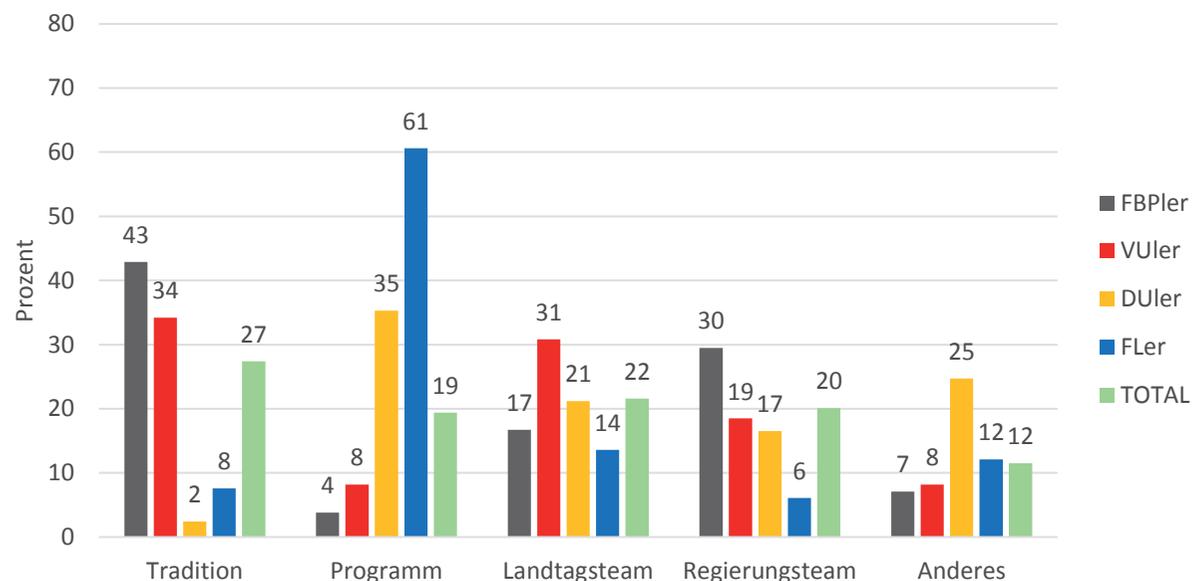
Mit 27 Prozent ist insgesamt die Tradition, dass man immer diese Partei wählt, der am häufigsten genannte Grund für die Wahl einer bestimmten Partei. Das Landtagsteam (2%), das Regierungsteam (20%) und das Programm der Parteien (19%) rangiert dahinter ungefähr gleichauf. 11 Prozent geben noch andere Gründe an, die aber nicht weiter detailliert erfasst wurden.

Die Wählerschaft der vier Parteien unterscheidet sich markant. Bei der FBP waren die Tradition (43%) und das Regierungsteam (30%) die wichtigsten Motive.

Bei der VU war die Tradition mit 34 Prozent ebenfalls das wichtigste Motiv, allerdings deutlich geringer als bei der FBP. Ferner rangierte das Landtagsteam (31%) vor dem Regierungsteam (19%) als wahlentscheidend.

Bei der DU spielt die Tradition nach nur vier Jahren Existenz eine untergeordnete Rolle. Am wichtigsten war das Programm (35%), gefolgt vom Landtagsteam (21%). Obwohl kein Regierungsteam nominiert war, blickten 17 Prozent doch auf diesen Aspekt, vielleicht in der Hoffnung oder Er-

Abb. 17: Hauptsächlicher Wahlgrund (in Prozent)



wartung, dass bei einem durchschlagenden Wahlerfolg die DU in der Regierung mitwirken könnte. Im Vergleich zu den anderen Parteien zählten bei den Befragten, die DU gewählt hatten, noch überdurchschnittlich viele andere Gründe (25%) eine Rolle beim Wahlentscheid.

Die FL wurde in erster Linie wegen ihres Programms gewählt (61%).

VERGLEICH 2013 UND 2017

Bei der FBP hat gegenüber 2013 die gewohn-

heitsmäßige Wahl nochmals an Bedeutung gewonnen, von 36 auf 43 Prozent. Das ist eigentlich nicht erfreulich für eine Partei, da es bedeutet, dass eine Partei stärker auf die Stammwählerschaft schrumpft, wie dies 2013 bei der VU der Fall war. Das Programm wird als wichtigster Wahlgrund kaum genannt. Im Vergleich von Regierung und Landtag wird die Regierung als bedeutender für das Wahlverhalten eingeschätzt als das Landtagsteam. Gegenüber 2013 ist der Vorsprung der Regierung nochmals angewachsen.

Hauptsächliche Gründe für Wahl der Parteien

Bei der VU ist die Tradition als Wahlgrund gegenüber 2013 markant zurückgegangen und stattdessen hat vor allem das Landtagsteam als Wahlgrund stark aufgeholt, nämlich von 17 auf 31 Prozent. Im Gegensatz zur FBP wird das Landtagsteam deutlich häufiger als Wahlgrund genannt als das Regierungsteam (19%).

Bei der DU hat das Programm als hauptsächlichster Wahlgrund im Vergleich zu 2013 deutlich zugenommen und stellt nun mit 35 Prozent (2013: 21%) den wichtigsten Grund dar. Das Landtagsteam hat zugunsten des Regierungsteams als Wahlgrund an Bedeutung verloren, wobei wie bereits erwähnt nicht ein konkret nominiertes Regierungsteam zur Diskussion stand, sondern eher die Erwartung, an der Regierung beteiligt zu werden.

Bei der FL hat das Programm nochmals an Bedeutung zugelegt, von vormals 45 Prozent auf nun 61 Prozent. Wie in der Vergangenheit wird die FL mehr als alle anderen Parteien als Programmpartei wahrgenommen. Alle weiteren Wahlgründe blieben und bleiben daneben eher unbedeutend. Im Vergleich zu 2013 hat die FL offenbar nochmals an Profil gewonnen und die Tradition als Wahlgrund ist mehr als 30 Jahre nach der Gründung von 17 auf 8 Prozent zurückgegangen.

Abb. 18: Gründe für Wahl der FBP (in Prozent)

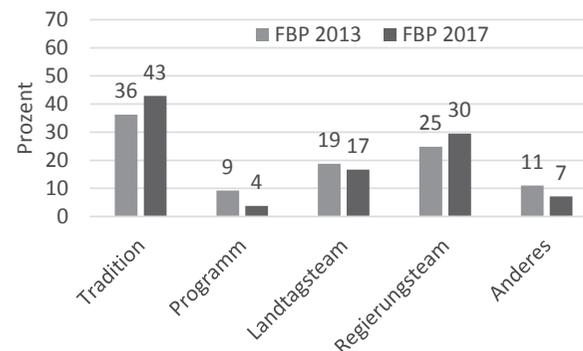


Abb. 20: Gründe für Wahl der VU (in Prozent)

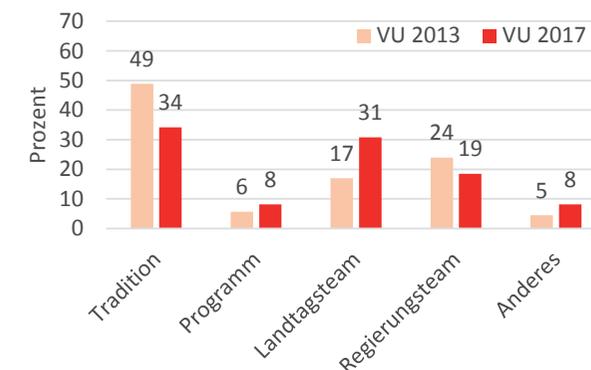


Abb. 19: Gründe für Wahl der DU (in Prozent)

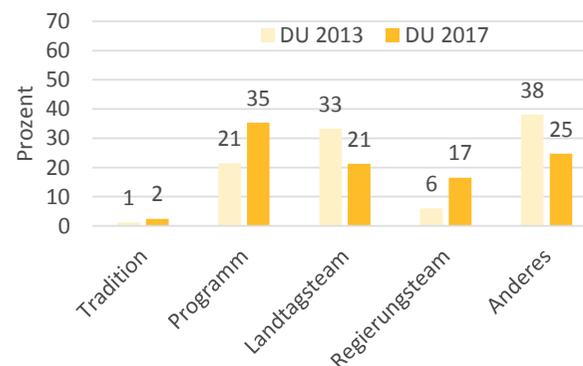
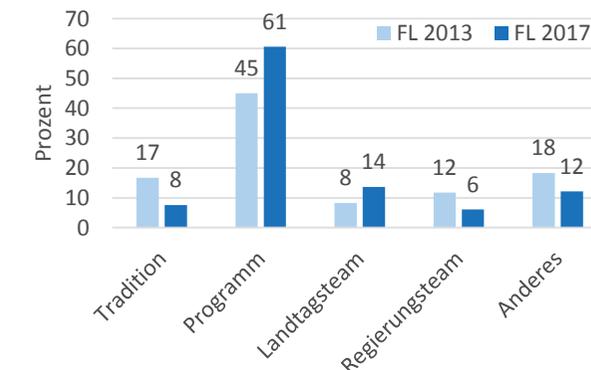


Abb. 21: Gründe für Wahl der FL (in Prozent)



Links-Rechts-Wahrnehmung der Parteien

Filter: Ohne «weiss nicht», «keine Angabe».

N = 481 (FBP, VU), 469 (DU), 477 (FL)

In der Umfrage wurde die Frage gestellt, wo man die Parteien im politischen Links-Rechts-Spektrum auf einer Skala von 0 bis 10 zuordnet, wenn 0 «ganz links» bedeutet, 10 «ganz rechts».

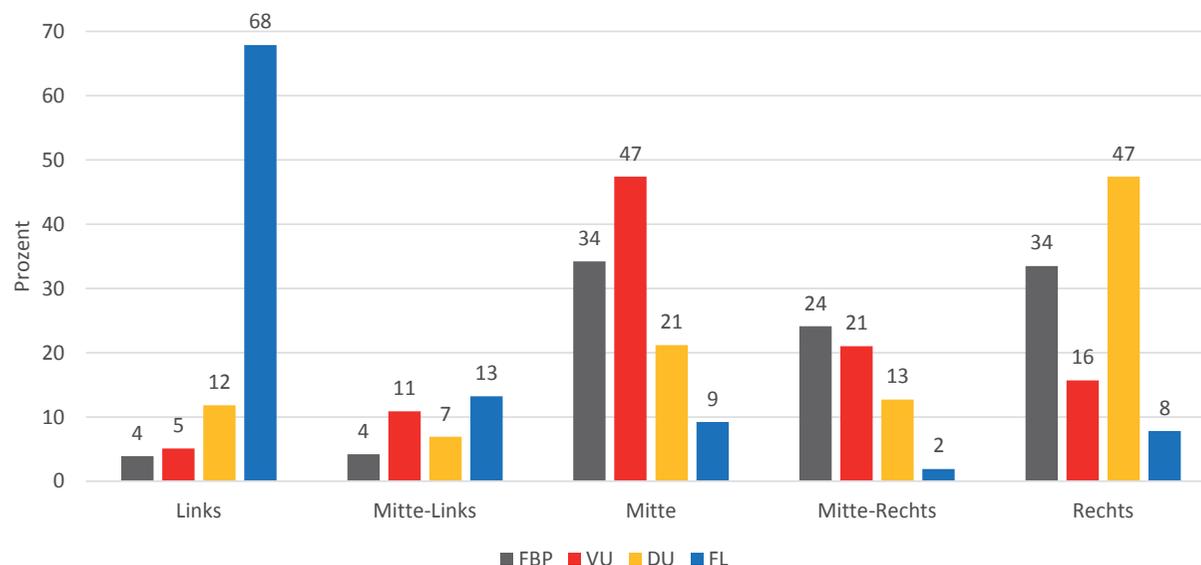
Mit wenigen Ausnahmen gaben die Befragten eine Antwort. Bei der FBP und der VU konnten oder wollten lediglich 14 Befragte keine Zuordnung vornehmen, bei der FL 18. Am grössten war die Unsicherheit bei der DU, bei welcher 27 Befragte keine Zuordnung vornahmen.

Für die grafische Darstellung werden einige Skalapunkte wie folgt zusammengefasst:

Links	Skala 0 bis 3
Mitte-links	Skala 4
Mitte	Skala 5
Mitte-rechts	Skala 6
Rechts	Skala 7 bis 10

In der Einstufung der Parteien zeigen sich markante Unterschiede. Die FBP wird als Mitte-Rechts-Partei wahrgenommen, die VU stärker als Mitte-Partei. Während bei der FBP 34 Prozent die Partei in der Mitte sehen,

Abb. 22: Links-Rechts-Wahrnehmung der Parteien – Alle Befragte (in Prozent)



stufen sie mehr als 58 Prozent rechts von der Mitte ein. Die VU wird dagegen von 47 Prozent als Mitte-Partei wahrgenommen, 16 Prozent sehen sie links von der Mitte, knapp 37 Prozent rechts von der Mitte.

Mit der DU und der FL sind das Links- und das Rechtslager im liechtensteinischen Parteienspektrum ebenfalls vertreten. 60 Prozent stufen die DU rechts von der Mitte ein, 47 Prozent sogar auf einem Skalawert von sechs oder mehr. Noch deutlicher ist die Zu-

ordnung der FL, diesmal im linken Lager: 68 Prozent stufen die FL links ein, also auf einem Skalenswert von 0 bis 3.

VERGLEICH 2013 UND 2017

Bei der FBP und der VU haben sich im Vergleich zu 2013 nur marginale Veränderungen in der Zuordnung auf der Links-Rechts-Skala ergeben. Bei beiden Nachwahlumfragen wurde die FBP als Mitte-Rechts-Partei wahrgenommen, die VU stärker als Mitte-Partei.

Links-Rechts-Wahrnehmung der Parteien

Die FL wurde in der Umfrage 2017 noch etwas deutlicher als Linkspartei eingestuft als 2013.

Einzig in der Einschätzung der DU ist ein markanter Wandel eingetreten. Während 2013 noch rund 44 Prozent die DU als Mitte-Partei (Skalenwert 5) einstufen und sich die weiteren Zuordnungen ziemlich gleichmässig sowohl auf das linke wie auch das rechte Spektrum verteilten, wurde sie 2017 viel klarer als Partei im rechten politischen Spektrum wahrgenommen: Der Anteil derjenigen, die die DU auf einem Skalenwert von 7 bis 10 einstufen, ist von 18 auf 47 Prozent gestiegen.

Eine Zuordnung der DU im rechten politischen Lager erfolgt vor allem von Wählerinnen und Wählern der anderen Parteien. Als rechte Partei (Skalenwert 7 bis 10) wird die DU von 43 Prozent der FBP-Wählerschaft, von 46 Prozent der VU-Wählerschaft und sogar von 77 Prozent der FL-Wählerschaft eingeschätzt. Dagegen sehen nur 31 Prozent der DU-Wählerinnen und -Wähler die DU als rechte Partei, 35 Prozent als Mitte-Partei, 18 Prozent als Mitte-Rechts-Partei.

Abb. 23: Links-Rechts-Wahrnehmung der FBP (in Prozent)

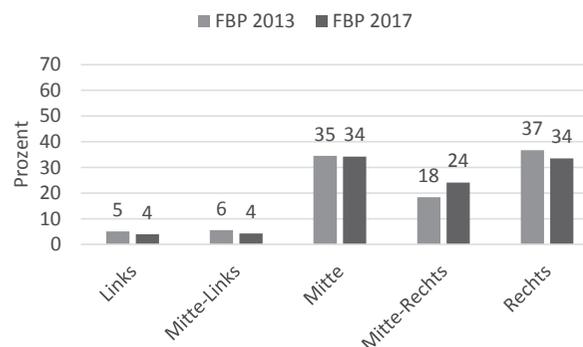


Abb. 24: Links-Rechts-Wahrnehmung der VU (in Prozent)

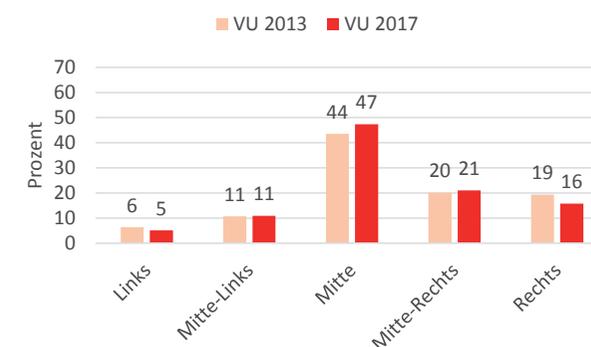


Abb. 25: Links-Rechts-Wahrnehmung der DU (in Prozent)

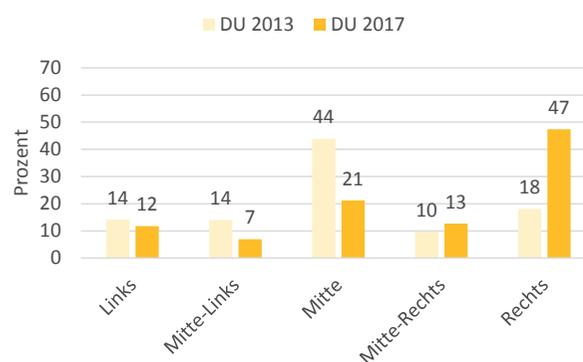
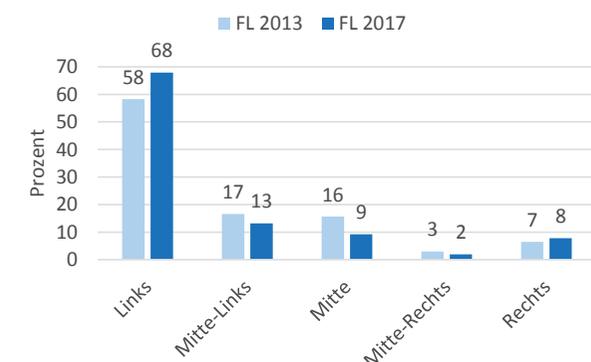


Abb. 26: Links-Rechts-Wahrnehmung der FL (in Prozent)



Links-Rechts-Selbsteinstufung und Links-Rechts-Einstufung der gewählten Partei

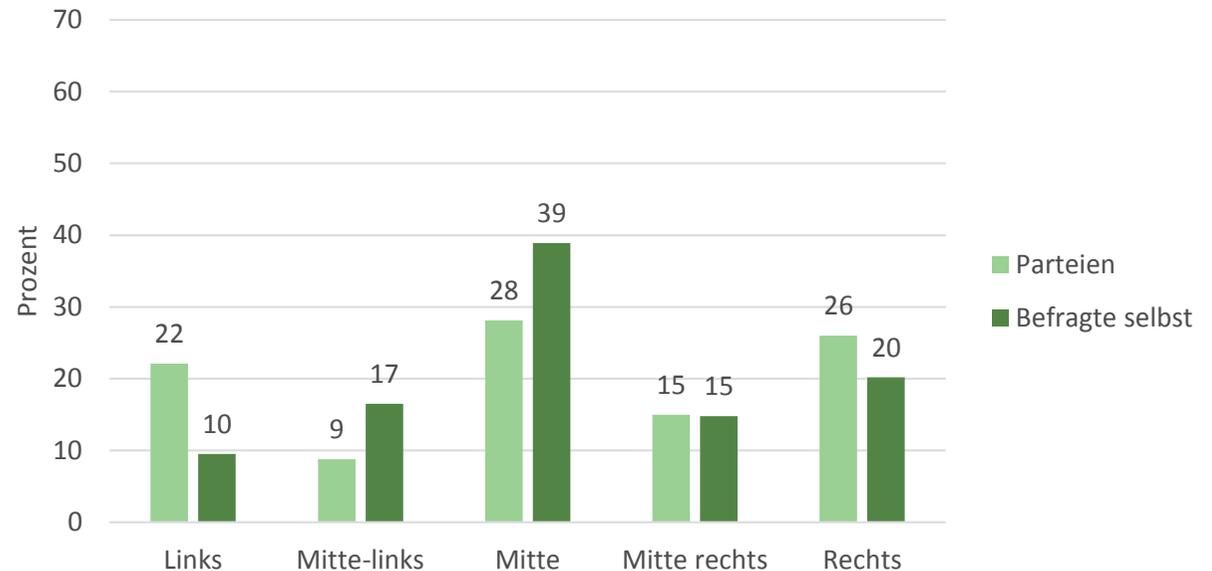
Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

In den folgenden Grafiken wird dargestellt, wie eine Partei auf der Links-Rechts-Skala von allen Befragten eingestuft wird, wie die gleiche Partei von denjenigen, die sie gewählt haben, eingestuft wird und wie sich die Wählerinnen und Wähler dieser betreffenden Partei selbst auf der Links-Rechts-Skala verorten.

Bei den beiden Grossparteien herrscht bei diesen drei Einstufungsverfahren weitgehende Übereinstimmung. Zwischen der Einstufung der FBP und der VU durch die eigene Wählerschaft und durch die Gesamtheit aller Wählerinnen und Wähler zeigen sich praktisch keine Unterschiede. Hingegen gibt es eine moderate Abweichung in der Selbsteinstufung der betreffenden Wählerschaft. Sowohl bei der FBP wie auch bei der VU verortet sich die eigene Wählerschaft etwas links von der Partei.

So stufen sich 16 Prozent der FBP-Wählerschaft links von der Mitte ein, aber nur 8 Prozent sehen auch die Partei dort. Während sich 45 Prozent der FBP-Wählerschaft rechts von der Mitte einstufen, sehen 61 Prozent die FBP als Partei rechts von der Mitte angesiedelt.

Abb. 27: Links-Rechts-Verteilung Parteien und Wählerschaft (in Prozent)



Bei der VU stufen sich 27 Prozent der VU-Wählerschaft selbst links von der Mitte ein, aber nur 17 Prozent der VUler sehen die VU links von der Mitte.

Deutlicher fallen die unterschiedlichen Wahrnehmungen bei den beiden kleineren Parteien DU und FL aus.

Die DU wird von 47 Prozent aller Befragten als rechte Partei eingestuft. Jedoch sehen nur 31 Prozent der DULer die von ihnen gewählte Partei als rechte Partei. Die DULer selbst stufen sich nur in 26 Prozent der Fäl-

le auf der Skala rechts ein. Die DU-Wählerschaft ordnet sich selbst stärker der Mitte zu (45%).

Bei der FL sehen wir eine Parallele zur DU mit umgekehrten Vorzeichen. 68 Prozent aller Befragten sehen die FL als linke Partei, die FL-Wählerschaft selbst sieht dies ähnlich, da 63 Prozent von ihnen die FL als Linkspartei charakterisieren. Die FL-Wählerschaft selbst sieht sich allerdings nur zu 34 Prozent als links, weitere 36 Prozent als mitte-links.

Es werden also vor allem die kleinen Par-

Links-Rechts-Selbsteinstufung und Links-Rechts-Einstufung der gewählten Partei

teilen von denjenigen, die sie nicht gewählt haben, als etwas extremer wahrgenommen als von der eigenen Wählerschaft.

Ferner kann festgehalten werden, dass sich das Parteienspektrum gemäss Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler etwas weiter auf der Links-Rechts-Achse ausfächert als die Wählerinnen und Wähler selbst. Wenn alle Parteien zusammen genommen werden, fallen 22 Prozent der Einstufungen von Parteien auf «links», 26 Prozent auf «rechts». Die Befragten selbst stufen sich dagegen viel häufiger in der politischen Mitte ein.

Abb. 28: Links-Rechts-Einstufung FBP (in Prozent)

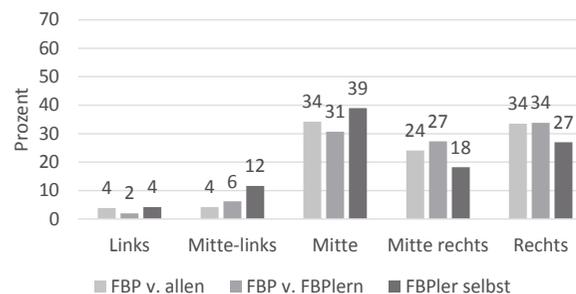


Abb. 29: Links-Rechts-Einstufung VU (in Prozent)

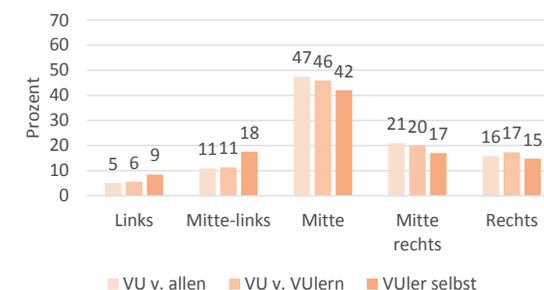


Abb. 30: Links-Rechts-Einstufung DU (in Prozent)

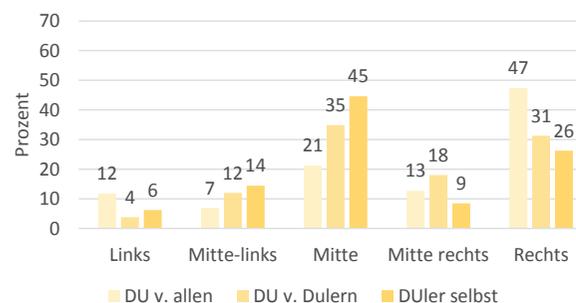
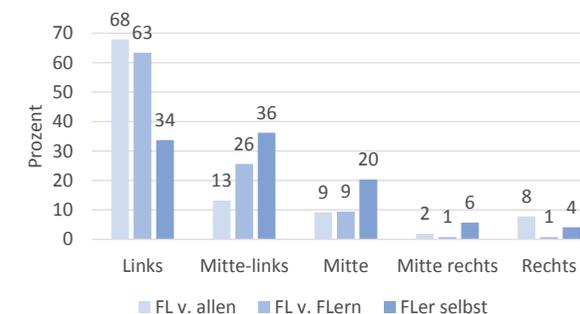


Abb. 31: Links-Rechts-Einstufung FL (in Prozent)



Parteisympathien

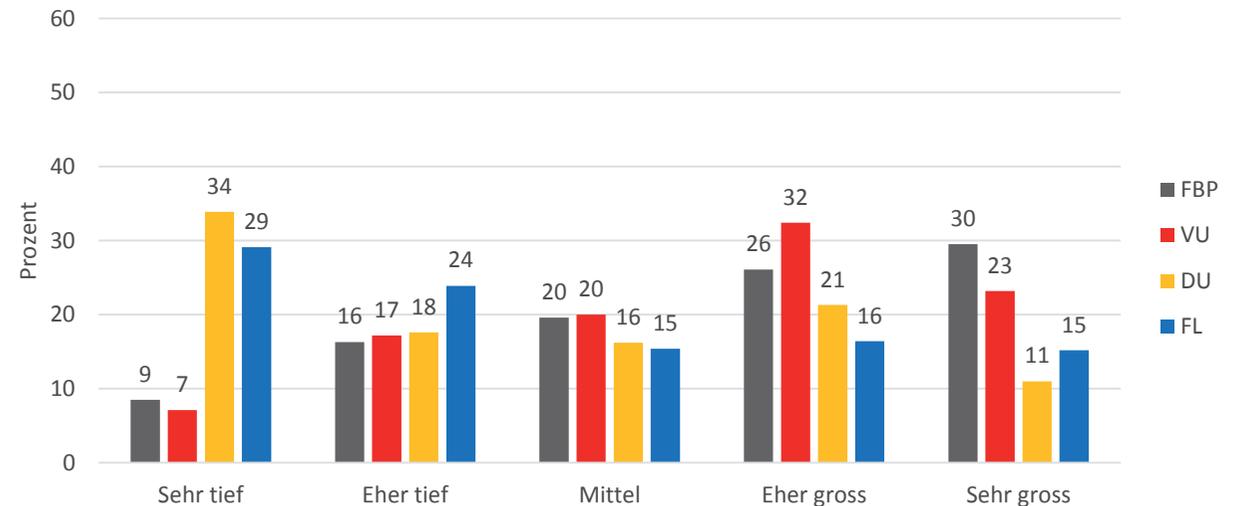
Kein Filter.

Die Frage nach der Sympathie für die einzelnen Parteien wurde als Skalierungsfrage gestellt. Der Skalenwert 0 bedeutete «gar keine Sympathie», der Wert 10 «sehr grosse Sympathie». In der Darstellung werden diese Skalenwerte wie folgt aggregiert:

Bezeichnung	Skalenwerte
Sehr tief	0, 1, 2
Eher tief	3, 4
Mittel	5
Eher hoch	6, 7
Sehr hoch	8, 9, 10

Die Antworten sind selbstverständlich beeinflusst von der Parteibindung und dem Wahlverhalten der Befragten. So war zu erwarten, dass für die FBP und die VU mit einem Wähleranteil von je deutlich über 30 Prozent in der Summe aller Befragten höhere Sympathiewerte resultieren würden. Die Stimmendifferenz zwischen den beiden Grossparteien auf der einen Seite und den beiden kleineren Parteien auf der anderen Seite sind indes nicht so gross, sodass ein direkter Vergleich innerhalb dieser beiden Paare aufschlussreich ist.

Abb. 32: Sympathie aller Befragten für Parteien (in Prozent)



Insgesamt weist die FBP die höchsten Sympathiewerte auf. 30 Prozent der Befragten erklären eine sehr grosse Sympathie. Bei der VU sind es mit 23 Prozent deutlich weniger. Auf der anderen Seite weist die FBP etwas mehr negative Konnotationen auf: 9 Prozent haben sehr tiefe Sympathie für die FBP, verglichen mit 7 Prozent bei der VU.

Im Vergleich zwischen den kleinen Parteien schneidet die FL besser ab. 29 Prozent haben sehr tiefe Sympathie für die FL, ver-

glichen mit 34 Prozent bei der DU. Auch im anderen Extrem schneidet die FL besser ab: 15 Prozent haben sehr grosse Sympathie für die FL, 11 Prozent für die DU.

VERGLEICH DER PARTEIWÄHLERSCHAFT

Die meisten Parteien geniessen in der eigenen Wählerschaft sehr grosse Sympathien. Bei der FBP sind dies 70 Prozent, bei der VU 61 Prozent, bei der FL sogar 76 Prozent. Bei der DU weisen indes nur 40 Prozent der

Parteisympathien

DU-Wähler/innen sehr grosse Sympathie für diese Partei auf, weitere 40 Prozent immerhin eher grosse Sympathie.

Aus dem Blickwinkel der FBP-Wählerschaft schneidet die VU unter den anderen Parteien am besten ab, am schlechtesten die FL.

Die VU-Wählerschaft zeigt ebenfalls gegenüber der anderen Grosspartei, also der FBP, die meisten Sympathien, die FL ist allerdings nicht weit davon entfernt. Die negative Wahrnehmung der DU ist dagegen sehr viel ausgeprägter als bei der FBP.

Von der DU-Wählerschaft bekommt die FBP nach der DU die besten Noten, gefolgt von der VU mit bereits deutlichem Abstand. Besonders negativ bewertet wird die FL: 46 Prozent der DU-Wählerschaft bringen ihr sehr geringe Sympathie entgegen.

Aus der Sicht der FL-Wählerschaft geniesst die VU deutlich mehr Sympathie als die FBP (13% sehr gross, 45% eher gross). Hingegen wird die DU von 70 Prozent mit sehr tiefen Sympathiewerten bedacht.

Parteisympathien

Abb. 33: Sympathie der FBP-Wählerschaft für die Parteien (in Prozent)

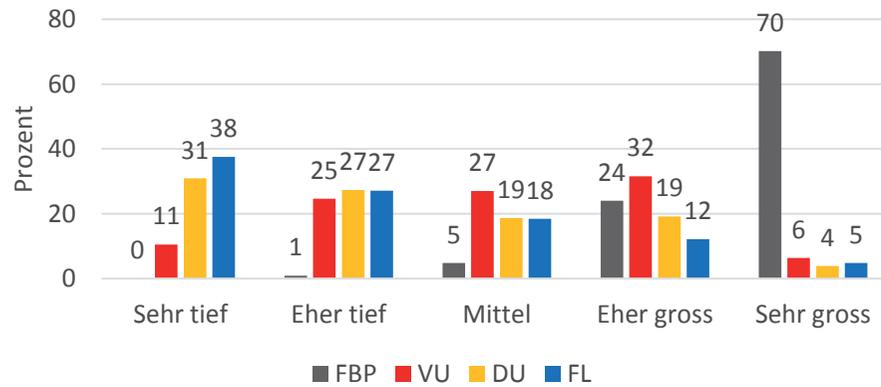


Abb. 34: Sympathie der VU-Wählerschaft für die Parteien (in Prozent)

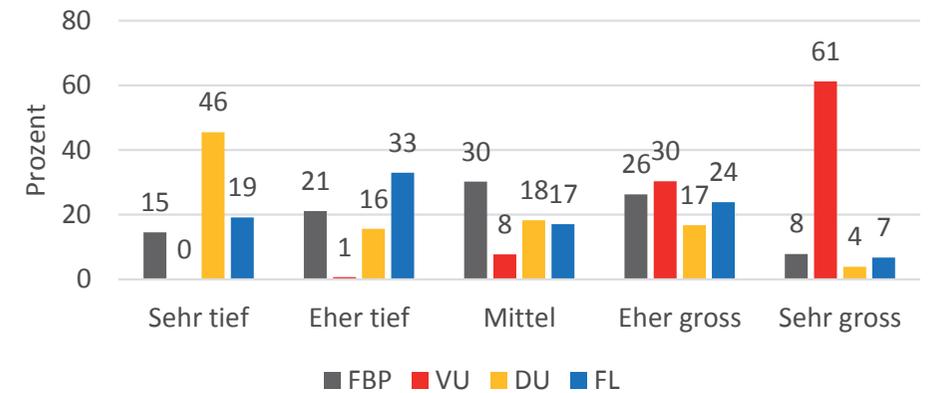


Abb. 35: Sympathie der DU-Wählerschaft für die Parteien (in Prozent)

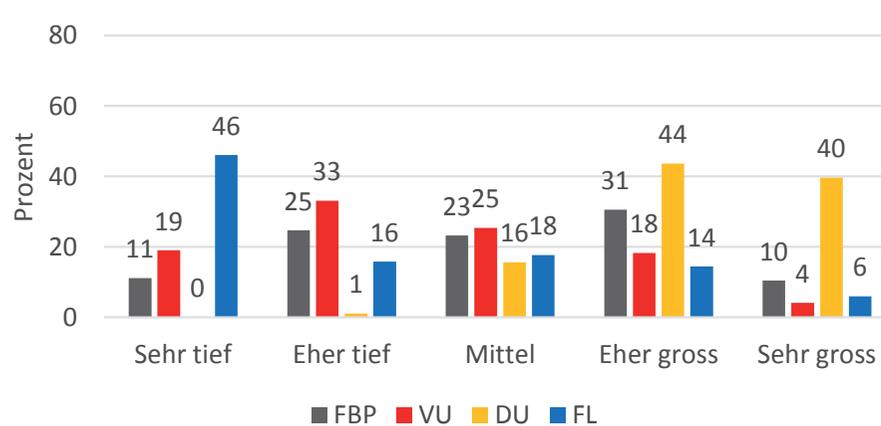
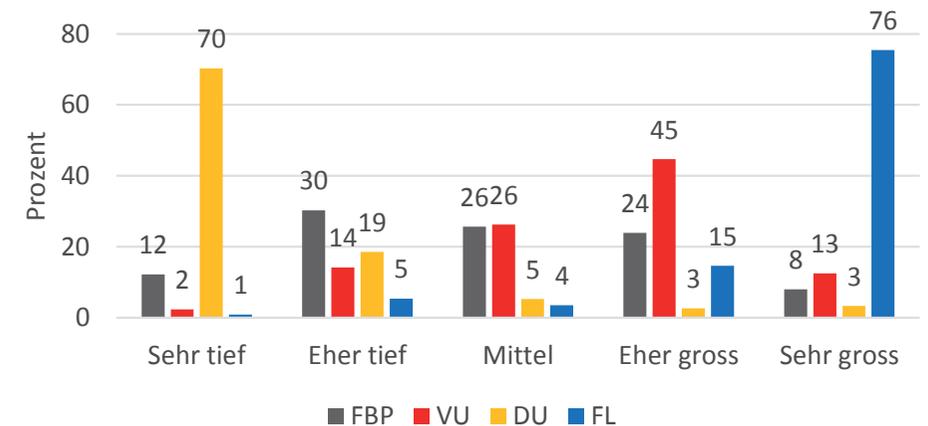


Abb. 36: Sympathie der FL-Wählerschaft für die Parteien (in Prozent)



Sympathie von Spitzenkandidaten

Kein Filter.

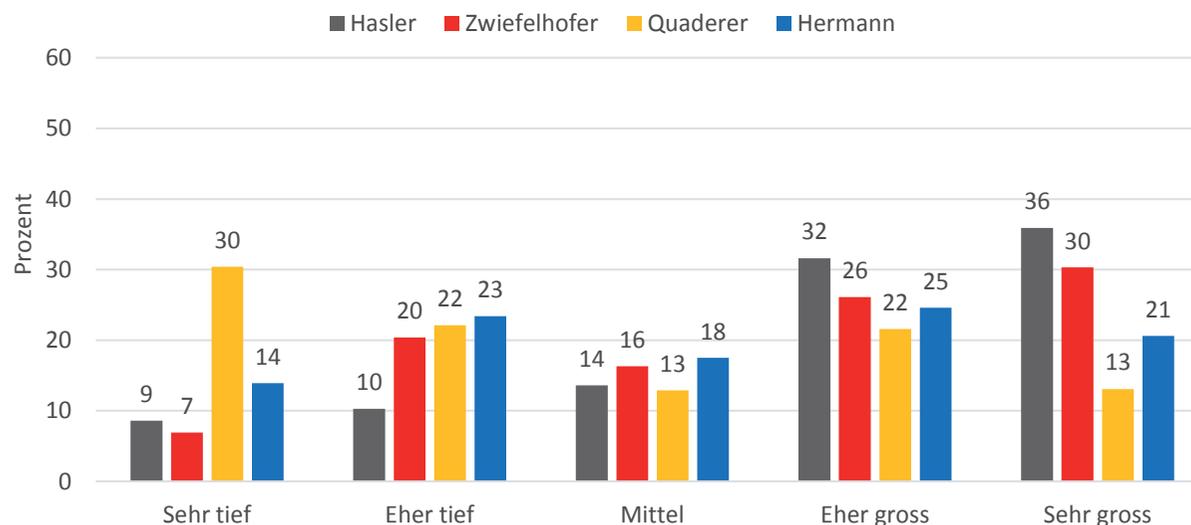
Die Frage nach der Sympathie für die einzelnen Spitzenkandidaten wurde als Skalierungsfrage gestellt. Der Skalenwert 0 bedeutete «gar keine Sympathie», der Wert 10 «sehr grosse Sympathie». In der Darstellung werden diese Skalenwerte wie folgt aggregiert:

Bezeichnung	Skalenwerte
Sehr tief	0, 1, 2
Eher tief	3, 4
Mittel	5
Eher hoch	6, 7
Sehr hoch	8, 9, 10

Es zeigt sich, dass der amtierende Regierungschef Adrian Hasler (FBP) insgesamt die höheren Sympathiewerte aufweist als sein Hauptkonkurrent, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer (VU).

Am stärksten umstritten ist Harry Quaderer, der Parteichef und Hauptexponent der DU. Dagegen wies Ecky Hermann als Regierungschef-Kandidat der FL recht hohe Sympathiewerte auf, obwohl er für die stimmschwächste Partei ins Rennen ging und man nicht notgedrungen von den Wählerin-

Abb. 37: Sympathie für Spitzenkandidaten (in Prozent)



nen und Wählern der anderen Parteien hohe Zustimmungswerte erwarten konnte. Wie bei den Sympathiewerten der Parteien zeigt es sich auch bei den Spitzenkandidaten, dass die DU stärker polarisiert als die FL.

VERGLEICH DER PARTEIWÄHLERSCHAFT

Bei der Beurteilung der Spitzenkandidaten zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Sympathiebewertung der Parteien.

Adrian Hasler schneidet besser ab als Thomas Zwiefelhofer. In der eigenen Partei haben 70 Prozent sehr grosse Sympathie für Hasler,

während dies bei Zwiefelhofer innerhalb der VU 64 Prozent sind. Und während Hasler bei 51 Prozent der VU-Wählerschaft eher grosse oder sehr grosse Sympathien geniesst, sind dies umgekehrt bei Zwiefelhofer in der FBP-Wählerschaft 39 Prozent. Ein Gradmesser ist auch die Einschätzung der Wählerinnen und Wähler der DU und der FL: In der DU-Wählerschaft wird Hasler gegenüber Zwiefelhofer klar bevorzugt, während das Verhältnis in der FL-Wählerschaft relativ ausgeglichen ist. Insgesamt hatte also Hasler gegenüber Zwiefelhofer einen Sympathievorsprung.

Sympathie von Spitzenkandidaten

Abb. 38: Sympathie der FBP-Wählerschaft für die Spitzenkandidaten (in Prozent)

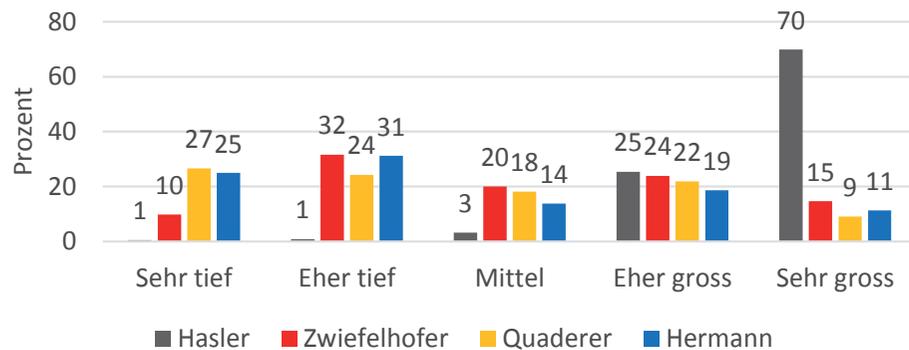


Abb. 39: Sympathie der VU-Wählerschaft für die Spitzenkandidaten (in Prozent)

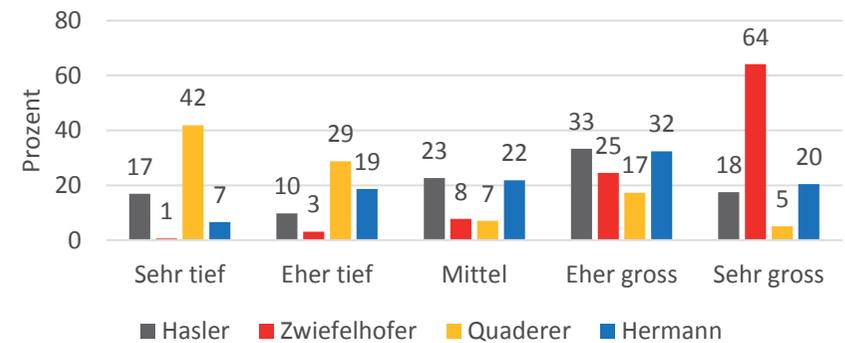


Abb. 40: Sympathie der DU-Wählerschaft für die Spitzenkandidaten (in Prozent)

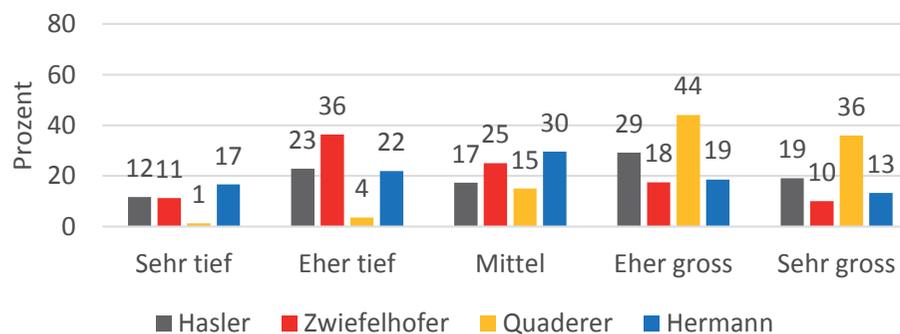
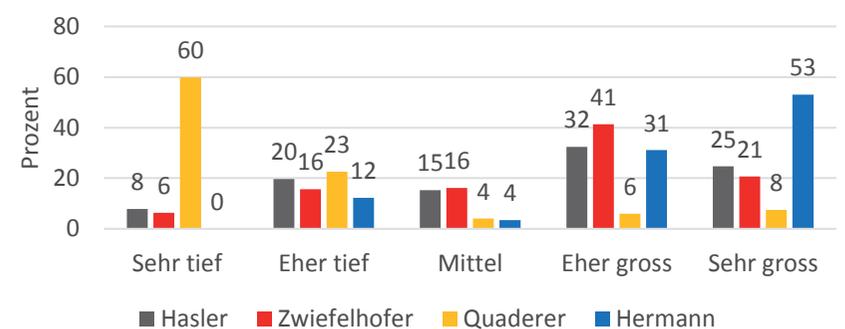


Abb. 41: Sympathie der FL-Wählerschaft für die Spitzenkandidaten (in Prozent)





WAHLVERHALTEN



Wahlverhalten nach Geschlecht

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 461 / Cramer-V = .118 (sig .087)

Gewichtet nach Parteienwahl.

Das Wahlverhalten von Frauen und Männern zeigt keinen statistisch signifikanten Unterschied, da die Fallzahlen hierfür zu klein sind. Die Grafik legt jedoch die Vermutung nahe, dass die Geschlechter bezüglich der VU und der DU unterschiedliche Prioritäten hatten. Die VU scheint bei den Frauen etwas besser gepunktet zu haben als bei den Männern, während die Männer eine stärkere Präferenz für die DU zeigen als die Frauen.

Während der Anteil von Wählerinnen und Wählern bei der FBP ausgeglichen ist, beträgt der Anteil der Wählerinnen gemäss Umfrage bei der FL 53 Prozent, bei der VU sogar 56 Prozent. Dagegen sind rund 60 Prozent der Wählerschaft der DU Männer.

Abb. 42: Parteienwahl nach Geschlecht (in Prozent)

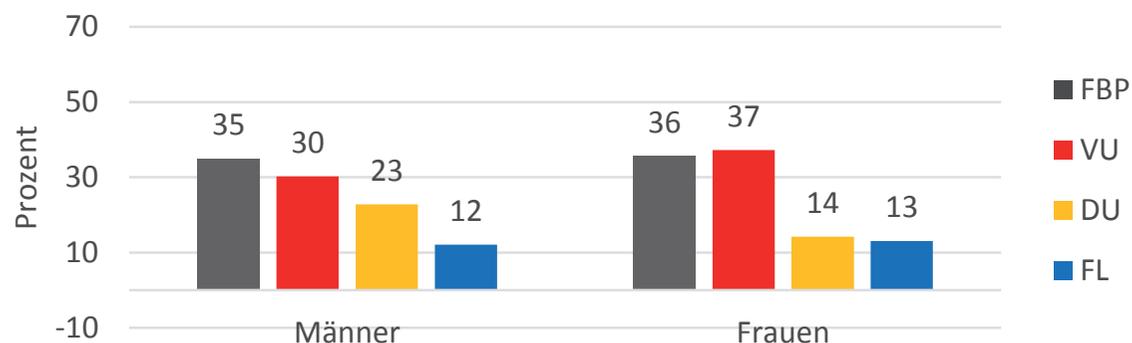
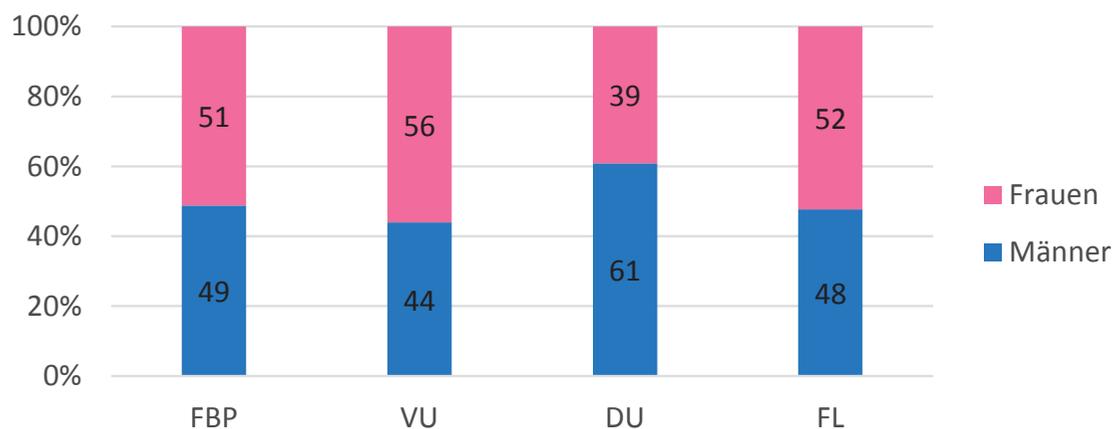


Abb. 43: Anteil Wählerinnen und Wähler der Parteien (in Prozent)



Wahlverhalten nach Alter

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 462 / Cramer-V = .121 (sig .037)

Das Wahlverhalten in den verschiedenen Altersklassen unterscheidet sich recht deutlich. Insbesondere das jüngere Segment der 18- bis 34-Jährigen weicht vom Muster der anderen Altersklassen ab. Während bei den beiden älteren Segmenten die beiden Traditionsparteien FBP und VU deutlich oben aus schwingen, sind die Stimmenanteile im jüngsten der drei Alterssegmente ausgeglichener verteilt.

Die FBP hat mit steigendem Alter der Wählerschaft besser abgeschnitten.

Die VU zeigt sich im mittleren Alterssegment etwas stärker als in den anderen.

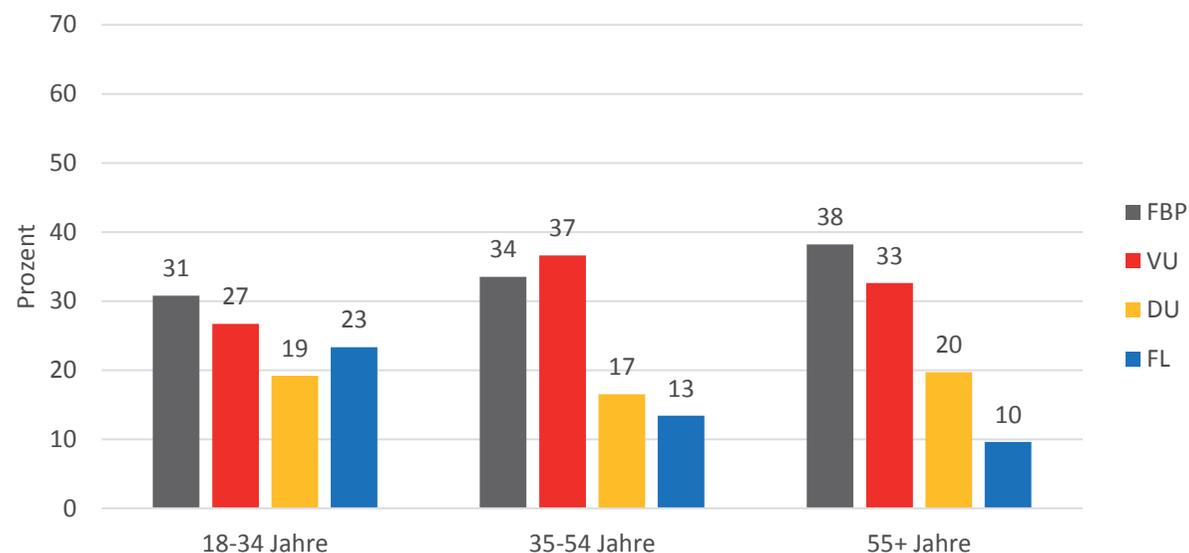
Die DU hat in allen Alterssegmenten ungefähr ähnlich gut abgeschnitten.

Die FL erzielte das beste Resultat im jüngsten Alterssegment.

VERGLEICH 2013 UND 2017

Die FBP hat in allen Alterssegmenten Einbusen hinnehmen müssen. Am deutlichsten ist allerdings der Rückgang im jüngsten Alterssegment. Dort ging der ausserordentlich hohe Wähleranteil der FBP von 45 Prozent im Jahr 2013 auf 31 Prozent 2017 zurück.

Abb. 44: Parteienwahl nach Altersgruppen (in Prozent)



Die VU schnitt 2017 im Vergleich zu 2013 relativ stabil ab. Im ältesten Segment zeigen die Nachwahlumfragen einen Rückgang von vier Prozentpunkten, in den anderen Segmenten einen moderaten Zugewinn.

Die DU hat bei den Wahlen 2017 insgesamt am deutlichsten zugelegt. Ein Grossteil des Zuwachses geht auf das Konto des ältesten Segmentes: In der Altersklasse ab 55 Jahren legte die DU gemäss Umfrage um 6 Prozentpunkte zu, während sich der Zuwachs in

den jüngeren Segmenten bei einem Prozentpunkt bewegt.

Genau gegenteilig zeigen sich die Verhältnisse bei der FL. Sie konnte im jüngsten Segment markant zulegen. Der Wählerzuspruch stieg in der Altersklasse der 18- bis 34-Jährigen um 9 Prozentpunkte von 12 auf 23 Prozent, während er in den anderen Altersklassen nur moderat um einen Prozentpunkt zunahm

Wahlverhalten nach Alter

Abb. 45: Wähleranteil der FBP in verschiedenen Altersgruppen (in Prozent)

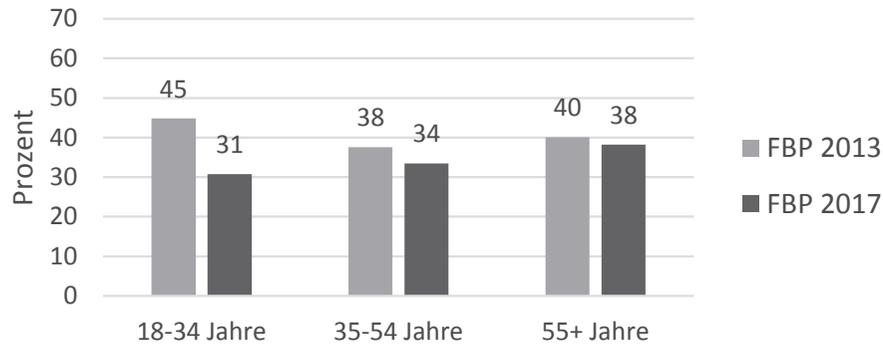


Abb. 46: Wähleranteil der VU in verschiedenen Altersgruppen (in Prozent)

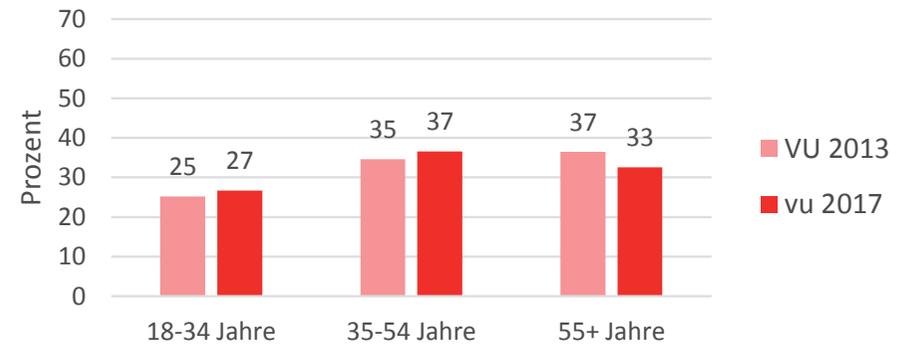


Abb. 47: Wähleranteil der DU in verschiedenen Altersgruppen (in Prozent)

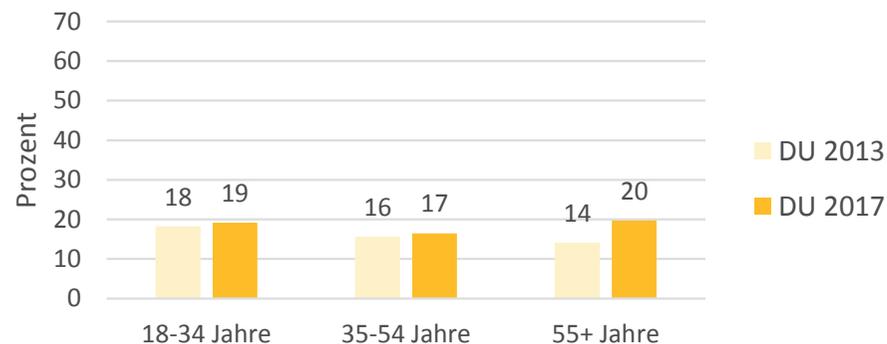
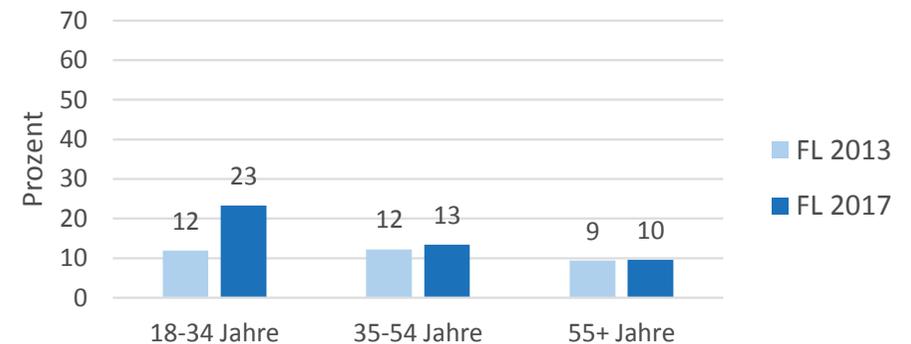


Abb. 48: Wähleranteil der FL in verschiedenen Altersgruppen (in Prozent)



Wahlverhalten nach Ausbildung

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 457 / Cramer-V = .153 (sig .002)

Die formalen Bildungsabschlüsse der Befragten verteilen sich wie folgt:

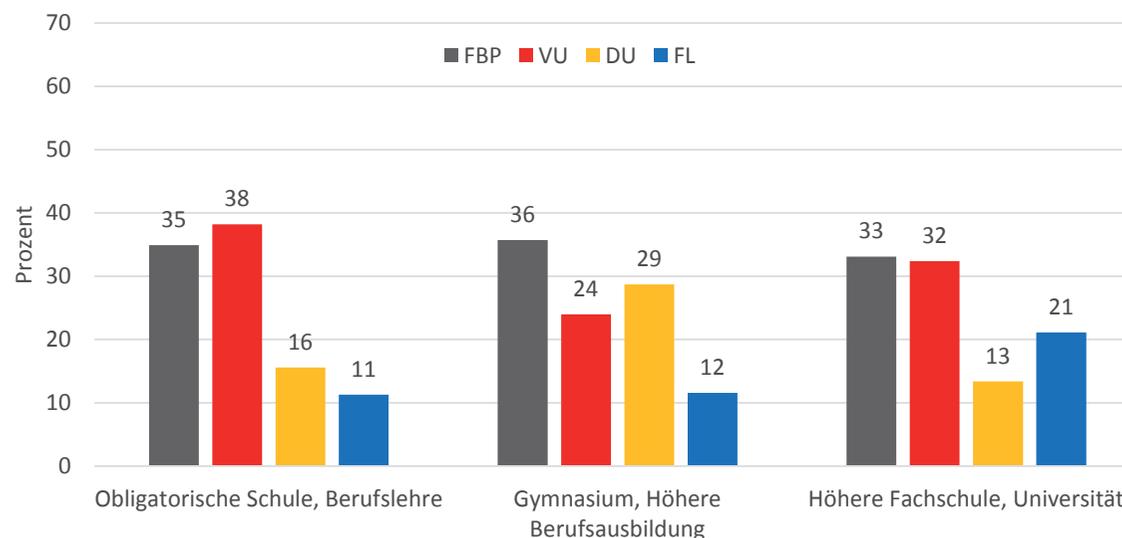
Höchste abgeschlossene Ausbildung	Anzahl Befragte mit Angabe zur Parteienwahl
Obligatorische Schule, Berufslehre	186
Mittelschule, Gymnasium, Höhere Berufsausbildung	129
Höhere Fachschule, Universität, ETH	142

Die FBP schnitt in allen formalen Bildungssegmenten ungefähr gleich gut ab. Der Stimmenanteil variiert zwischen 33 und 36 Prozent.

Die VU erzielte im mittleren Bildungssegment den tiefsten Stimmenanteil mit 24 Prozent. Am besten schnitt sie mit 38 Prozent im tiefsten Bildungssegment ab. Dort war sie auch stärkste Partei.

Die DU erzielte das deutlich beste Resultat im mittleren Bildungssegment, wo sie mit 29 Prozent Stimmenanteil zweitstärkste Partei wurde. Mit 13 beziehungsweise 16 Prozent erzielte sie aber auch in den anderen Seg-

Abb. 49: Parteienwahl nach Ausbildung (in Prozent)



menten beachtliche Resultate.

Die FL ist eindeutig im höchsten Bildungssegment am stärksten. Dort erzielte sie 21 Prozent der Stimmen und wurde drittstärkste Partei.

VERGLEICH 2013 UND 2017

Die FBP konnte den Wähleranteil im höchsten Bildungssegment stabil halten, allerdings auf relativ tiefem Niveau von 33 Prozent. In den anderen Bildungssegmenten musste sie deutliche Verluste hinnehmen.

Die VU konnte im tiefsten Bildungssegment um 8 Prozentpunkte zulegen, verlor

aber in den beiden anderen Bildungssegmenten etwas an Terrain.

Der Stimmenzuwachs der DU resultiert aus dem enorm gestiegenen Zuspruch im mittleren Bildungssegment. Dort nahm der Wähleranteil von 12 auf 29 Prozent zu. Im höchsten Bildungssegment nahm er dagegen um 4 Prozentpunkte ab.

Der Zuwachs der FL geht vor allem auf die stark gestiegene Unterstützung im höchsten Bildungssegment zurück. Dort stieg der Wähleranteil der FL von 13 auf 21 Prozent, während er in den anderen Segmenten nur sehr moderat zunahm.

Wahlverhalten nach Ausbildung

Abb. 50: Wähleranteil der FBP in verschiedenen Bildungssegmenten (in Prozent)

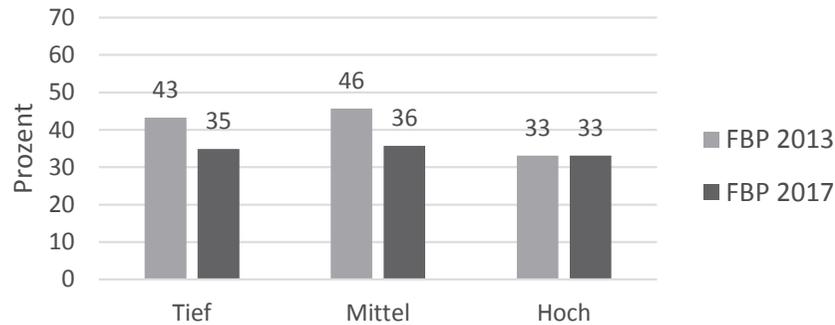


Abb. 51: Wähleranteil der VU in verschiedenen Bildungssegmenten (in Prozent)

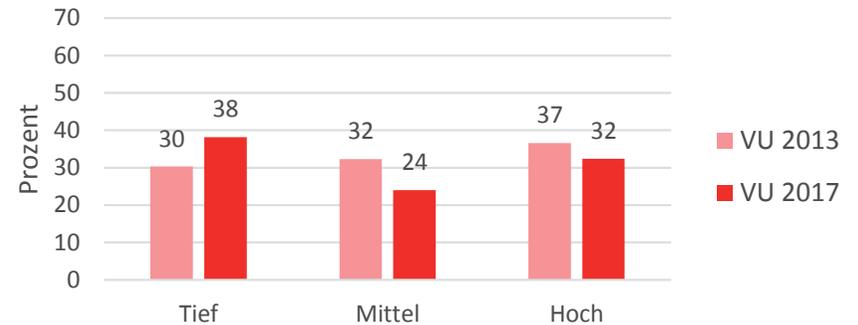


Abb. 52: Wähleranteil der DU in verschiedenen Bildungssegmenten (in Prozent)

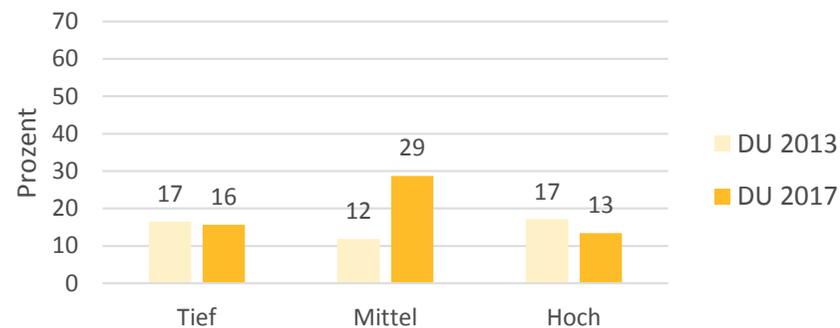
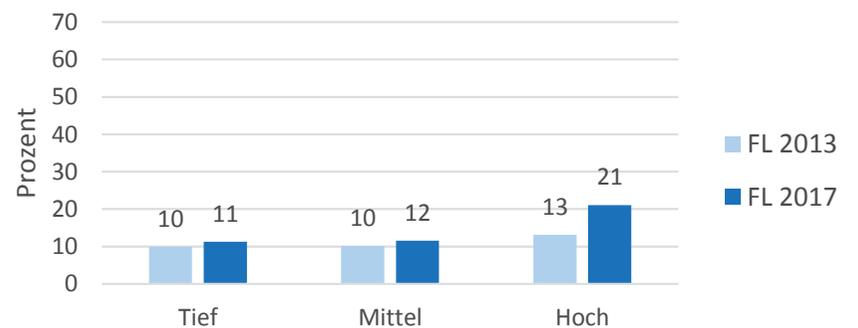


Abb. 53: Wähleranteil der FL in verschiedenen Bildungssegmenten (in Prozent)



Wahlverhalten nach politischem Interesse

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .102 (n.s.)

Die Stimmberechtigten in Liechtenstein zeigen ein hohes Interesse an der Politik. Sie verteilen sich wie folgt:

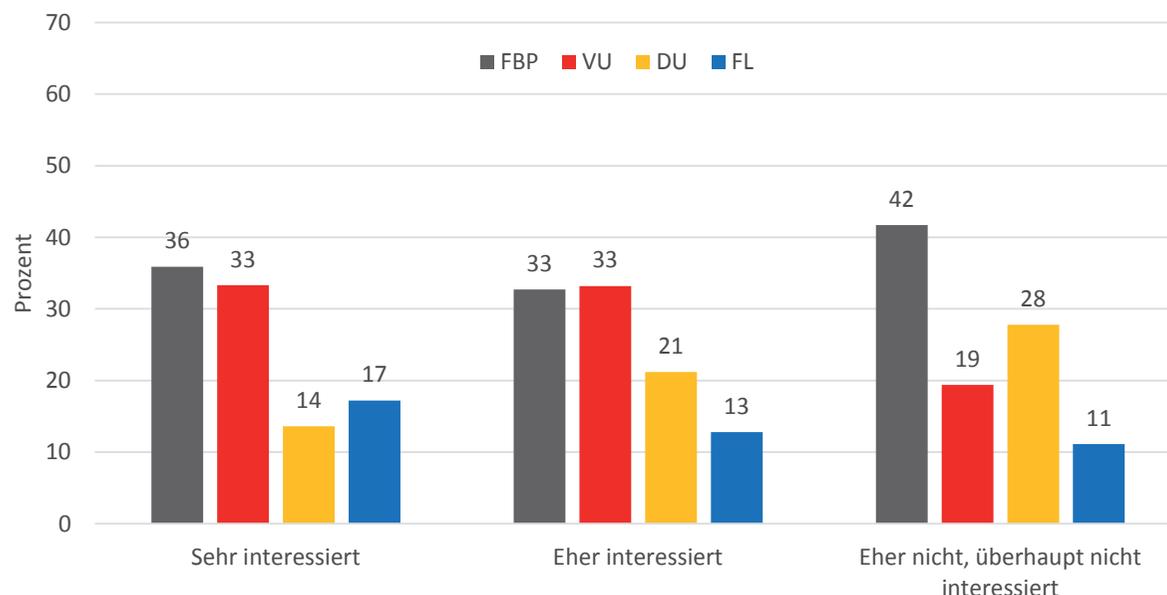
Interesse	Anzahl Fälle mit Angaben zur Parteienwahl
Eher nicht/überhaupt nicht interessiert	36
Eher interessiert	226
Sehr interessiert	198
TOTAL	460

Insgesamt gaben 43 Prozent der Befragten an, dass sie an der Politik sehr interessiert sind, 49 Prozent sind eher interessiert, 8 Prozent eher nicht oder überhaupt nicht.

Das Segment der eher nicht oder überhaupt nicht Interessierten ist mit 36 Fällen sehr klein und daher ist die entsprechende Auswertung als statistisch nicht gesichert zu betrachten. Besser eignet sich ein Vergleich der sehr Interessierten mit den eher Interessierten.

Dabei zeigt sich vor allem zwischen der DU und der FL eine gegenläufige Bewegung: Der Wähleranteil der DU sinkt mit dem Interes-

Abb. 54: Parteienwahl nach politischem Interesse (in Prozent)



se an Politik, während der Wähleranteil der FL bei steigendem politischem Interesse der Befragten steigt. Dieser Trend setzt sich im Segment der nicht sehr Interessierten fort, widerspricht also trotz kleiner Fallzahl zumindest nicht dem Befund.

Wahlverhalten nach Parteineigung

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 304 / Cramer-V = .744 (sig .000)

Bei den Landtagswahlen 2017 sind alle vier Parteien von mehr als 80 Prozent ihrer traditionellen Parteianhänger gewählt worden.

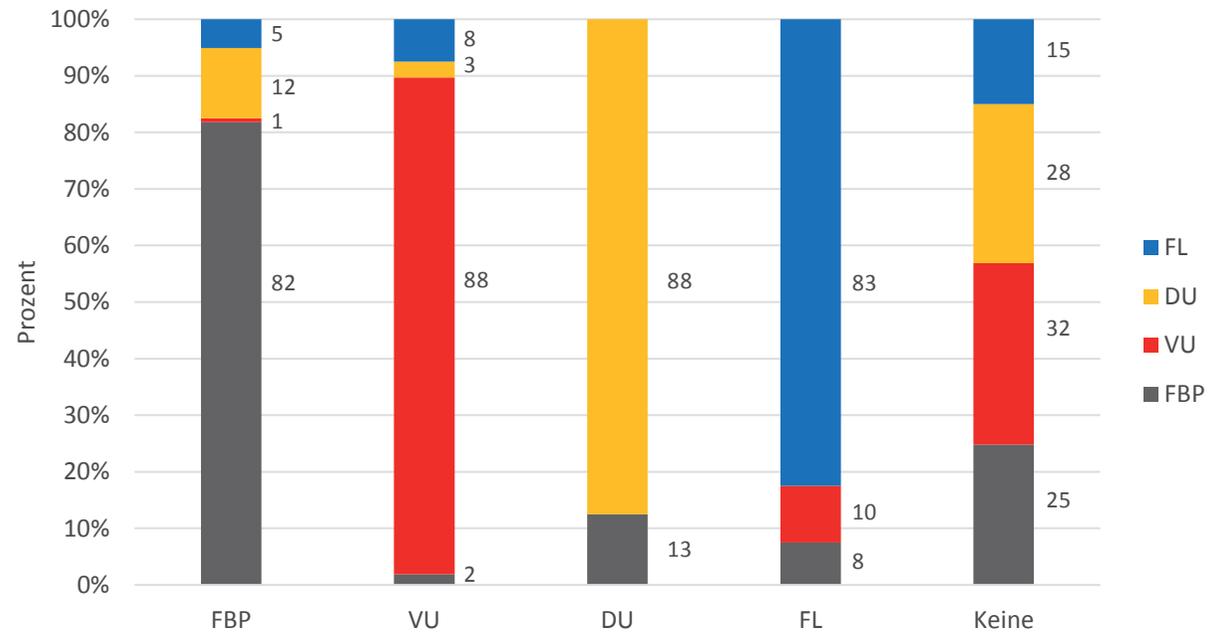
Am schlechtesten schneidet dabei die FBP ab, gefolgt von der FL. Bei der FBP haben 82 Prozent derjenigen, die normalerweise dieser Partei nahestehen, FBP gewählt. Kaum jemand von den FBP-Wählern und -Wählerinnen von 2013 hat 2017 die VU gewählt, jedoch 12 Prozent die DU und 5 Prozent die FL. Die FBP hat also am stärksten Richtung DU verloren.

Die VU konnte gemeinsam mit der DU den höchsten Anteil ihrer traditionellen Anhängerschaft an sich binden, nämlich jeweils 88 Prozent. Die VU hat aus ihrer Anhängerschaft am stärksten Richtung FL verloren, nämlich 8 Prozent.

Diejenigen, die der DU nahestehen, haben weder die VU noch die FL als Alternative gesehen. Jedoch haben sich 13 Prozent für die FBP entschieden.

Bei denjenigen, die normalerweise der FL nahestehen, haben 83 Prozent FL gewählt, 10 Prozent VU, 8 Prozent FBP. Der Weg von

Abb. 55: Parteienwahl nach traditioneller Parteineigung (in Prozent)



der FL zur DU wurde dagegen nicht eingeschlagen.

Diejenigen, die keine Parteibindung aufweisen (153 Fälle in der Umfrage) verteilen sich auf alle Parteien. Am häufigsten wurde von ihnen die VU (32%) und die DU (29%)

gewählt, gefolgt von der FBP (25%) und der FL (15%). Insgesamt waren die kleinen Parteien im Segment der Nicht-Parteigebundenen überdurchschnittlich attraktiv, insbesondere die DU.

Gewählte Partei nach langfristiger Parteineigung

Filter: Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 455 / Cramer-V = .607 (sig .000)

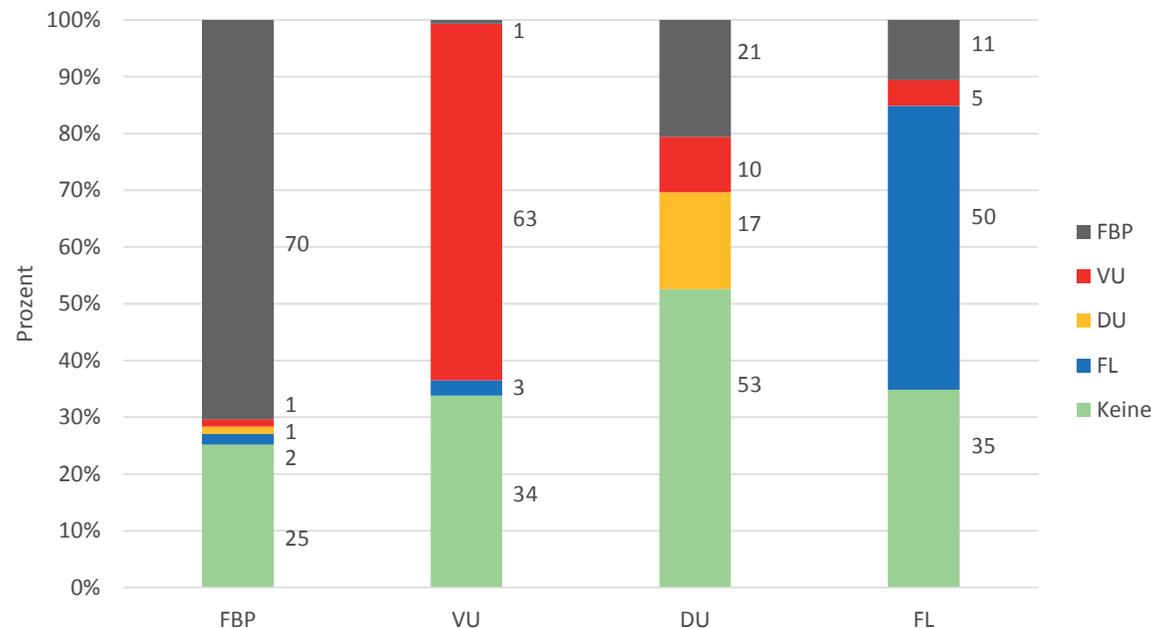
In dieser Darstellung wird die Wählerschaft der einzelnen Parteien danach differenziert, welche Parteibindung sie normalerweise aufweisen. Die Fallzahlen sind vielfach sehr klein, sodass die Ergebnisse nur als grober Trend gewertet werden können.

Die FBP hat 2017 kaum Wähler/innen ansprechen können, die normalerweise eine Parteibindung zu den anderen Parteien haben. 70 Prozent der Wählerschaft der FBP haben eine traditionelle Bindung zur FBP, 25 Prozent der FBP-Wähler und -Wählerinnen sagen, dass sie keine Parteibindung aufweisen.

Auch die VU konnte nicht in nennenswertem Umfang Parteianhänger der anderen Parteien an sich ziehen. 63 Prozent ihrer Wähler/innen stehen normalerweise bereits der VU nahe. Aber im Vergleich zur FBP konnte sie bei den Parteungebundenen etwas besser punkten.

Für die DU waren vor allem diejenigen, die normalerweise keiner Partei nahestehen, eine enorm wichtige Basis, da 53 Prozent ihrer Wähler/innen aus diesem Segment stammen. Als junge Partei weist sie selbst-

Abb. 56: Traditionelle Parteibindungen der Wähler/innen der Parteien (in Prozent)



verständlich noch nicht sehr viele traditionelle Parteianhänger/innen auf. Nur 17 Prozent der DU-Wählerschaft gibt an, dass sie normalerweise der DU nahestehen. Die DU schaffte es hingegen, bei den beiden Grossparteien Stimmen zu ergattern. Vor allem traditionelle FBP-Wähler und -Wählerinnen stellen mit 21 Prozent der DU-Wählerschaft einen wichtigen Pfeiler dar, während die VU etwas weniger bedeutend, die FL als Rekru-

tierungsfeld unbedeutend war.

Deutlich weniger stark als die DU konnte die FL im Feld der FBP (11%) und VU (5%) grasen. 50 Prozent der FL-Wählerschaft steht der FL bereits normalerweise nahe, 35 Prozent stammen aus dem Segment der Ungebundenen, welches also auch für die FL eine wichtige Basis darstellte.

Wahlverhalten nach Veränderungsfreudigkeit

Filter: Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

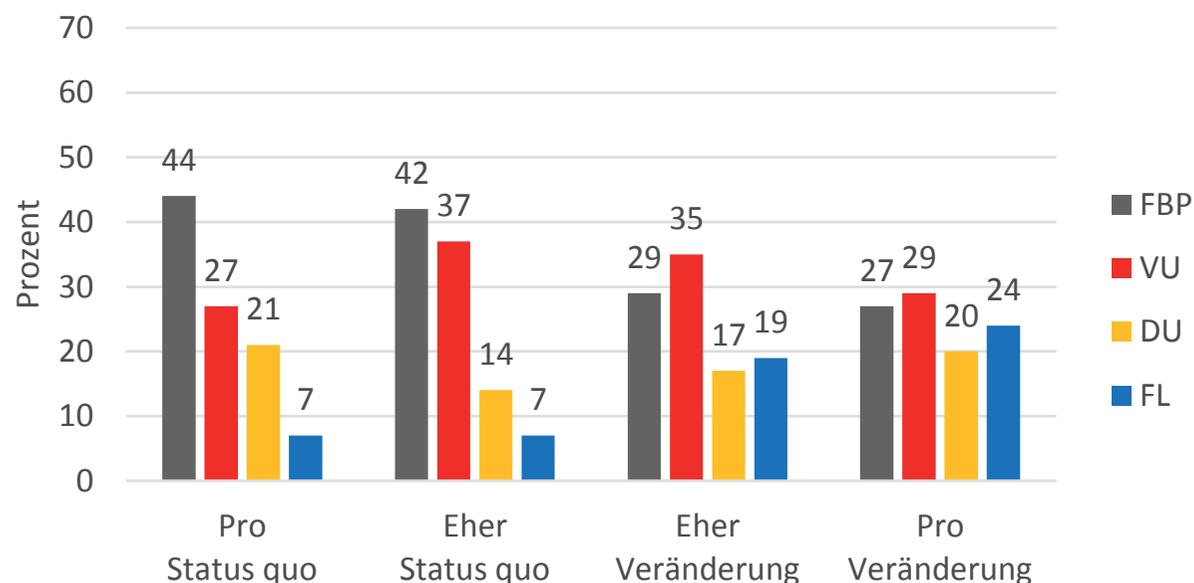
N = 428 / Cramer-V = .144 (sig .002)

Das Wahlverhalten korreliert stark signifikant mit der Einstellung zu Tradition oder Veränderung. Die folgenden vier Merkmale leiten sich aus den Fragen ab, ob man eher für Ruhe und Ordnung (Wert 1) oder Bewegung und Neuerung ist (Wert 2), eher traditionsverbunden (1) oder veränderungsfreudig (2), eher für bekannte (1) oder bisher unbekannte Dinge ist (2). Die Häufigkeitsverteilung aufgrund der addierten Werte bei denjenigen, die angeben, welche Partei sie gewählt haben, sieht wie folgt aus:

Wert	Anzahl Fälle mit Angaben zur Parteienwahl
Pro Status quo	81
Eher Status quo	110
Eher pro Veränderung	122
Pro Veränderung	115
TOTAL	428

Drei der vier Parteien, nämlich die FBP, die VU und die DU weisen eine relativ heterogene Wählerschaft auf.

Abb. 57: Parteienwahl nach Veränderungsfreudigkeit (in Prozent)



Die FBP erzielte bei den ganz oder eher Status-quo-Orientierten ein Ergebnis von mehr als 40 Prozent, bei den anderen unter 30 Prozent.

Die VU schnitt in den mittleren Bereichen – «eher» Status-quo-Orientierte und «eher» Veränderungsfreudige – mit 35 bis 37 Prozent am besten ab. An den beiden Polen lag sie knapp unter 30 Prozent.

An den Polen schnitt dagegen die DU mit rund 20 Prozent etwas besser ab als in der Mitte.

Die FL erzielte ihr bestes Ergebnis bei den eher oder ganz Veränderungsfreudigen (19 beziehungsweise 24 Prozent). Bei den ganz oder eher Status-quo-Orientierten fand sie lediglich Unterstützung von 7 Prozent.

Wahlverhalten nach Links-Rechts-Selbsteinstufung

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 450 / Cramer-V = .289 (sig .000)

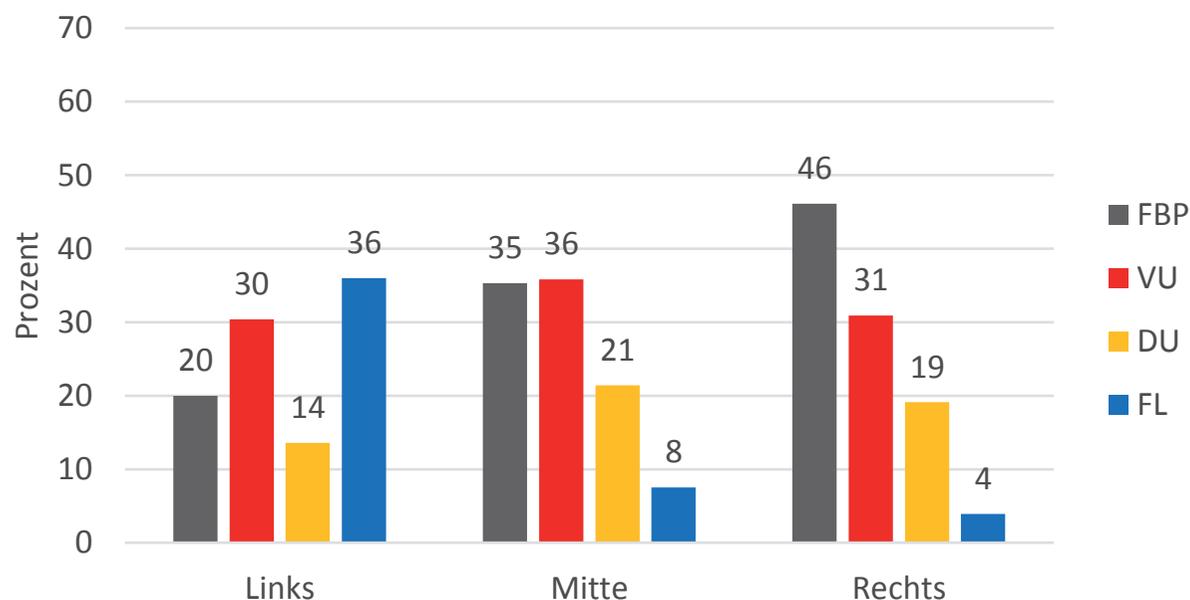
Das Wahlverhalten korreliert hochsignifikant mit der Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala. Wie bei der Einschätzung der Parteien sollten sich auch die Befragten selbst einstufen, wenn 0 «ganz links» und 10 «ganz rechts» bedeutet. Wenn die Werte 0 bis 4 als links, 5 als Mitte und 6 bis 10 als rechts bezeichnet werden, ergibt sich die folgende Verteilung:

Wert	Anzahl Fälle mit Angaben zur Parteienwahl
Links (Werte 0–4)	125
Mitte (Wert 5)	173
Rechts (Werte 6–10)	152
TOTAL	450

Die FBP erzielte im Lager rechts der Mitte mit 46 Prozent das beste Resultat. Im Mitte-Lager wurde sie von 35 Prozent gewählt, bei den eher links Orientierten nur von 20 Prozent.

Die VU hat in allen Lagern ähnlich abgeschnitten, wobei sie das beste Ergebnis in der politischen Mitte mit 36 Prozent erreicht hat.

Abb. 58: Parteienwahl nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (in Prozent)



Die DU schnitt sowohl im Mitte-Lager wie auch im rechten Lager ähnlich stark ab, nämlich mit 21 beziehungsweise 19 Prozent.

Die FL hat eindeutig ihre Hochburg im linken Lager, wo sie von 36 Prozent gewählt wurde. In den beiden anderen Lagern fiel ihr Wähleranteil dagegen auf 8 (Mitte) beziehungsweise 4 Prozent (rechtes Lager) ab.

Wahlverhalten nach Lebenssituation

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 459 / Cramer-V = .062 (n.s.)

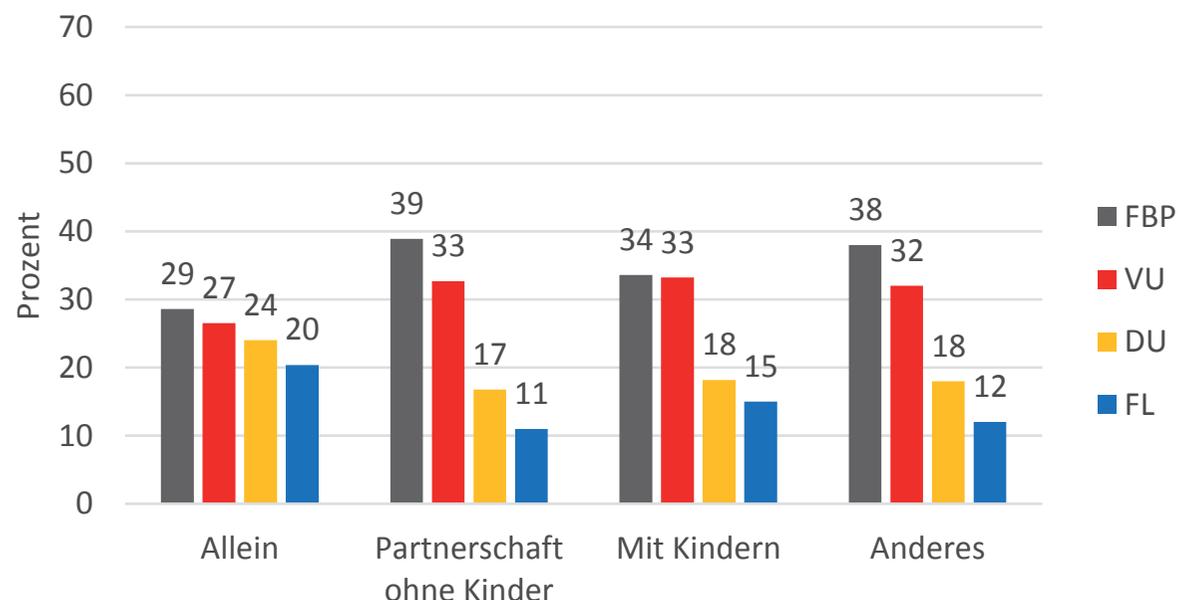
Zwischen der Lebensform und dem Wahlverhalten zeigt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang.

Die Lebenssituation der Befragten stellt sich wie folgt dar:

Lebenssituation	Zahl der Befragten mit Angaben zur Parteienwahl
Allein	49
Partnerschaft ohne Kinder	113
Mit Kindern	247
Anderes	50
TOTAL	459

Nach der wuchtigen Ablehnung der Volksinitiative über das Familienzulagengesetz vom 18. September 2016 (82,4 Prozent Nein-Stimmen) hätte ein Effekt auf die Wahlen erwartet werden können. In der damaligen Abstimmungskommunikation wurden grundsätzliche Fragen der Familienförderung, der Förderung ausserhäuslicher Betreuung, der Unterstützung von traditionellen Familien ohne ausserhäusliche Be-

Abb. 59: Parteienwahl nach Lebenssituation (in Prozent)



treuung sowie Finanzierungsfragen aufgeworfen. Im Vorfeld der Abstimmung hatten sich alle Parteien ausser der DU für die Vorlage ausgesprochen.

Die Nachwahlumfrage zeigt jedoch, dass beispielsweise Befragte, die mit Kindern in einem Haushalt leben, ziemlich gleich ge-

wählt haben wie das Total. Die DU konnte also in diesem Segment nicht speziell punkten.

Die Fallzahlen sind in einzelnen Segmenten tief (49 bzw. 50 Fälle), sodass die betreffenden Resultate mit grosser statistischer Unsicherheit behaftet sind.

Wahlverhalten nach Haushaltseinkommen

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 406 / Cramer-V = .097 (n.s.)

Zwischen dem Haushaltseinkommen und dem Wahlverhalten zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang.

In der Umfrage wurden vier Antwortkategorien vorgegeben: weniger als CHF 4'000, CHF 4'000 bis 7'000, CHF 7'000 bis 11'000 und mehr als CHF 11'000. Selbst wenn die Antwortkategorien auf zwei reduziert werden (bis CHF 7'000 und mehr als CHF 7'000) ergibt sich kein signifikanter Unterschied im Wahlverhalten.

Wahlverhalten nach Religiosität

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 457 / Cramer-V = .161 (sig .000)

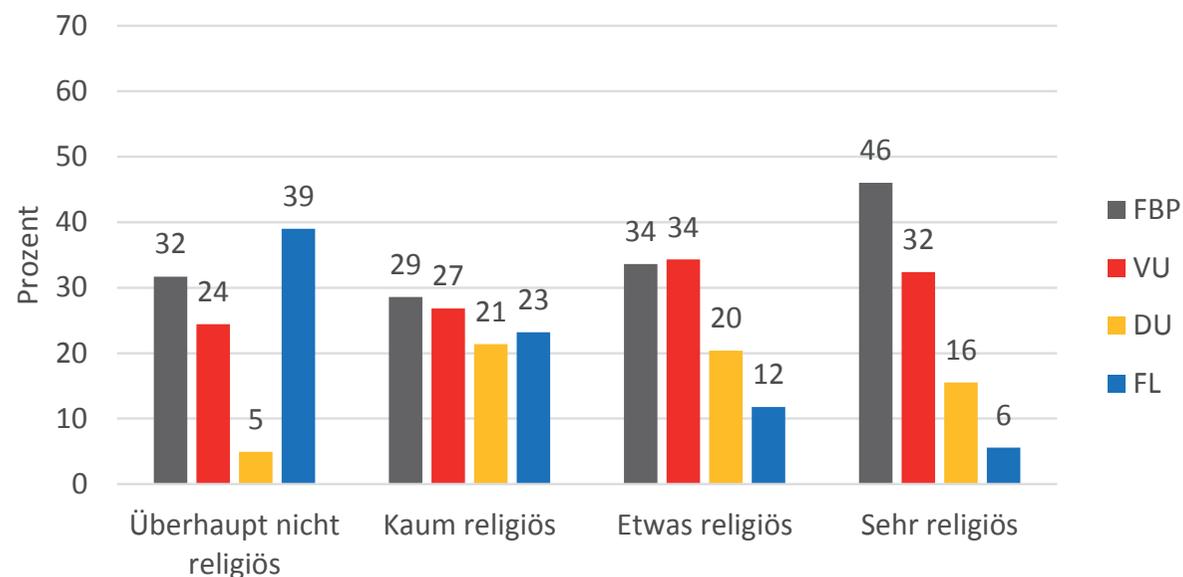
Zwischen der Religiosität und dem Wahlverhalten zeigt sich ein statistisch hoch signifikanter Zusammenhang.

Die Religiosität der Befragten verteilt sich wie folgt:

Religiosität	Zahl der Befragten mit Angaben zur Parteienwahl
Überhaupt nicht religiös	41
Kaum religiös	56
Etwas religiös	289
Sehr religiös	71
TOTAL	457

Das Segment der «etwas Religiösen», welches gleichzeitig das mit Abstand grösste Segment darstellt, reflektiert annähernd das Wahlergebnis bei den Landtagswahlen 2017. In den anderen Segmenten lassen sich dagegen markante Differenzen feststellen. Wegen geringer Fallzahlen in einzelnen Segmenten sollten die betreffenden Prozentzahlen eher als Tendenz denn als gesicherte Werte angesehen werden.

Abb. 60: Parteienwahl nach Religiosität (in Prozent)



Am deutlichsten treten die Unterschiede bei der FL zutage: Ihr Stimmenanteil sinkt mit zunehmender Religiosität der Befragten deutlich ab, und zwar von 39 Prozent bei den überhaupt nicht Religiösen bis 6 Prozent bei den sehr Religiösen.

Bei der FBP weist der Trend in die andere Richtung. Sie erreicht mit 47 Prozent den höchsten Stimmenanteil bei den sehr Religiösen.

Die Wähleranteile der VU schwanken in den einzelnen Segmenten am wenigsten stark. Von 24 Prozent bei den überhaupt nicht Religiösen reicht die Spannweite bis 34 Prozent bei den etwas Religiösen.

Stärker variieren die Werte bei der DU, die von den überhaupt nicht Religiösen kaum gewählt wird, in den anderen Segmenten zwischen 16 und 21 Prozent Zustimmung erfährt.

Bevorzugung von Frauen bei der Wahl

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 454 / Cramer-V = .056 (n.s.)

Die Frage war, ob man bei den Landtagswahlen Frauen bewusst bevorzugt hat oder ob man nicht darauf geachtet hat. Insgesamt gaben in der Umfrage 32 Prozent an, dass sie bewusst Frauen bevorzugt haben, etwas mehr als zwei Drittel haben nicht darauf geachtet.

Der Frage kommt eine besondere Relevanz zu, da der Frauenanteil im Landtag bei den Wahlen 2017 von 20 auf 12 Prozent (von fünf auf drei Frauen) gesunken ist und intensive Diskussionen über das schlechte Wahlabtschneiden der Frauen und mögliche Massnahmen bis hin zur Einführung einer Quotenregelung nach sich zog.

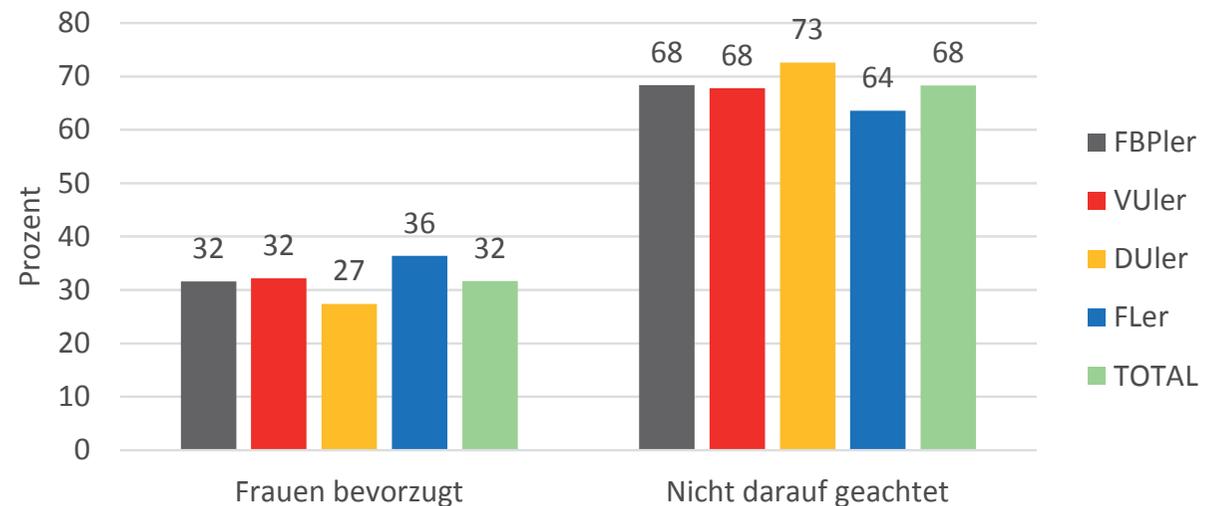
Zwischen der Wählerschaft der einzelnen Parteien zeigt sich kein statistisch signifikanter Unterschied.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Es gibt nur wenige soziodemografische und Einstellungsmerkmale, die einen Zusammenhang mit dem Wahlverhalten betreffend Frauen aufweisen:

Geschlecht: 39 Prozent der Frauen ge-

Abb. 61: Bevorzugung von Frauen bei der Wahl (in Prozent)



ben an, dass sie bei den Wahlen bewusst auf Frauen geachtet und sie bevorzugt haben. Bei den Männern sind es 24 Prozent.

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Die Linken haben eher bewusst Frauen gewählt (40%) als die Mitte-Orientierten (34%) oder die Rechten (23%).

Parteien und Volk: Wer der Meinung ist,

dass sich die Parteien ums Volk kümmern, hat eher frauenfreundlich gewählt (37%) als die anderen (23%).

Veränderungsfreudigkeit: Rund 40 Prozent der Veränderungsfreudigen haben Frauen bei den Wahlen bevorzugt und auf deren Wahl geachtet, die Status-quo-Orientierten zu weniger als 20 Prozent.

WÄHLERWANDERUNG



Wählerwanderung: Zuwanderung von 2013 auf 2017

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 461 / Cramer-V = .631 (sig .000)

Bei den Wählerstromanalysen muss vorausgeschickt werden, dass sich die Fallzahlen in vielen Segmenten auf sehr tiefem Niveau bewegen. Sie sind daher als Annäherungswerte aufzufassen und geben keinesfalls mit grosser Sicherheit die exakten Verhältnisse wieder. Die Tendenz dürfte aber auf jeden Fall stimmen.

2017 profitierten die beiden Oppositionsparteien DU und FL von der Zuwanderung von Wählerinnen und Wählern, die vormals andere Parteien gewählt hatten. Ihnen liefen aber auch viele zu, die 2013 nicht gewählt hatten beziehungsweise noch nicht wählen durften.

Die Stimmen der FBP stammen zu geschätzten 84 Prozent von bisherigen FBP-Wählern. Die FBP konnte kaum Stimmen von Wähler/innen gewinnen, die 2013 VU, DU oder FL gewählt hatten. Von den 100 Prozent FBP-Stimmen stammen nur je rund 1 Prozent von ehemaligen Wählern der anderen Parteien. 13 Prozent des Stimmentotals der FBP stammt von solchen, die 2013 (noch) nicht gewählt haben.

Die VU konnte dagegen von anderen Par-

teien Stimmen dazugewinnen, in erster Linie von der FBP. 10 Prozent des Stimmentotals der VU stammen von solchen, die 2013 FBP gewählt haben, 3 Prozent von ehemaligen DU-Wählern, 2 Prozent von ehemaligen FL-Wählern. 11 Prozent wurden von Neu- oder Wiederwählern gewonnen. 75 Prozent ihrer Stimmen stammen von Personen, die auch 2013 VU gewählt haben.

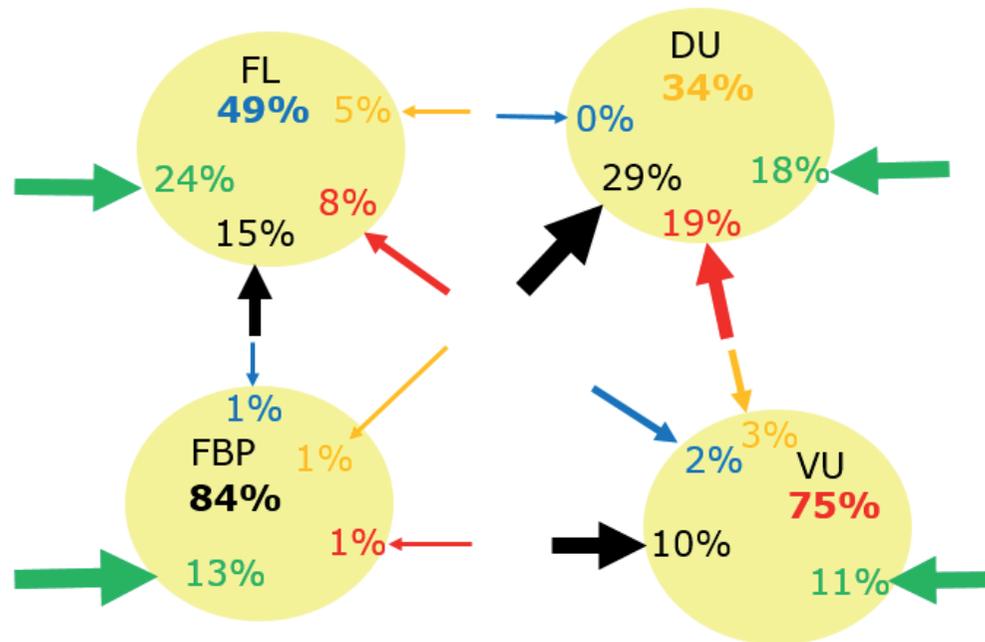
Nur rund ein Drittel der Stimmen der DU stammen von Wählerinnen und Wählern, die bereits 2013 DU gewählt haben. Dieser tiefe Wert hängt einerseits mit der Abwanderung von ehemaligen DU-Wählern und -Wählerinnen zusammen, auf die im nächsten Kapitel eingegangen wird. Während aber ein Teil der Wähler verloren wurde, konnten vonseiten der beiden Grossparteien und der Neuwähler massiv Stimmen gewonnen werden. Von den 100 Prozent der DU-Stimmen stammen etwa 34 Prozent von solchen, die auch 2013 DU gewählt haben, 18 Prozent von solchen, die 2013 (noch) nicht gewählt haben, 29 Prozent von solchen, die 2013 FBP gewählt haben und 19 Prozent von ehemaligen VU-Wählern. FL-Wähler von 2013 haben praktisch nicht zur DU gewechselt.

In der folgenden Grafik werden die aufgrund der Umfrage 2017 ermittelten Werte dargestellt. Basis sind dabei die Frage nach dem Wahlentscheid 2017 sowie die Frage,

welche Partei die Befragten 2013 gewählt haben. Dies ist selbstverständlich mit Unsicherheiten behaftet, weil nicht davon auszugehen ist, dass sich tatsächlich alle genau an ihren Wahlentscheid von 2013 erinnern.

Wählerwanderung: Zuwanderung von 2013 auf 2017

Abb. 62: Wählerwanderung – Zuwanderung in Prozent



Lesehilfe: 84% der Stimmen der FBP stammen von bisherigen FBP-Wählerinnen und -Wählern, 13% von solchen, die 2013 nicht gewählt haben oder noch nicht wahlberechtigt waren, je rund 1 Prozent sind der FBP von ehemaligen FL-, DU- und VU-Wählenden zugeströmt.

Wählerwanderung: Abwanderung von 2013 auf 2017

Filter: Nur Befragte mit Angaben zum Wahlentscheid 2013.

N = 489 / Cramer-V = .534 (sig .000)

Auch bei der Analyse der Abwanderung von Wählerinnen und Wähler der einzelnen Parteien von 2013 auf 2017 muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Fallzahlen in vielen Segmenten auf sehr tiefem Niveau bewegen. Die Angaben sind daher als Annäherungswerte aufzufassen und können von den tatsächlichen Verhältnissen abweichen. Die Tendenz sollte aber auch hier stimmen.

Die FBP hat die stärkste Erosion an ehemaligen Wählerinnen und Wählern erlitten. Nur 71 Prozent der Wähler von 2013 haben auch 2017 wieder FBP gewählt. Den grössten Verlust musste sie in Richtung DU hinnehmen. 13 Prozent der FBP-Wähler von 2013 haben 2017 DU gewählt. 8 Prozent sind Richtung VU abgewandert, 5 Prozent Richtung FL. 3 Prozent, die 2013 FBP gewählt haben, haben nicht an der Wahl 2017 teilgenommen.

Die VU konnte 81 Prozent der Wähler von 2013 auch 2017 für sich gewinnen. Die hauptsächliche Abwanderung erfolgte wie bei der FBP in Richtung DU. 12 Prozent derjenigen, die 2013 VU gewählt hatten, entschieden sich 2017 für die DU, 4 Prozent für die FL, 2 Prozent haben nicht mehr an der

Wahl teilgenommen. Der Verlust Richtung FBP ist mit 1 Prozent minim.

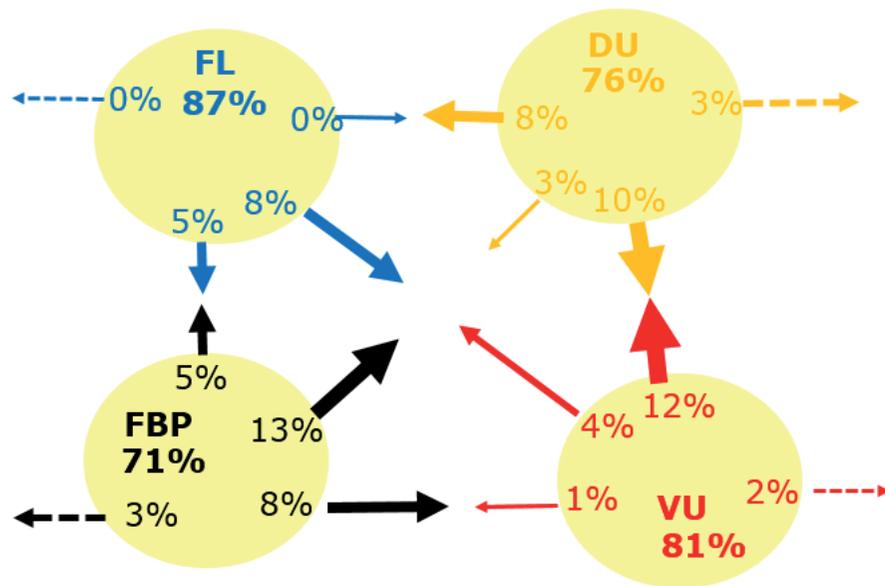
Mit 76 Prozent konnte die DU rund drei Viertel ihrer Wählerinnen und Wähler von 2013 auch 2017 an sich binden. Die 24 Prozent, die sich 2017 anders entschieden haben, gingen grossteils an die VU (10%) und an die FL (8%). Nur 3 Prozent gingen Richtung FBP, weitere 3 Prozent haben nicht mehr an der Wahl teilgenommen.

Die FL konnte von allen Parteien den höchsten Anteil an Wählerinnen und Wähler von 2013 auch 2017 wieder an sich binden, nämlich 87 Prozent. Die 13 Prozent an Abwanderung gingen an die VU (8%) und an die FBP (5%). Richtung DU gingen praktisch keine Stimmen verloren und FL-Wähler/innen von 2013 haben sich auch praktisch vollständig an den Wahlen 2017 beteiligt.

In der folgenden Grafik werden wiederum die Wanderungsverhältnisse wiedergegeben, wie sie sich aus der Umfrage 2017 präsentieren. Dabei wird auf die Frage nach dem Wahlentscheid 2017 und die Frage nach dem Wahlentscheid 2013 rekurriert. Wie bereits erwähnt ist fraglich, ob sich alle korrekt an ihren Wahlentscheid von 2013 erinnern. Ausserdem ist an die teilweise kleine Fallzahl zu erinnern.

Wählerwanderung: Abwanderung von 2013 auf 2017

Abb. 63: Wählerwanderung – Abwanderung in Prozent



Lesehilfe: 71% derjenigen, die 2013 FBP gewählt haben, haben auch 2017 FBP gewählt. 5% sind Richtung FL abgewandert, 13% Richtung DU, 8% Richtung VU, 3% haben sich 2017 nicht an der Wahl beteiligt.



EINSTELLUNGEN ZU PERSONAL- UND SACHFRAGEN



Direktwahl der Regierung

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

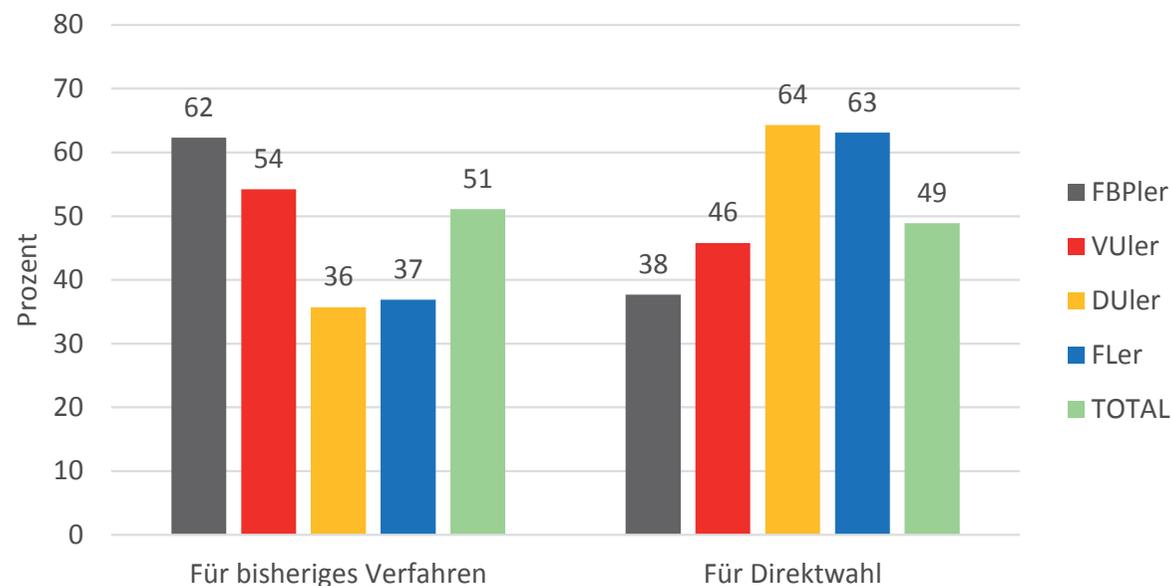
N = 452 / Cramer-V = .219 (sig .000)

Die Frage lautete, ob man bei der Wahl der Regierung beim bisherigen System bleiben soll, wonach der Landtag die Regierung vorschlägt und der Fürst die Regierung ernennt. Oder ob stattdessen die Regierung von den Stimmberechtigten direkt gewählt werden sollte.

Befürworter und Gegner einer Direktwahl der Regierung halten sich die Waage. Die Differenz von 2 Prozentpunkten ist innerhalb des Vertrauensbereichs, lässt also nicht auf eine statistisch signifikante Bevorzugung der Direktwahl schliessen.

Zwischen der Wählerschaft der einzelnen Parteien zeigen sich indes hochsignifikante Unterschiede. Die Wählerschaft der führenden Regierungspartei FBP spricht sich mit klarer Mehrheit von 62 Prozent für das bestehende Verfahren aus. Auch in der VU-Wählerschaft wird der Status quo bevorzugt, allerdings nur mit 54 zu 46 Prozent. Die Wählerinnen und Wähler der beiden kleineren Parteien plädieren hingegen mit knapp zwei Dritteln Mehrheit für eine Direktwahl der Regierung.

Abb. 64: Direktwahl der Regierung (in Prozent)



SOZIODEMOGRAFISCHE MERKMALE

Nach den meisten soziodemografischen und anderen Merkmalen zeigen sich keine oder nur schwach signifikante Differenzen (Geschlecht, Wahlkreis, Ausbildung, Lebenssituation, Religiosität, Interesse an Politik, Links-Rechts-Selbsteinstufung).

Bei folgenden Merkmalen zeigen sich allerdings hochsignifikante Korrelationen:

Alter: Die 18- bis 34-jährigen befürworten zu 60 Prozent das bisherige Verfahren, die 35- bis 54-jährigen zu 42 Prozent, die

55-jährigen und Älteren zu 54 Prozent.

Verhältnis Parteien und Volk: Wer die Meinung vertritt, dass sich die Parteien um das Volk kümmern, votiert eher für das bisherige Verfahren (61%), während diejenigen, die meinen, das Volk sei den Parteien egal, eher die Direktwahl befürworten (64%).

Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie: Je stärker die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein, desto stärker wird das bisherige System unterstützt. Die sehr oder eher

Direktwahl der Regierung

Unzufriedenen votieren zu 63 Prozent für eine Direktwahl, die sehr Zufriedenen nur zu 32 Prozent.

Veränderungsfreudigkeit: Veränderungsfreudige sind eher für die Direktwahl der Regierung (58%) als Status-quo-Orientierte (40%).

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Die Demokratiezufriedenheit und die Meinung zum Verhältnis der Parteien zum Volk haben gemäss Regressionsrechnung den grössten Einfluss auf das Antwortverhalten.

Präferenz Regierungschef bei drei Kandidaten

Kein Filter.

Hasler vs. Zwiefelhofer vs. Hermann

N = 465 / Cramer-V = .477 (sig .000)

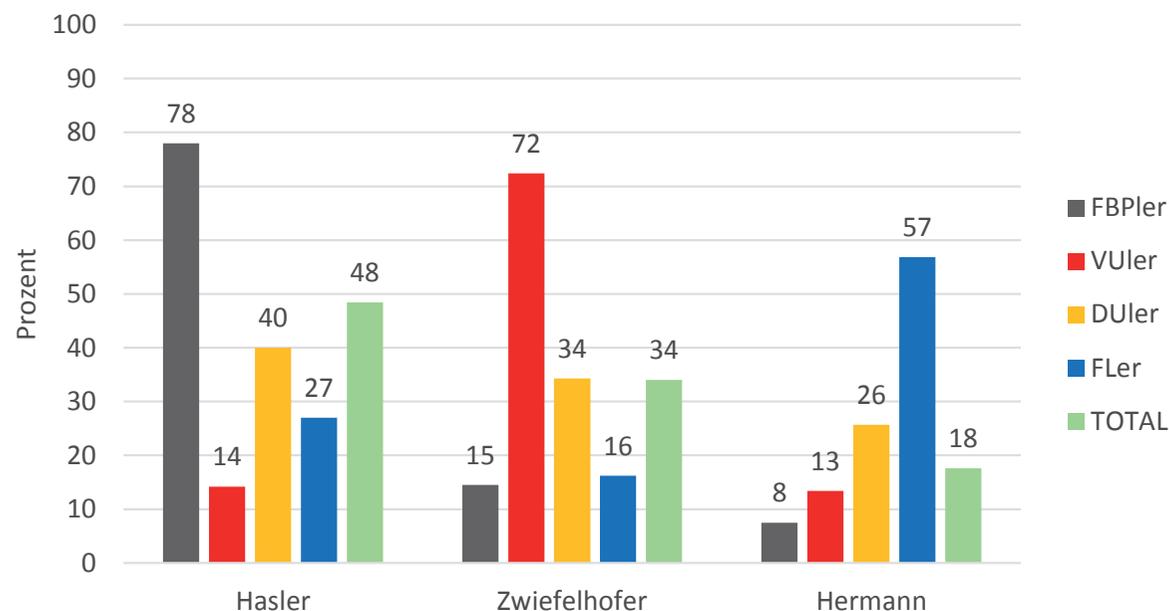
Die Ausführungen zu den Sympathiewerten der Spitzenkandidaten korrespondieren weitgehend mit der Präferenz für einzelne Kandidaten für das höchste Regierungsamt.

Die DU hatte für die Regierung keine eigenen Kandidaten, auch nicht für das Amt des Regierungschefs, vorgeschlagen. Die FBP und die VU traten jeweils mit drei Vorschlägen für die Regierung an, wobei der amtierende Regierungschef Adrian Hasler wiederum als Spitzenkandidat für die FBP nominiert wurde, der amtierende Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer für die VU. Die FL schlug zwei Personen für ein Regierungsamt vor, wobei Ecki Hermann als Regierungschef-Kandidat ins Rennen geschickt wurde.

Im Falle einer Direktwahl des Regierungschefs und der Auswahl unter diesen drei Kandidaten hätte Hasler am meisten Stimmen gesammelt. Er wäre von 48 Prozent der Befragten gewählt worden, Zwiefelhofer von 34 Prozent, Hermann von 18 Prozent.

78 Prozent der FBP-Wählerschaft hätte bei einer Dreierkandidatur den FBP-Kandidaten zum Regierungschef gewählt, 15 Pro-

Abb. 65: Präferenz Regierungschef bei drei Kandidaten (in Prozent)



zent den VU-Kandidaten, 8 Prozent den FL-Kandidaten.

Die VU-Wählerschaft hätte mit 72 Prozent den VU-Kandidaten Thomas Zwiefelhofer gewählt. 14 Prozent hätten sich für den FBP-Kandidaten, 13 Prozent für den FL-Kandidaten entschieden.

Im Falle einer Dreierkandidatur mit Hermann hätte die Wählerschaft der FL mehrheitlich Hermann gewählt, die DU-Wählerschaft hätte sich auf alle drei Kandidaten aufgeteilt, mit Präferenz für Hasler und Hermann auf dem dritten Rang.

Präferenz Regierungschef bei zwei Kandidaten

Kein Filter.

Hasler vs. Zwiefelhofer

N = 470 / Cramer-V = .526 (sig .000)

Dass Ecki Hermann als Kandidat der FL nicht Regierungschef werden würde, stand eigentlich von vornherein fest. Wenn es also im Falle einer Direktwahl um eine Entscheidung zwischen Adrian Hasler und Thomas Zwiefelhofer gegangen wäre, hätte Hasler auch in dieser Konstellation klar die Oberhand gehabt. 56 Prozent hätten ihn gewählt, 44 Prozent Zwiefelhofer.

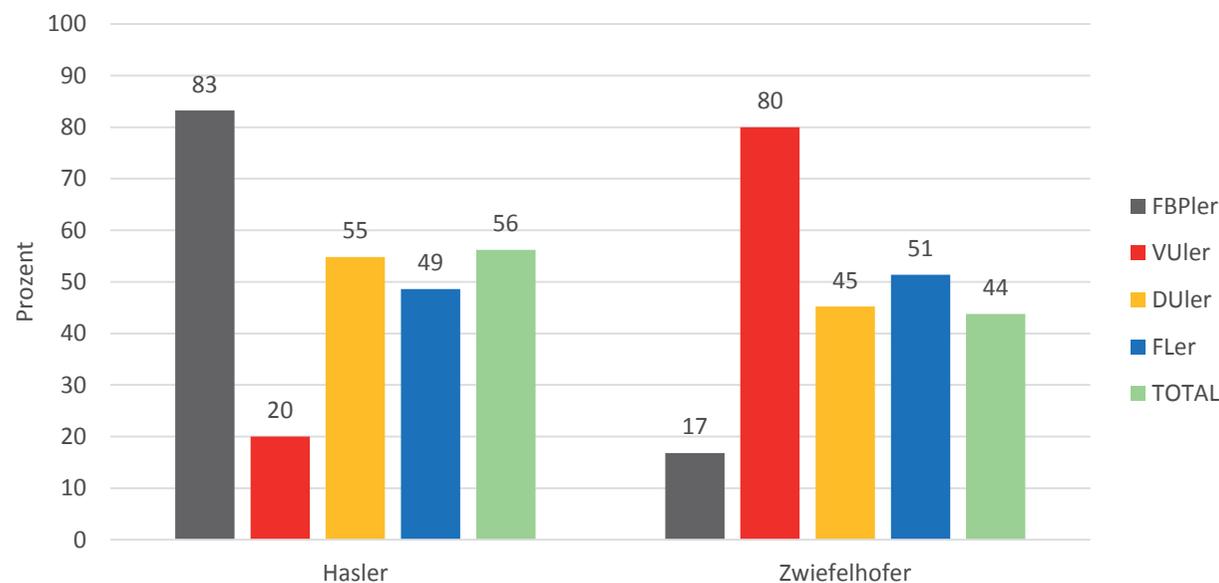
Bemerkenswert ist, dass 20 Prozent der VU-Wählerschaft eher den FBP-Kandidaten gewählt hätte, während 17 Prozent der FBPler für den VU-Kandidaten waren. Das zeigt, dass in diesen Fällen die Parteienwahl stärker als die indirekte Wahl des Regierungschefs gewichtet wurde.

Die Wählerschaft der DU tendierte stärker zu Hasler, während die Wählerschaft der FL beide Kandidaten etwa gleich stark favorisierte.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Bei den meisten soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen zeigt sich kein signifikanter Unterschied in der Präferenz für die

Abb. 66: Präferenz Regierungschef bei zwei Kandidaten (in Prozent)



Regierungschef-Kandidaten. Folgendes sind die Ausnahmen:

Zufriedenheit mit Demokratie: Die Präferenz für Hasler nahm zu, je zufriedener sich die Befragten mit der Demokratie zeigten.

Vertrauen in Regierung: Wenig überraschend ist ebenfalls, dass mit steigendem

Vertrauen in die Regierung auch der Zuspund für Adrian Hasler zunahm. Bei Befragten mit eher geringem oder mittlerem Vertrauen in die Regierung lag hingegen Zwiefelhofer vorne. Für den Konkurrenten von Hasler war es allerdings ungünstig, dass die Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit recht hoch ist. Auf der Skalierungsfrage

Präferenz Regierungschef bei zwei Kandidaten

mit Antworten von 0 (= sehr unzufrieden) bis 10 (= sehr zufrieden) ergeben sich folgende aggregierten Werte:

Bezeichnung	Zahl der Befragten mit Angaben zu Präferenz von Hasler oder Zwiefelhofer
Sehr tief (0–2)	8
Eher tief (3–4)	41
Mittel (5)	70
Eher hoch (6–7)	183
Sehr hoch (8–10)	168
TOTAL	470

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Ein schwach signifikanter Unterschied zeigt sich ferner bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung. Bei den Linken lag Zwiefelhofer mit 55 Prozent gegenüber Hasler mit 45 vorne. Bei den Mitte-Orientierten und den Rechten war das Verhältnis 60 zu 40 Prozent zugunsten von Hasler.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Stünden nur die beiden Kandidaten der FPÖ und der SPÖ zur Auswahl, entschiede gemäss Regressionsanalyse erwartungsgemäss die Parteibindung in erster Linie, aber auch die Demokratiezufriedenheit übt einen Einfluss aus.

Sachfrage: Zuwanderung

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 502 / Cramer-V = .190 (sig .000)

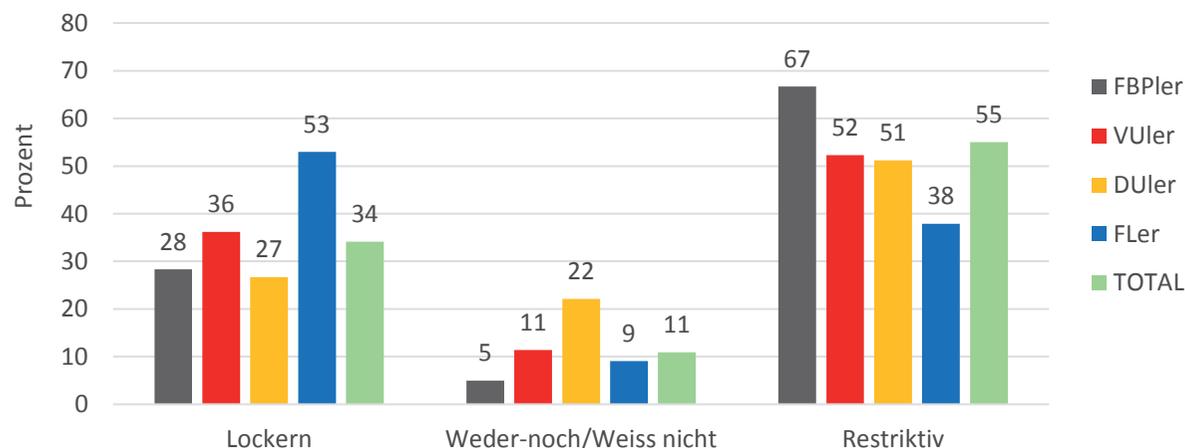
Auf die Frage, ob die Zuwanderung nach Liechtenstein gelockert werden sollte oder ob sie restriktiv wie gegenwärtig bleiben sollte, äussert sich eine Mehrheit von 55 Prozent im Sinne der Beibehaltung der bisherigen Praxis. 34 Prozent votieren für eine Lockerung, 11 Prozent haben keine dezidierte Meinung.

Am stärksten spricht sich die Wählerschaft der FBP (67%) für eine restriktive Zuwanderungspolitik aus. Auch die Wählerschaft der VU und der DU tendieren eher zu einer restriktiven Zuwanderungspolitik, jedenfalls nur mit 36 beziehungsweise 27 Prozent für eine Lockerung. Der Anteil der Unentschlossenen ist vor allem bei der DU mit 22 Prozent relativ hoch. Die Wählerschaft der FL tendiert hingegen stärker zu einer Lockerung (53%) statt der Beibehaltung des Status quo (38%).

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Zwischen Gruppen, die sich nach soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen unterscheiden, zeigen sich in der Haltung

Abb. 67: Einstellung zu Zuwanderung nach Parteienwahl (in Prozent)



zur Zuwanderung in den meisten Fällen keine stark signifikanten Differenzen. Folgende Korrelationen sind, abgesehen von der bereits aufgezeigten Parteipräferenz, die Ausnahmen:

Ausbildung: In Segmenten mit tieferem formalem Bildungsabschluss wird die restriktive Zuwanderungspolitik stärker unterstützt als in den Segmenten mit höherer Ausbildung.

Religiosität: Je religiöser sich die Befragten fühlen, desto stärker wird tendenziell eine restriktive Zuwanderungspolitik unterstützt.

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Personen im rechten politischen Spektrum unter-

stützen eine restriktive Zuwanderungspolitik zu 68 Prozent, das Mitte-Lager zu 50 Prozent, das linke Lager zu 37 Prozent.

Veränderungsfreudigkeit: Wer eher zum Status quo neigt, tendiert eher zu einer restriktiven Zuwanderungspolitik: 74 Prozent unterstützen dies, bei den eher auf Veränderung Bedachten sind es nur 43 Prozent, während 45 Prozent für eine Lockerung sind (Rest: Weiss nicht, keine Angabe).

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Als wichtigste erklärende Variablen bezüglich der Zuwanderung erweist sich nicht die Parteibindung, sondern die Veränderungsfreudigkeit und die Religiosität.

Sachfrage: Finanzpolitik

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .207 (sig .000)

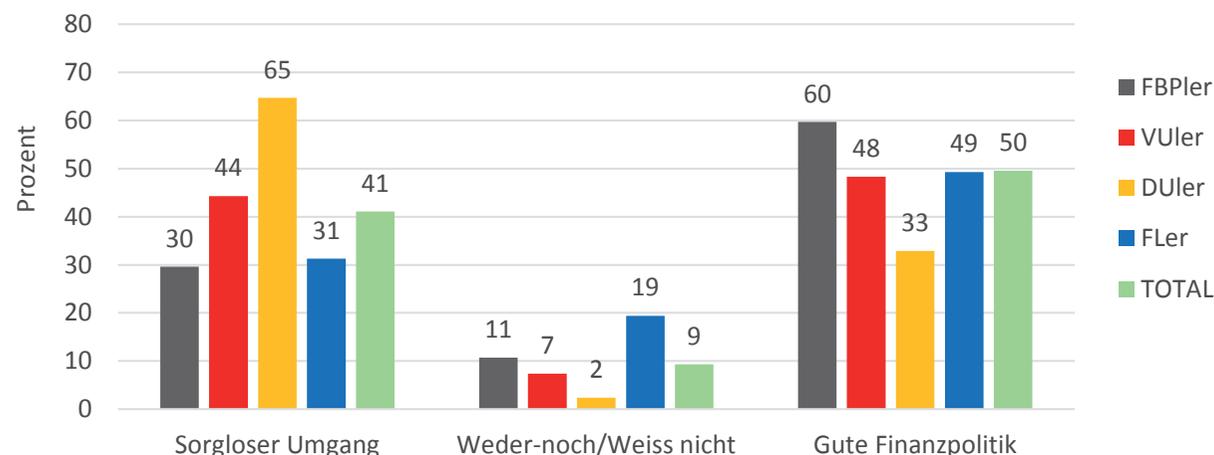
Insgesamt fällt das Urteil über die Finanzpolitik der vergangenen Jahre eher positiv aus: 50 Prozent attestieren, dass es eine gute Finanzpolitik war, 41 Prozent finden eher, dass mit den Finanzen ein sorgloser Umgang gepflegt wurde, 9 Prozent hatten keine Meinung.

Wenig erstaunlich ist, dass die Wählerschaft der FBP, die als Mehrheitspartei in der Regierung hauptsächlich die vergangene Politik zu verantworten hat, das positivste Urteil abgibt. Hingegen war nicht unbedingt zu erwarten, dass die Anhänger der VU und der FL zu einer ähnlichen Bewertung kommen: 48 beziehungsweise 49 Prozent attestieren eine gute Finanzpolitik. Sehr kritisch äussert sich die Wählerschaft der DU, die zu 65 Prozent einen sorglosen Umgang mit den Staatsfinanzen reklamieren.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Wiederum zeigen sich bei zahllosen soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen keine stark signifikanten Differenzen. Die Folgenden sind die Ausnahmen:

Abb. 68: Einstellung zur Finanzpolitik nach Parteienwahl (in Prozent)



Alter: Die kritische Haltung zur Finanzpolitik nimmt mit dem Alter tendenziell zu.

Parteien und Volk: Wer der Meinung ist, dass sich die Parteien um das Volk kümmern, stellt eher eine gute Finanzpolitik fest als die anderen.

Zufriedenheit mit Demokratie: Mit steigender Zufriedenheit mit der Demokratie wird die Finanzpolitik auch zunehmend positiv bewertet.

Institutionenvertrauen: In die gleiche Richtung wirkt das Institutionenvertrauen. Wer hohes Vertrauen in die Regierung und in

den Landtag hat, stellt viel häufiger fest, dass eine gute Finanzpolitik betrieben wurde als diejenigen, die kein oder geringes Vertrauen in die Institutionen haben.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Die Unterschiede sind nicht an der Parteibindung selbst festzumachen, sondern gemäss Regressionsanalyse sind in erster Linie das Regierungsvertrauen und das Alter, ferner auch die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Parteien und Volk und die Demokratiezufriedenheit entscheidend.

Sachfrage: Verkehrspolitik

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 461 / Cramer-V = .154 (sig .001)

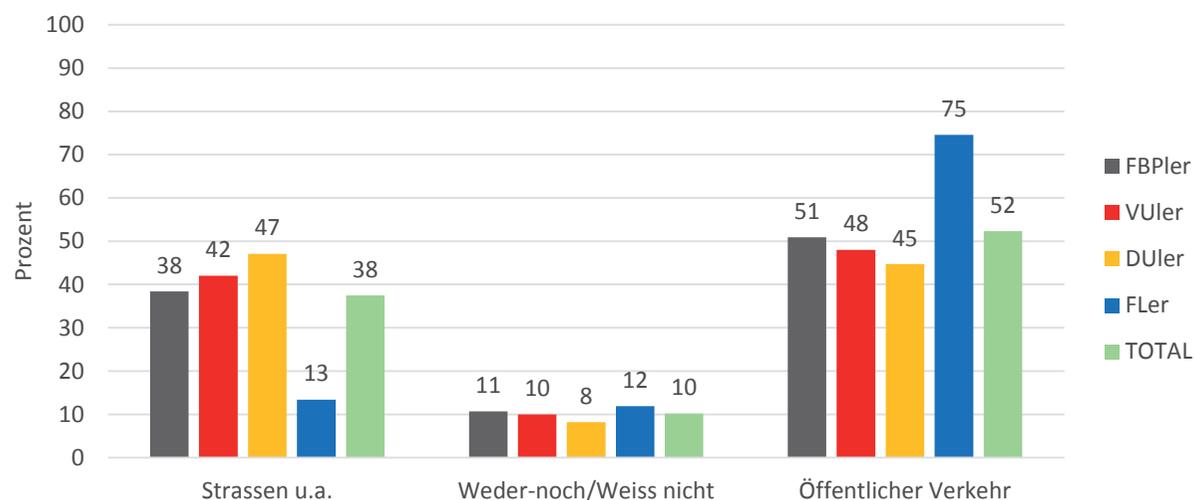
In der Umfrage votiert eine knappe Mehrheit von 52 Prozent eher für eine Förderung des öffentlichen Verkehrs anstatt den Bau von weiteren Strassen und Tunnels, wofür sich 38 Prozent der Befragten aussprechen (10% sind unentschieden).

Im Vergleich der vier Parteien springt vor allem die FL als Ausreisser ins Auge: Die grosse Mehrheit von 75 Prozent der FL-Wählerschaft spricht sich für den öffentlichen Verkehr aus, nur 13 Prozent für mehr Strassenbau. Bei den beiden Regierungsparteien FBP und VU überwiegt das Votum zugunsten des öffentlichen Verkehrs weit weniger deutlich, bei der FBP mit 51 gegen 38 Prozent, bei der VU mit 48 gegen 42 Prozent. Die DU-Wählerschaft ist am stärksten pro Strassenbau eingestellt, in der Umfrage mit einem knappen Plus von 47 gegen 45 Prozent.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Bei den soziodemografischen Merkmalen zeigt sich nur eine Differenz beim Geschlecht. Auch zwischen Oberland und Unterland lassen sich keine signifikanten Unterschiede im

Abb. 69: Einstellung zur Verkehrspolitik nach Parteienwahl (in Prozent)



Antwortverhalten feststellen. Unter Einstellungsvariablen zeigen sich nur bei zwei signifikante Differenzen, wie nachstehend ausgeführt.

Geschlecht: Die befragten Männer plädieren zu 42 Prozent für mehr Strassenbau, die Frauen nur zu 32 Prozent. Dagegen sprechen sich 59 Prozent der Frauen für den öffentlichen Verkehr aus, verglichen mit 44 Prozent bei den Männern. Unentschieden zeigen sich 14 Prozent der Männer und 9 Prozent der Frauen.

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Linke tendieren stärker zum öffentlichen Verkehr (62%) als Rechte (45%).

Veränderungsfreudigkeit: 45 Prozent der (eher) Status-quo-Orientierten gegenüber 30 Prozent der (eher) Veränderungsfreudigen favorisieren den Strassenbau.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Alle diese drei Variablen tragen zur Erklärung der unterschiedlichen Präferenzen in der Verkehrspolitik bei. Die Parteibindung übt dagegen keinen kausalen Effekt aus.

Sachfrage: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .131 (sig .015)

In der Frage, ob mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan werden sollte oder ob bereits genug getan wird, sind knapp zwei Drittel der Meinung, dass mehr getan werden sollte.

Am zurückhaltendsten zeigt sich die Wählerschaft der DU: Diese votiert mit knapper Mehrheit von 51 Prozent für mehr tun, während 44 Prozent der Meinung sind, dass bereits genug getan wird. Den grössten Handlungsbedarf sieht die FL-Wählerschaft: 77 Prozent meinen, dass mehr getan werden sollte, nur 20 Prozent denken, dass bereits genug getan wird.

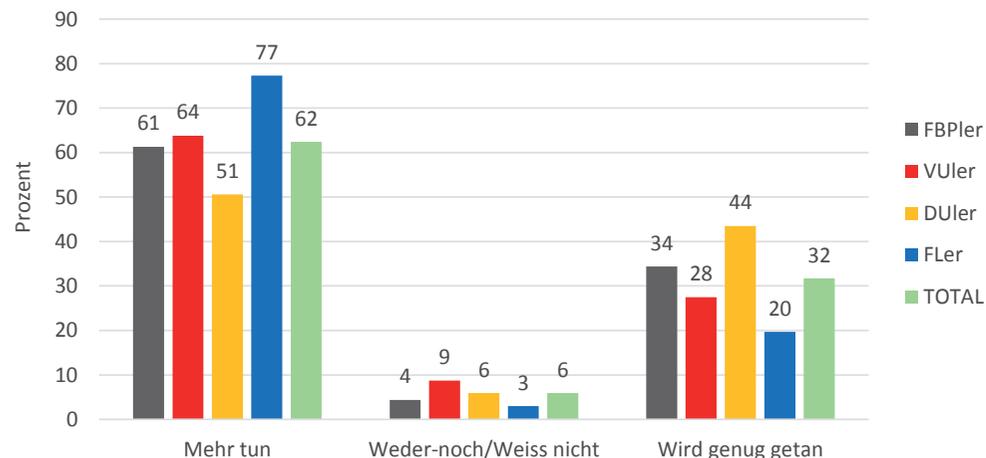
UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Bei den soziodemografischen und weiteren Einstellungsmerkmalen zeigen sich einige stark signifikante Differenzen.

Alter: Am stärksten für das «Mehr tun» plädieren die 18- bis 34-Jährigen (67%). Aber auch in den anderen Altersklassen zeigen sich (knappere) Mehrheiten für diese Position.

Lebenssituation: Personen, die alleine leben oder in einer Partnerschaft ohne Kin-

Abb. 70: Einstellung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach Parteienwahl (in Prozent)



der, tendieren weniger deutlich zur Meinung, dass mehr getan werden sollte. Bei den Alleinstehenden ist der Anteil der Unentschiedenen (19%) am höchsten.

Religiosität: Je religiöser sich die Befragten empfinden, desto stärker ist die Meinung vertreten, dass genug getan wird. In allen Segmenten zeigt sich jedoch eine Mehrheit für die Haltung, dass mehr getan werden sollte.

Interesse an Politik: Bei den stark Interessierten ist der Anteil derjenigen, die für «Mehr tun» plädieren, deutlich höher (70%) als bei den weniger Interessierten (55%).

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Das linke Lager (Skalenwerte 0 bis 4) wünscht zu

75 Prozent, dass mehr getan wird, im Mittel-Lager und dem rechten Lager (Skalenwerte 6 bis 10) sind es je 57 Prozent.

Veränderungsfreudigkeit: 52 Prozent der (eher) Status-quo-Orientierten finden, dass man mehr tun müsste. Bei den (eher) Veränderungsfreudigen sind es 70 Prozent.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Gemäss Regressionsanalyse erweist sich die Variable zur Status-quo-Orientierung beziehungsweise Veränderungsfreudigkeit als am meisten entscheidend. Das Interesse an Politik und die Links-Rechts-Selbsteinstufung beeinflussen die Einstellung ebenfalls.

Sachfrage: Aussenpolitische Präsenz

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .229 (sig .000)

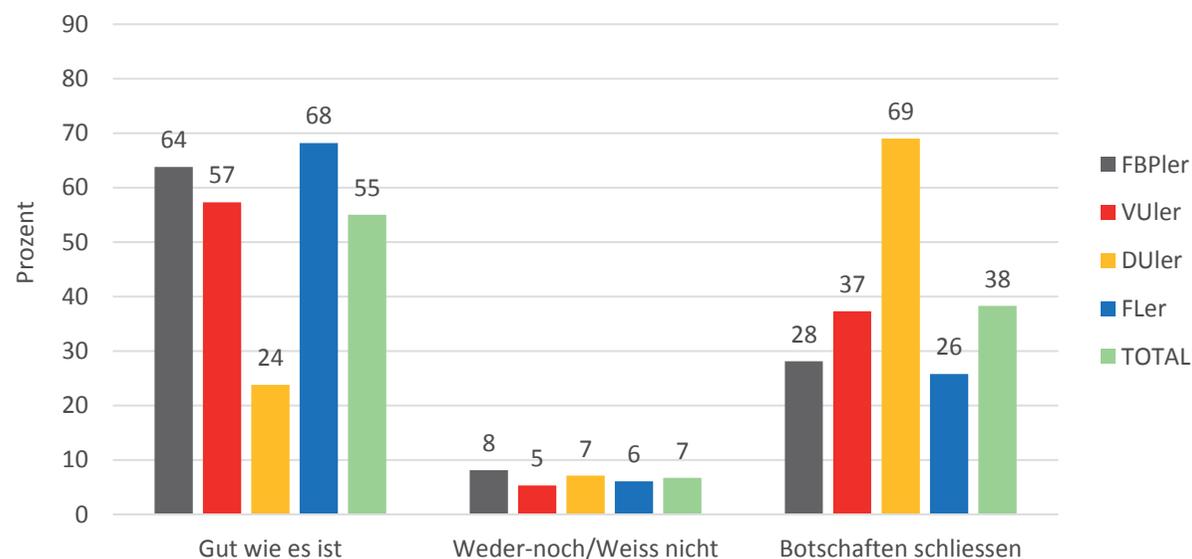
Die Frage lautete, ob die aussenpolitische Präsenz im bisherigen Umfang beibehalten werden soll oder ob beispielsweise einzelne Botschaften aufgegeben werden sollten.

Insgesamt zeigt sich eine Mehrheit von 55 Prozent der Befragten mit der gegenwärtigen Situation einverstanden. 38 Prozent würden das Botschaftsnetz reduzieren, 7 Prozent sind unentschieden.

Als grosser Ausreisser erweist sich die Wählerschaft der DU: 69 Prozent plädieren für die Schliessung von Botschaften, wobei sicherlich der finanzielle Aspekt im Vordergrund steht. Nur 24 Prozent finden es so, wie es ist, in Ordnung.

Bei den anderen Parteien akzeptiert nicht nur eine starke Mehrheit der Wählerschaft der beiden Regierungsparteien FBP (64%) und VU (57%) das bestehende Engagement. Bei der FBP-Wählerschaft ist noch zu berücksichtigen, dass die FBP die Hauptverantwortung in der Regierung trägt und auch mit Aurelia Frick in der abgelaufenen Mandatsperiode die Aussenministerin in ihren Reihen hatte. Dies sind Motive, die bei der FL-Wählerschaft keine Rolle spielen, aber

Abb. 71: Einstellung zur aussenpolitischen Präsenz nach Parteienwahl (in Prozent)



trotzdem hat sie am stärksten (68%) für den Erhalt des bisherigen Engagements votiert.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Bei den soziodemografischen und weiteren Einstellungsmerkmalen zeigen sich einige statistisch stark oder sogar noch hoch signifikante Abweichungen:

Alter: Die Jungen (18- bis 34-Jährige) finden die bestehende Präsenz häufiger gut

(71%) als die Befragten im mittleren (57%) oder älteren Alterssegment (45%).

Ausbildung: Mit einem formal höheren Bildungsabschluss steigt auch die Zustimmungsrates zur bestehenden aussenpolitischen Präsenz. Die Zustimmung variiert von 51 Prozent bei eher tieferer Ausbildung bis zu 65 Prozent bei hohem Ausbildungsniveau.

Parteien und Volk: Wer der Meinung ist, dass sich die Parteien um das Volk kümmern, unterstützt das bestehende aussenpolitische

Sachfrage:

Aussenpolitische Präsenz

Engagement eher (68%) als diejenigen, die der Meinung sind, die Parteien würden sich nicht kümmern (34%).

Vertrauen in Regierung: In die gleiche Richtung wirkt das Vertrauen in die Regierung. Wenn ein eher hohes oder sehr hohes Vertrauen da ist, wird aussenpolitisches Engagement von 60 bis 66 Prozent der Befragten unterstützt. Fehlt das Vertrauen oder ist es eher tief, sinkt die Zustimmung auf 39 Prozent.

Veränderungsfreudigkeit: 41 Prozent der (eher) Status-quo-Orientierten würden eine Reduktion des aussenpolitischen Engagements begrüßen, verglichen mit 31 Prozent der (eher) Veränderungsfreudigen.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Als entscheidende Variablen erweisen sich gemäss Regressionsanalyse die Einschätzung des Verhältnisses von Parteien und Volk und das Alter.

Sachfrage: Sparpolitik

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

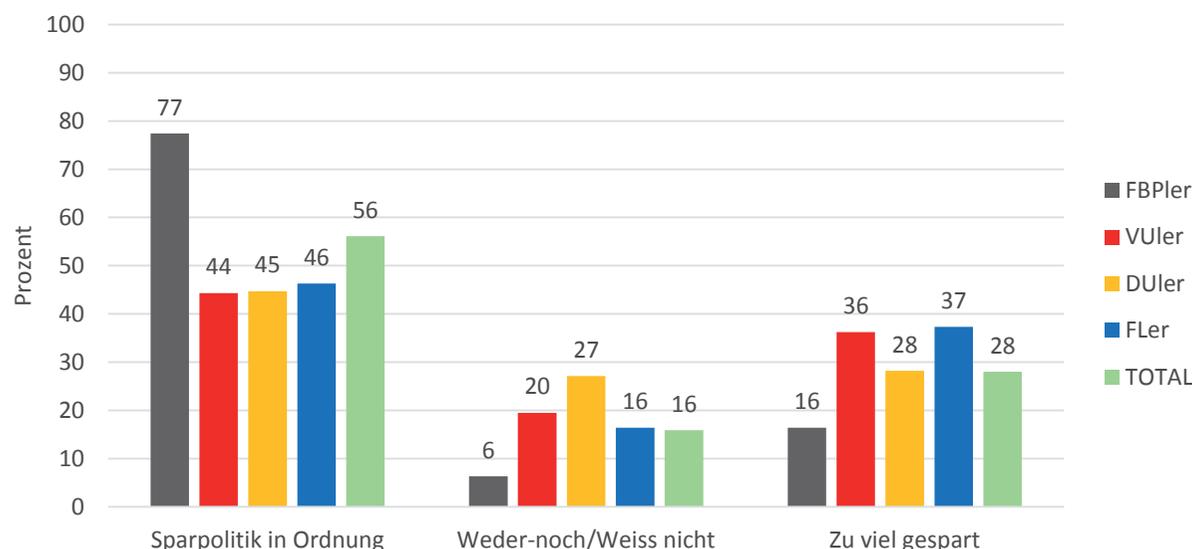
N = 460 / Cramer-V = .233 (sig .000)

Im Vorfeld der Landtagswahlen war ungewiss, ob die Sanierung des Staatshaushalts und die aus diesem Grund verfolgte Sparpolitik der Regierung und des Landtages Unzufriedenheit in der Wählerschaft auslöst. Die Sanierungsmassnahmen wurden vor allem ausgabenseitig durchgesetzt und führten zu Subventionskürzungen und Mehrbelastungen für breite Kreise.

56 Prozent der Befragten finden, dass die Sparpolitik in der abgelaufenen Mandatsperiode in Ordnung war, 28 Prozent finden, dass zu viel gespart wurde, 16 Prozent haben keine Meinung.

Am stärksten fällt die Zustimmung im Lager der FBP aus, die die Hauptverantwortung in der Regierung trug. 77 Prozent der FBP-Wählerschaft unterstützt den Kurs der vergangenen Jahre. Bemerkenswert ist aber vor allem, dass auch die Wählerbasis der anderen drei Parteien eher die Meinung vertritt, dass die Sparpolitik in Ordnung ist, als dass zu viel gespart worden sei. Die Basis der VU und der FL zeigt fast identische Einstellungen. Bei der DU ist der Anteil der Unentschiedenen mit 27 Prozent am höchsten, der

Abb. 72: Einstellung zur Sparpolitik nach Parteienwahl (in Prozent)



Anteil derjenigen, die finden, es sei zu viel gespart worden, ist dagegen deutlich tiefer als bei der VU und der FL.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Bei den soziodemografischen und weiteren Einstellungsmerkmalen zeigen sich nur wenige, mindestens stark signifikante Differenzen:

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Die eher links Orientierten kritisieren die Sparpolitik etwas stärker. 41 Prozent finden sie in Ord-

nung, 37 Prozent finden, dass zu viel gespart wurde. Im Mitte-Lager finden 56 Prozent die Sparpolitik in Ordnung, 26 Prozent nicht. Im rechten Lager sind es 68 gegenüber 21 Prozent (der Rest sind immer Unentschiedene).

Zufriedenheit mit der Demokratie: Mit der Zufriedenheit steigt auch die Akzeptanz der Sparpolitik markant an – von 39 Prozent bei den sehr oder eher Unzufriedenen bis 74 Prozent bei den sehr Zufriedenen.

Parteien und Volk: Ein analoges Ergebnis zeigt sich, ob man der Meinung ist, dass sich

Sachfrage: Sparpolitik

die Parteien um das Volk kümmern (69% finden Sparpolitik in Ordnung), oder ob das den Parteien egal ist (34% finden Sparpolitik in Ordnung).

Vertrauen in Regierung und Landtag:

Das gleiche Resultat ergibt sich hinsichtlich des Vertrauens in Regierung und Landtag. Je grösser das Vertrauen, desto eher finden die Befragten, dass die Sparpolitik in Ordnung war.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Die Einschätzung des Verhältnisses zwischen Parteien und Volk, die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala sowie das Vertrauen in die Regierung erweisen sich gemäss Regressionsanalyse als die entscheidenden Variablen.

Sachfrage: OKP-Auseinandersetzung

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

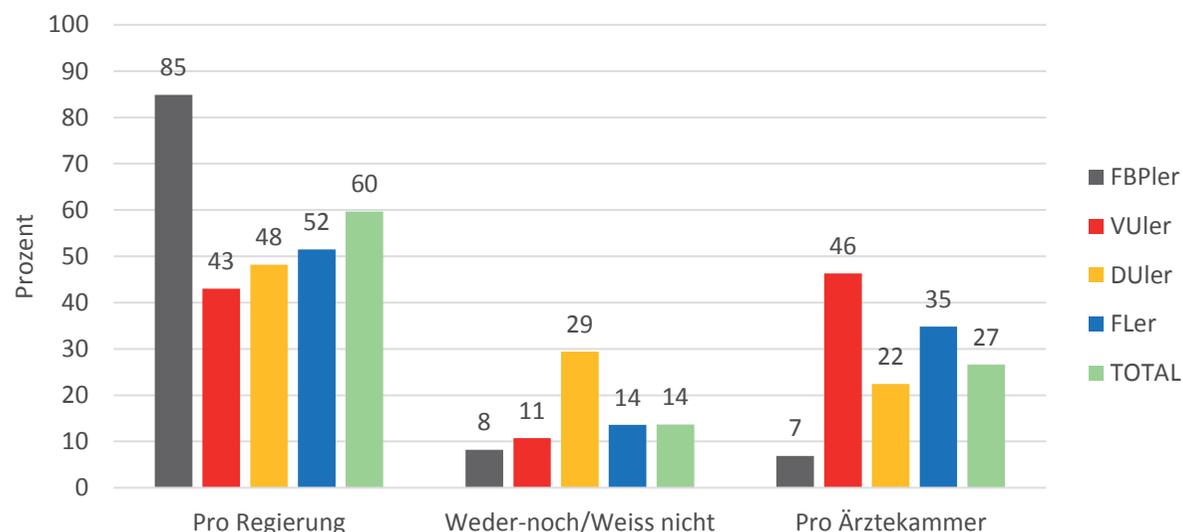
N = 460 / Cramer-V = .319 (sig .000)

Eines der wichtigsten politischen Themen im Wahlkampf im Dezember und Januar vor den Wahlen war eine breit und aggressiv ausgetragene Auseinandersetzung zwischen der Ärzteschaft und der Regierung beziehungsweise Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini (FBP). Wie in Bezug auf die Sparmassnahmen der Regierung war ungewiss, wie dies auf das Wahlverhalten abfärben würde.

60 Prozent der Befragten geben an, dass sie in der Auseinandersetzung die Haltung der Regierung eher unterstützen als die Haltung der Ärztekammer, welche von 27 Prozent der Befragten eher unterstützt wird. 14 Prozent sind unentschieden.

In dieser Frage erweist sich die FBP-Wählerschaft als grosser Ausreisser: 85 Prozent unterstützen «ihren» Gesundheitsminister, nur 7 Prozent stehen eher auf der Seite der Ärzteschaft. Bemerkenswert ist ferner, dass auch die Wählerschaft der Oppositionsparteien DU und FL deutlicher eher auf Seiten der Regierung steht. Bei der DU beträgt der Unterschied zwischen den beiden Lagern 26 Prozentpunkte (48% vs. 22%), bei der FL 17 Prozentpunkte (52% vs. 35%). Einzige

Abb. 73: Standpunkt bei der OKP-Auseinandersetzung nach Parteienwahl (in Prozent)



Wählerschaft der zweiten Regierungspartei, der VU, steht knapp eher auf der Seite der Ärzteschaft: 46 Prozent unterstützen eher die Ärzte, 43 Prozent eher die Regierung.

Wie bei der Sparpolitik kann festgestellt werden, dass sich die Auseinandersetzung mit der Ärzteschaft eher als Gewinn denn als Verlust für die FBP herausgestellt hat.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Bei den soziodemografischen und weiteren Einstellungsmerkmalen zeigen sich mehrere

Differenzen:

Geschlecht: 65 Prozent der Männer unterstützen die Haltung der Regierung, 54 Prozent der Frauen.

Veränderungsfreudigkeit: Status-quo-Orientierte stehen eher auf der Seite der Regierung (67%) als Veränderungsfreudige.

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Rechte unterstützen eher die Regierung (66%) als Mitte-Orientierte (60%) oder Linke (50%).

Demokratiezufriedenheit und Verhältnis Parteien zu Volk: Wer der Meinung ist, dass sich die Parteien ums Volk kümmern,

Sachfrage: OKP-Auseinandersetzung

unterstützt überdurchschnittlich die Regierung (65%). Die gleiche Tendenz besteht bei hoher Demokratiezufriedenheit.

Vertrauen in die Regierung: Wer ein sehr hohes Vertrauen in die Regierung zeigt, stand im OKP-Konflikt eher auf der Seite der Regierung (72%), ebenso diejenigen mit eher hohem Vertrauen (56%), während in den Segmenten mit tieferem Vertrauen die Unterstützung der Regierung zwischen 43 und 53 Prozent variiert.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Die grösste Erklärungskraft kommt der Demokratiezufriedenheit zu.

Bevorzugte Regierungsvariante und Koalitionsmodelle

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

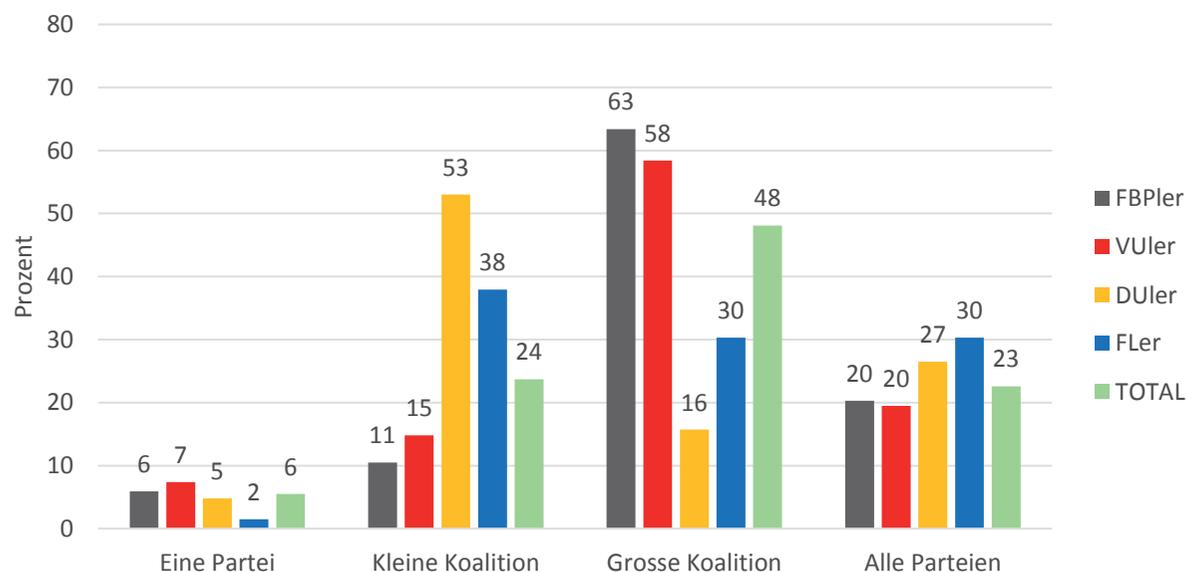
N = 451 / Cramer-V = .260 (sig .000)

Unter allen Befragten findet eine Regierungskoalition der beiden Grossparteien FBP und VU mit 48 Prozent die grösste Zustimmung (Grosse Koalition). Je knapp ein Viertel Zustimmung finden eine Koalition einer Grosspartei mit einer kleinen Partei (Kleine Koalition) und eine Regierungskoalition unter Einschluss aller Parteien. Die Alleinregierung einer einzigen Partei findet mit 6 Prozent kaum Anhänger und wäre angesichts der Mandatsverteilung auch nicht denkbar.

Die Präferenz der Wählerschaft der einzelnen Parteien unterscheidet sich markant. Die Basis der FBP und der VU bevorzugt ganz klar eine grosse Koalition dieser beiden Parteien: 63 Prozent der FBP-Wählerschaft und 58 Prozent der VU-Wählerschaft votiert für dieses Modell. Weit weniger befürwortet wird eine Regierung aller Parteien (je 20%) und die kleine Koalition (11% der FBPler und 15% der VUler).

Die Wählerschaft von DU und FL tendiert bezüglich der Regierungsvarianten in etwas unterschiedliche Richtungen. Die DULer favorisieren mehrheitlich mit 53 Prozent eine

Abb. 74: Bevorzugte Regierungsvariante nach Parteienwahl (in Prozent)



kleine Koalition, wobei sie wohl am ehesten an eine Koalition von FBP und DU denken. An nächster Stelle folgt die Allparteienregierung (28%), bei welcher die DU naturgemäss ebenfalls beteiligt wäre. Nur 16 Prozent fallen auf die Fortsetzung der grossen Koalition, 5 Prozent auf eine Einparteienregierung.

Bei der Wählerschaft der FL verteilen sich die Präferenzen ziemlich gleichmässig auf die kleine Koalition (38%), die grosse Koalition (30%) und eine Allparteienregierung (30%).

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Die Präferenzen bei der Regierungsbildung fallen je nach soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen teilweise sehr unterschiedlich aus. Mindestens stark signifikante Differenzen zeigen sich bei den Folgenden:

Geschlecht: Frauen befürworten weniger stark als Männer eine grosse Koalition (45% vs. 52%), dafür stärker eine Koalition aller Parteien (29% vs. 15%).

Bevorzugte Regierungsvariante und Koalitionsmodelle

Ausbildung: Die Präferenz für eine grosse Koalition ist besonders ausgeprägt im Segment mit sehr hoher formaler Bildung (59%).

Lebenssituation: Bei Partnern ohne Kinder wird die grosse Koalition am stärksten unterstützt (64%).

Politisches Interesse: Die sehr Interessierten plädieren am stärksten für eine grosse Koalition (59%). Bei den anderen findet eine Allparteienregierung stärkere Unterstützung als bei den sehr Interessierten.

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Je weiter rechts sich die Befragten einstufen, desto eher plädieren sie für eine grosse Koalition (58%), je weiter links, desto stärker für eine kleine Koalition oder eine Allparteienkoalition. Die grosse Koalition wird von den Mitte-Orientierten zu 50 Prozent bevorzugt, bei den Linken zu 34 Prozent.

Parteien und Volk: Wer der Meinung ist, dass sich die Parteien um das Volk kümmern, befürwortet eher die grosse Koalition (60%), als diejenigen, die gegenteiliger Meinung sind (27%). Diese plädieren stärker für eine kleine Koalition (37%) oder eine Koalition aller Parteien (33%).

Zufriedenheit mit der Demokratie: In die gleiche Richtung wie soeben ausgeführt, wirkt die Zufriedenheit mit der Demokratie. Höhere Zufriedenheit korreliert mit stär-

kerer Unterstützung der grossen Koalition (57%). Weniger Zufriedene neigen stärker als die Zufriedenen zur kleinen Koalition.

Vertrauen in Regierung und Landtag: Mit steigendem Vertrauen in Regierung und Landtag nimmt der Zuspruch für die grosse Koalition zu. Wenn das Vertrauen in die Regierung als sehr hoch angegeben wird, wird die grosse Koalition von 66 Prozent favorisiert, bei geringem Vertrauen bewegt sich dieser Wert bei rund 30 Prozent. Ähnlich sieht es beim Vertrauen in den Landtag aus. Als Alternative wird von denjenigen mit mittelmässigem oder geringem Vertrauen vor allem die kleine Koalition gesehen (rund 40%), weniger stark eine Koalition aller Parteien (rund 25%).

Veränderungsfreudigkeit: Status-quo- oder eher Status-quo-Orientierte sind deutlicher als die anderen für eine grosse Koalition.

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Bei vielen Korrelationen der oben erwähnten Variablen handelt es sich nicht um eine kausale Beziehung mit der bevorzugten Regierungsvariante. Die hauptsächliche Erklärungskraft kommt einerseits der Einschätzung des Verhältnisses von Parteien und Volk zu, andererseits dem Alter. Weitere Einflüsse erzielen die Links-Rechts-Position der

Befragten, das Regierungsvertrauen, das Interesse an der Politik und die Parteibindung aus.

Frauenförderung in der Politik

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 454 / Cramer-V = .161 (sig .008)

Es wurde danach gefragt, ob Frauen in der Politik speziell gefördert werden sollten oder nicht. Insgesamt votiert eine Mehrheit von 55 Prozent für Nein, 45 Prozent würden eine gezielte Förderung von Frauen in der Politik begrüßen.

Die Wählerschaft der FBP und VU äussern sich identisch und relativ genau im Verhältnis des Totals: 47 Prozent Ja, 53 Prozent Nein. Eine Mehrheit für eine Frauenförderung ergibt sich nur bei der FL-Wählerschaft (54%), während in der DU-Wählerschaft dieses Anliegen mit 71 Prozent klar abgelehnt wird.

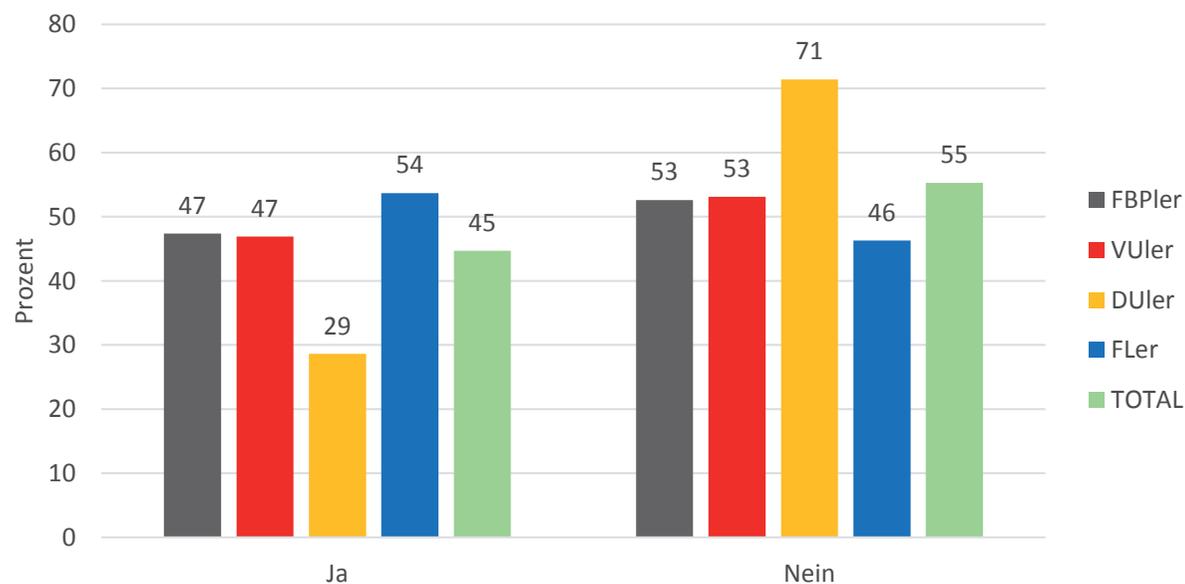
UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Es gibt nur wenige soziodemografische und andere Merkmale, bei denen sich eine Differenz hinsichtlich der Befürwortung der Förderung der Frauen in der Politik zeigen:

Geschlecht: 52 Prozent der Frauen und 38 Prozent der Männer plädieren für eine gezielte Förderung der Frauen in der Politik.

Alter: Über 55-Jährige sind eher für die Frauenförderung (52%) als die Jüngeren (rund 40%).

Abb. 75: Einstellung zur Frauenförderung nach Parteienwahl (in Prozent)



Veränderungsfreudigkeit: Status-quo-Orientierte plädieren weniger für Frauenförderung (37%) als Veränderungsfreudige (51%).

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Die Linken begrüßen eher die gezielte Förderung der Frauen (52%) als die Mitte-Orientierten

(47%) oder die Rechten (38%).

ENTSCHEIDENDE VARIABLEN

Den grössten Einfluss auf die Einstellung zur Frauenförderung hat das Alter, ferner sind auch das Geschlecht und die Links-Rechts-Position massgeblich.



INFORMATION UND KOMMUNIKATION



Besuch von Internetseiten der Parteien

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460. Cramer-V betr. Wählerschaft und Internetbesuche der einzelnen Parteien: FBP Cramer-V = .131; sig .049; alle anderen Parteien Cramer-V zwischen .203 und .285; alle sig .000

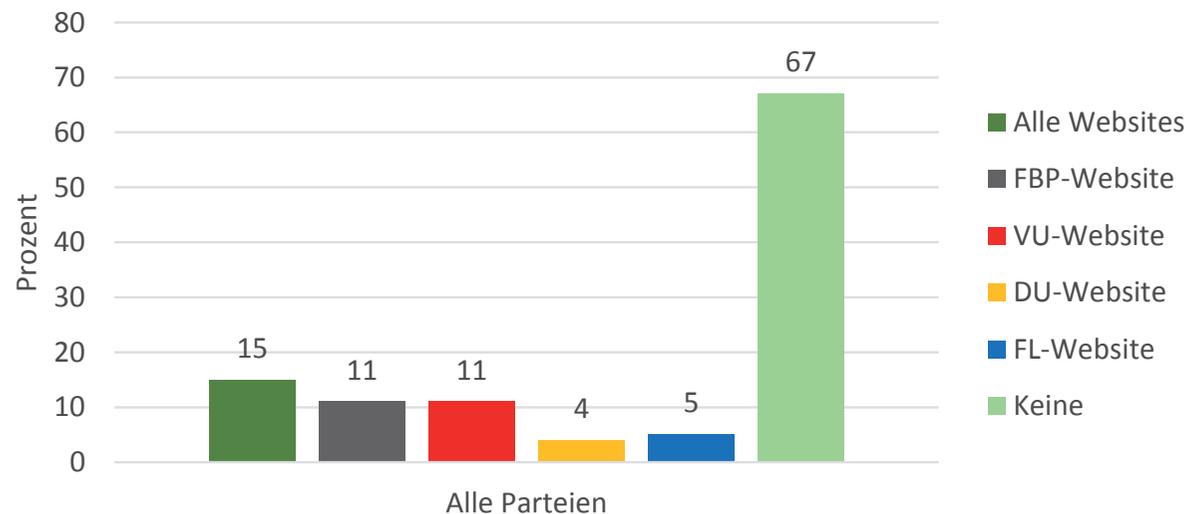
Insgesamt geben 67 Prozent der Befragten an, dass sie überhaupt keine Internetseite der Parteien vor den Landtagswahlen besucht haben. Gegenüber den traditionellen Werbemedien kommt dem Internetauftritt der Parteien also weiterhin eine eher unbedeutende Rolle zu.

15 Prozent geben an, dass sie die Websites aller Parteien besucht haben. Von den weiteren, die nicht alle Parteiseiten besucht haben, schneiden die FBP und VU mit weiteren 11 Prozent am besten ab, die kleinere Parteien kommen auf 4 (DU) beziehungsweise 5 Prozent (FL).

In der Regel wird die Website der Partei, die man schliesslich gewählt hat, am ehesten aufgesucht. Die Internetseiten der beiden kleineren Parteien werden von der Wählerschaft der FBP und VU kaum besucht und von den Grossparteien deutlich stärker diejenigen der gewählten Partei.

Bei der Wählerschaft der DU und FL schwingt ebenfalls die Website der gewähl-

Abb. 76: Internetbesuche: Alle Parteiwähler/innen (in Prozent)



ten Partei obenaus. Während sich aber die DU-Wählerschaft noch ebenso stark für den Webauftritt der FL wie für die beiden Grossparteien interessiert, findet die DU-Website bei den Wähler/innen der FL am wenigsten Beachtung.

Besuch von Internetseiten der Parteien

Abb. 77: Internetbesuche: FBPl'er (in Prozent)

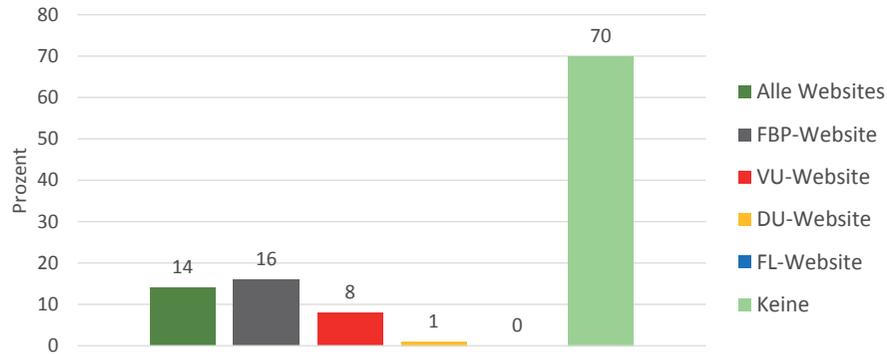


Abb. 78: Internetbesuche: VUler (in Prozent)

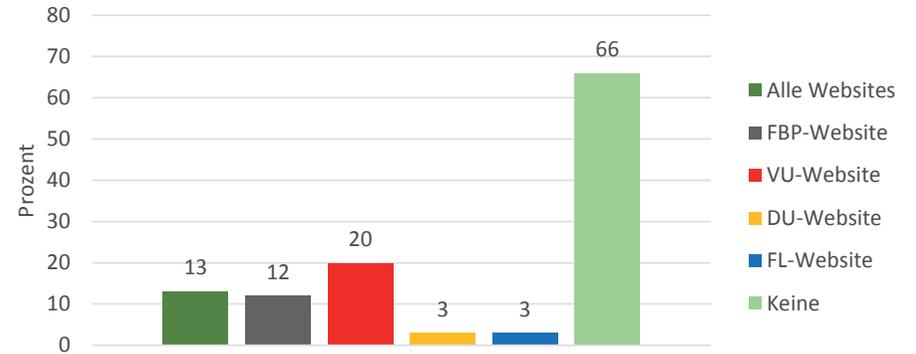


Abb. 79: Internetbesuche: DULer (in Prozent)

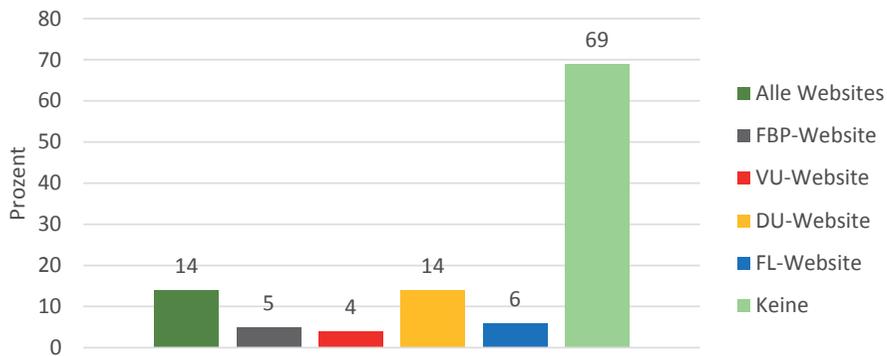
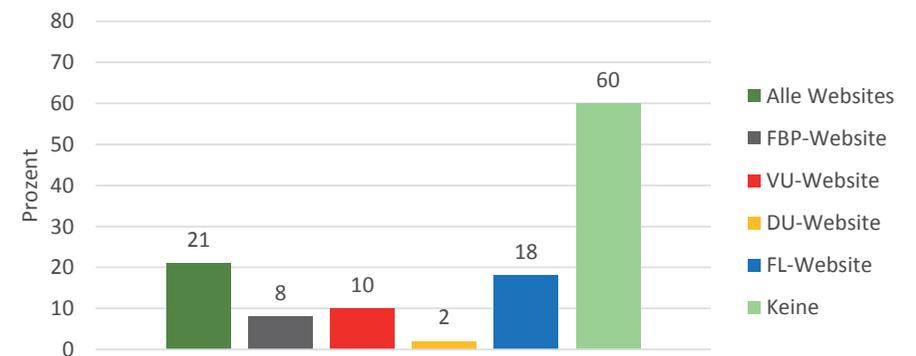


Abb. 80: Internetbesuche: FLer (in Prozent)



Nutzung von Wahlprogrammen

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

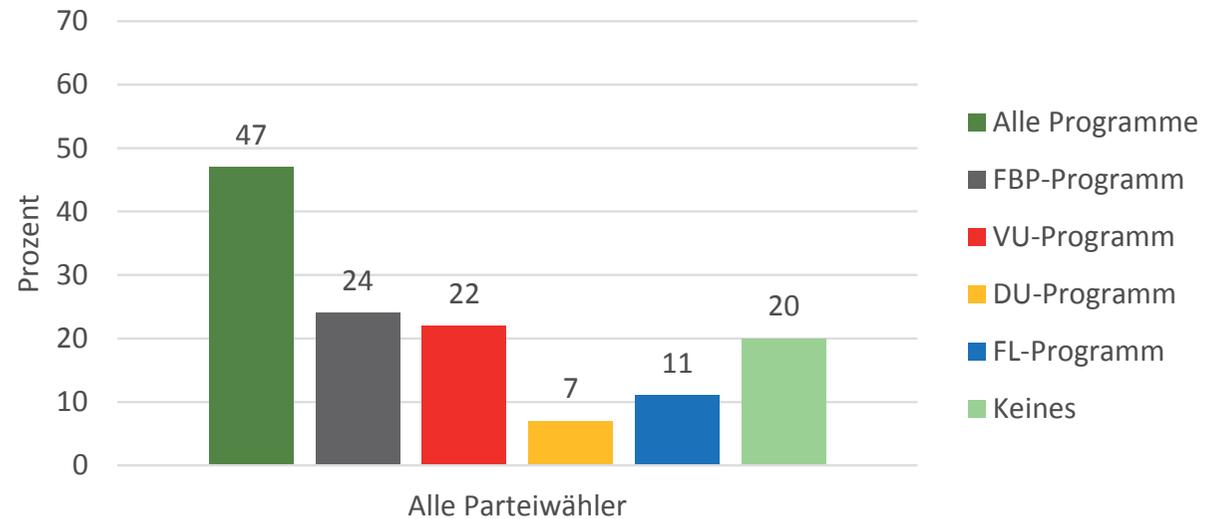
N = 460. Cramer-V betr. Wählerschaft und Programm der einzelnen Parteien zwischen 0.222 und 0.295, alle sig .000

Insgesamt geben 47 Prozent der Befragten an, dass sie die Parteiprogramme aller Parteien zur Kenntnis genommen haben. 20 Prozent haben überhaupt kein Wahlprogramm gelesen.

Die Programme der FBP und der VU wurden ungefähr gleich stark beachtet. Zusammen mit denjenigen, die alle Programme zur Kenntnis genommen haben, addieren sich die 24 Prozent, die mindestens das FBP-Programm gelesen haben, auf 71 Prozent, bei der VU auf 69 Prozent. Beim DU-Programm sind es 54 Prozent, beim FL-Programm 58 Prozent.

Die Programme der beiden kleineren Parteien sind von der Wählerschaft der FBP und der VU deutlich weniger beachtet worden als die Programme der beiden Grossparteien, insbesondere derjenigen, die man selbst gewählt hat. Die Wählerschaft der DU und der FL gehört zu den eifrigsten Programmlesern: 57 Prozent geben an, dass sie alle Programme zur Kenntnis genommen haben. Eine Präferenz besteht dabei für das Programm der Partei, die man gewählt hat.

Abb. 81: Lesen von Wahlprogrammen: Alle Parteiwähler/innen (in Prozent)



Nutzung von Wahlprogrammen

Abb. 82: Lesen von Wahlprogrammen: FBPl'er (in Prozent)

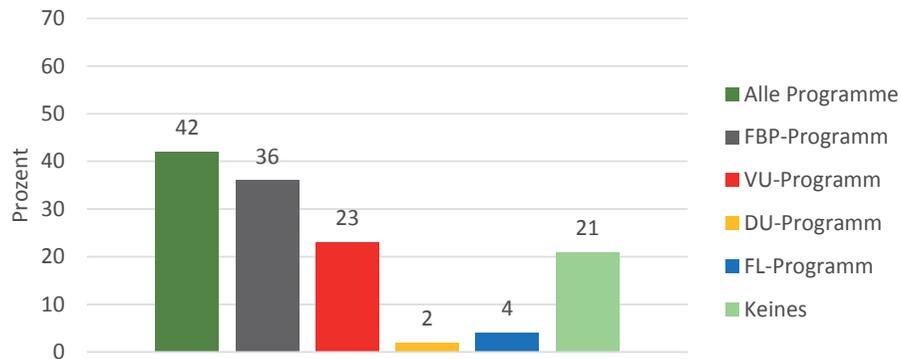


Abb. 83: Lesen von Wahlprogrammen: VUler (in Prozent)

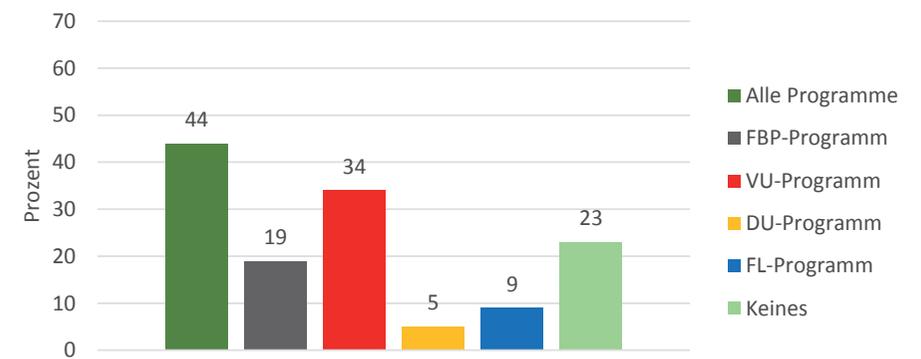


Abb. 84: Lesen von Wahlprogrammen: DUler (in Prozent)

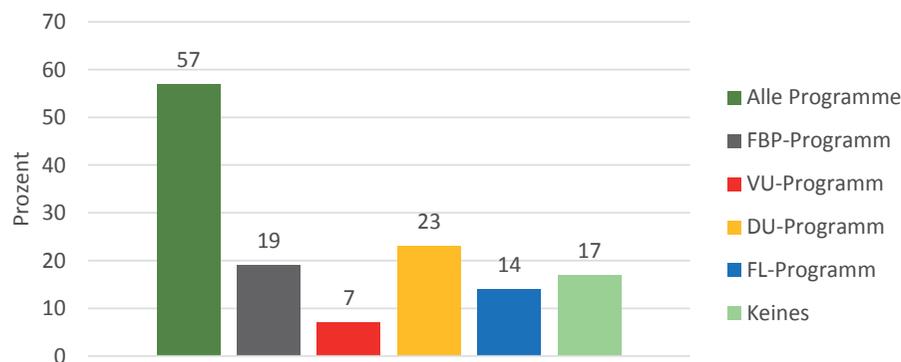
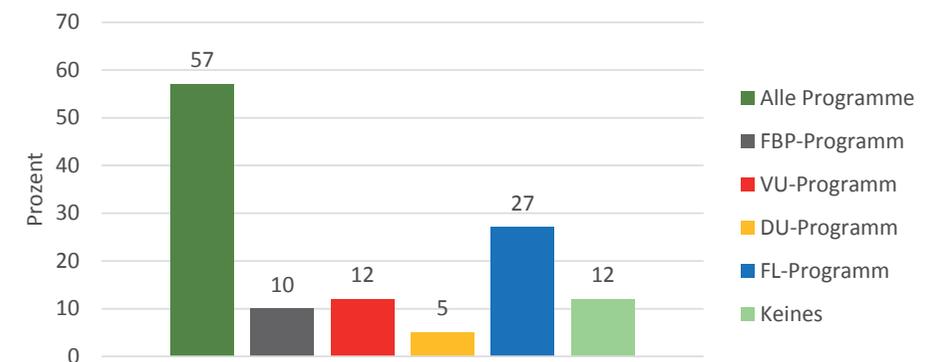


Abb. 85: Lesen von Wahlprogrammen: FLer (in Prozent)



Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .171 (sig .000)

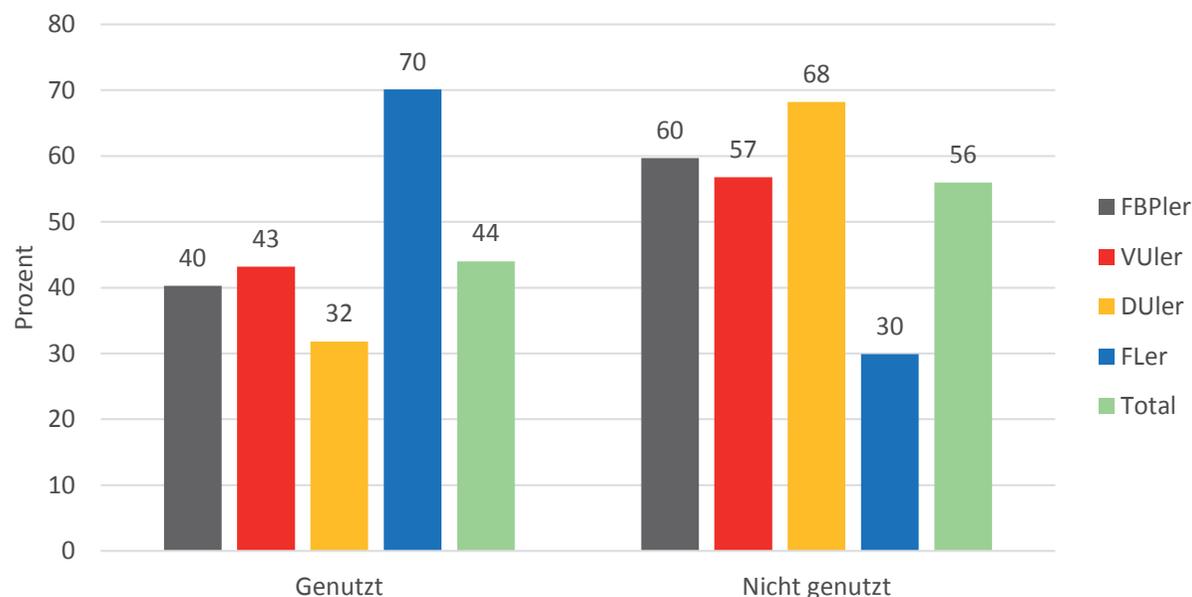
Die Online-Plattform www.wahlhilfe.li wurde in Liechtenstein erstmals vor den Landtagswahlen 2017 für Interessierte zur Verfügung gestellt. Sie wurde vom Verein für Wahlhilfe (Robin Schädler) in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein-Institut und der schweizerischen Variante «smartvote» ausgearbeitet. Zu 45 Sachfragen, die von 67 der 71 Kandidierenden beantwortet wurden, konnten die Nutzer/innen anhand ihrer eigenen Antworten feststellen, mit welchen Kandidatinnen und Kandidaten beziehungsweise mit welcher Partei die grösste thematische Übereinstimmung besteht.

44 Prozent der Befragten geben an, dass sie die Wahlhilfe genutzt haben. Besonders hoch (70%) ist der Anteil in der FL-Wählerschaft, am geringsten war das Echo in der DU-Wählerschaft (32%).

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Je nach soziodemografischen und weiteren Merkmalen unterscheidet sich die Nutzungshäufigkeit signifikant:

Abb. 86: Nutzung wahlhilfe.li nach Wählergruppen (in Prozent)



Alter: Die Nutzung nimmt mit dem Alter ab. 58 Prozent der 18- bis 34-Jährigen geben an, dass sie die Plattform genutzt haben, 49 Prozent der 35- bis 54-Jährigen, 28 Prozent der 55-Jährigen und Älteren.

Ausbildung: Im Segment der tiefsten Bildung wurde die Wahlhilfe von 32 Prozent genutzt, im Segment der mittleren Bildung von 49 Prozent, in demjenigen mit höchster Bildung von 53 Prozent.

Lebenssituation: In Haushalten mit Kindern wurde Wahlhilfe häufiger genutzt

(53%) als in Haushalten ohne Kinder oder von Alleinstehenden (26 bzw. 24%).

Hauhalteinkommen: Von Personen in Haushalten mit höherem Einkommen wurde die Wahlhilfe häufiger genutzt (51%) als in Haushalten mit tiefem Einkommen (23%).

Interesse an Politik: Sehr Interessierte nutzten die Wahlhilfe häufiger (51%) als weniger Interessierte (37%).

Links-Rechts-Selbsteinstufung: Linke (57%) nutzten die Wahlhilfe häufiger als Mitte-Orientierte (37%) und Rechte (41%).

Parteien und Volk: 48 Prozent derjenigen, die der Meinung sind, dass sich die Parteien um das Volk kümmern, nutzten die Wahlhilfe. Bei den anderen waren es 32 Prozent.

Vertrauen in Regierung und Landtag: Wer hohes oder eher hohes Vertrauen in Regierung und Landtag aufweist, hat häufiger die Wahlhilfe genutzt (rund 40 bis 50%) als diejenigen ohne oder mit eher tiefem Vertrauen (rund 30 bis 35%).

Wahlsendungen von Radio Liechtenstein

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

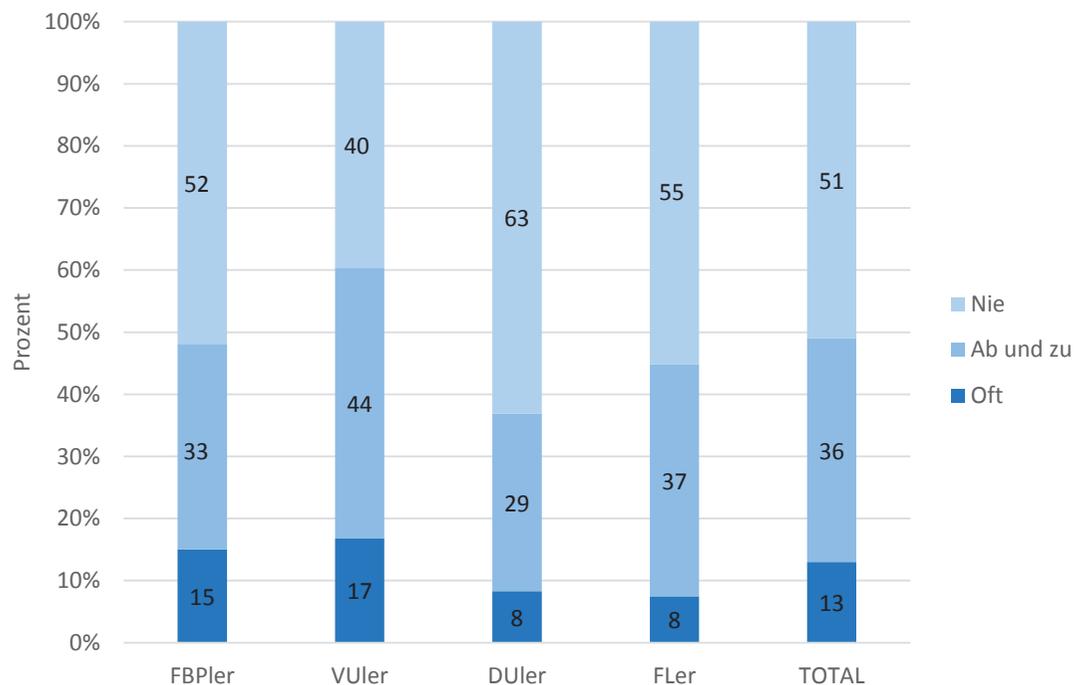
N = 460 / Cramer-V = .130 (sig .016)

Das Nutzungsverhalten in Bezug auf Radio Liechtenstein unterscheidet sich nach Wählerschaft der einzelnen Parteien schwach signifikant.

Am wenigsten haben DU-Wähler/innen Wahlsendungen von Radio Liechtenstein verfolgt. Am häufigsten die Wählerschaft der VU.

Insgesamt geben 13 Prozent an, dass sie Wahlsendungen auf Radio Liechtenstein oft gehört haben, 36 Prozent ab und zu, 51 Prozent nie.

Abb. 87: Hören von Wahldiskussionen auf Radio Liechtenstein (in Prozent)



Wahlendungen von 1FLTV

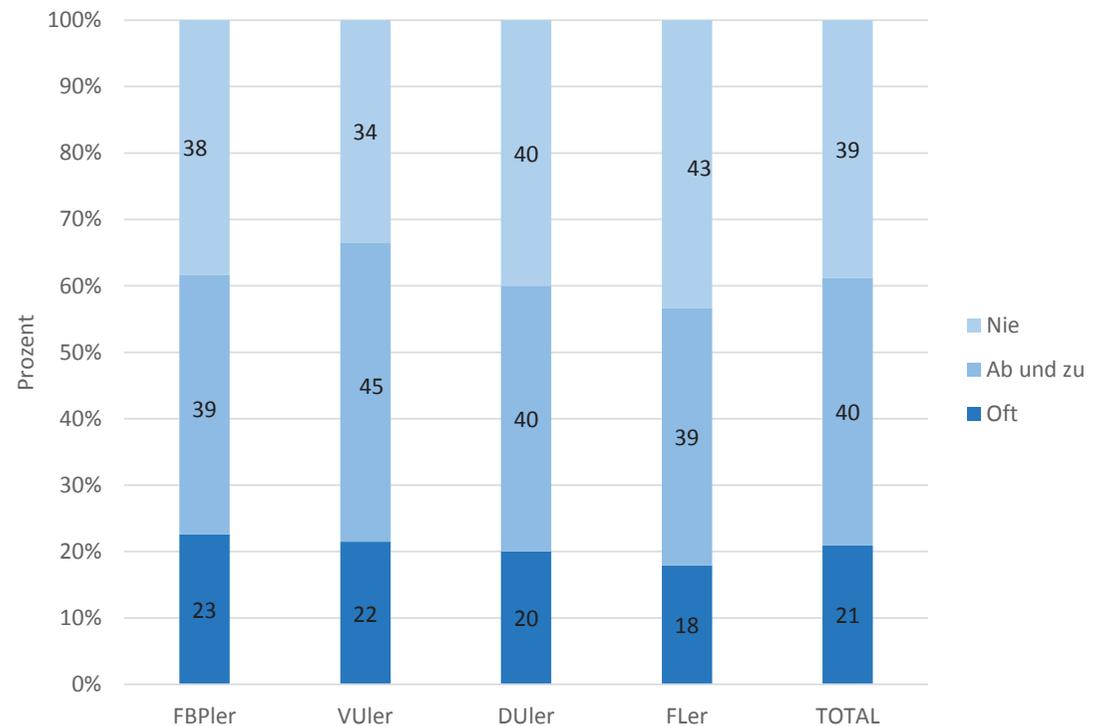
Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 460 / Cramer-V = .055 (n.s.)

Das Nutzungsverhalten in Bezug auf 1FLTV unterscheidet sich nicht signifikant nach Wahl der einzelnen Parteien.

Insgesamt geben 21 Prozent an, dass sie Wahlendungen auf 1FLTV oft verfolgt haben, 40 haben dies ab und zu gemacht, 39 Prozent nie.

Abb. 88: Sehen von Wahlendungen bei 1FLTV (in Prozent)



Mediennutzung

Liechtensteiner Volksblatt

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 461 / Cramer-V = .357 (sig .000)

Das Liechtensteiner Volksblatt wird von 65 Prozent der Befragten gelesen. Besonders stark wird das Volksblatt von den Wählerinnen und Wählern der FBP gelesen (88%). Von der Wählerschaft der anderen drei Parteien lesen rund die Hälfte regelmässig das Volksblatt, die andere Hälfte nicht.

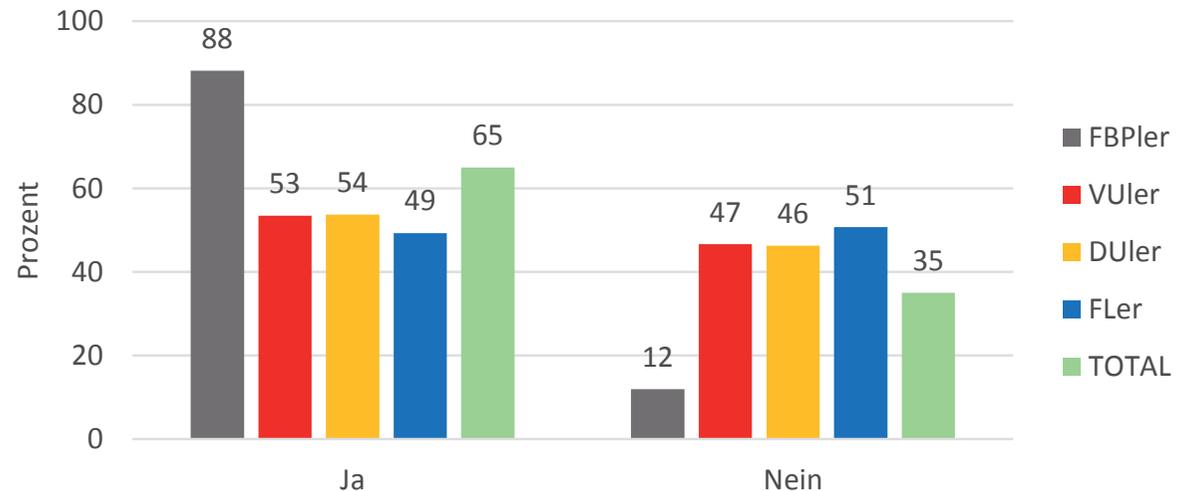
UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Veränderungsfreudigkeit: Status-quo-Orientierte, die gleichzeitig überdurchschnittlich häufig FBP wählen, lesen das Volksblatt häufiger als Veränderungsfreudige.

Religiosität: Stärkere Religiosität und intensivere Nutzung des Volksblattes sind ebenfalls korreliert. Auch das hängt mit der Parteineigung zur FBP zusammen.

Demokratiezufriedenheit: Das Gleich gilt für die Demokratiezufriedenheit. Hohe Zufriedenheit und häufigere Nutzung des Volksblattes korrelieren, wobei wiederum die Parteinähe zur FBP der eigentliche Grund ist.

Abb. 89: Nutzung Liechtensteiner Volksblatt (in Prozent)



Regierungsvertrauen: Beim Regierungsvertrauen ist das Gleiche festzustellen wie bei den vorangegangenen Variablen. Wahl der FBP, hohes Regierungsvertrauen und hohe Nutzung des Volksblattes hängen zusammen.

Mediennutzung

Liechtensteiner Vaterland

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

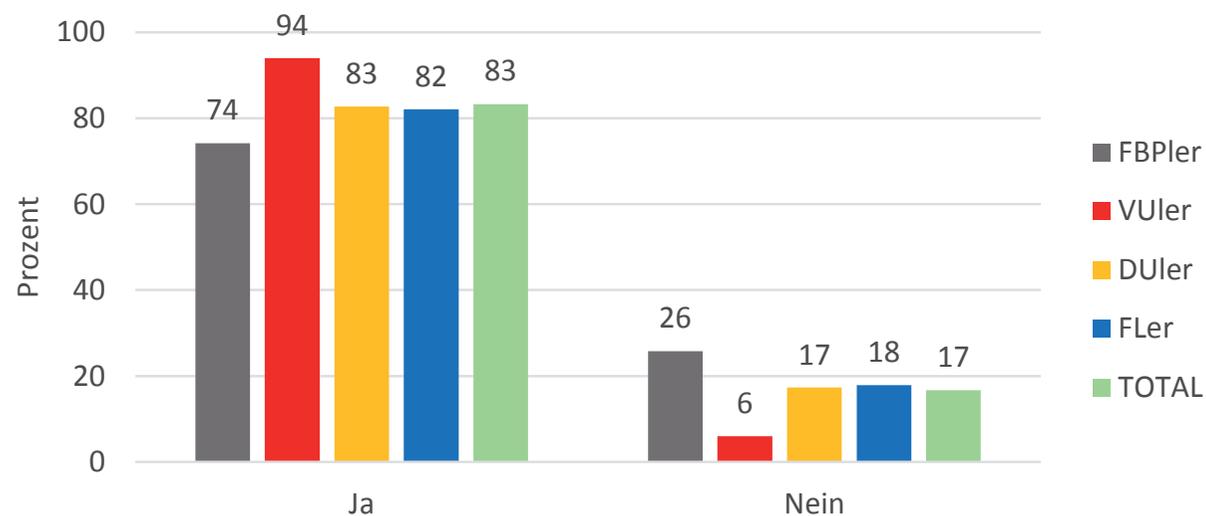
N = 456 / Cramer-V = .218 (sig .000)

Das Liechtensteiner Vaterland wird von 83 Prozent der Befragten gelesen und hat damit unter den Wahlteilnehmenden eine höhere Reichweite als das Volksblatt. Besonders stark wird das Vaterland von den Wählerinnen und Wählern der VU gelesen (94%). Aber auch bei den Wählerinnen und Wählern der anderen Parteien erzielt das Vaterland eine sehr hohe Reichweite. Mit 74 Prozent ist die Nutzung bei der FBP-Wählerschaft am geringsten.

UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Haushaltseinkommen: Neben der Parteienwahl zeigt einzig die Variable «Haushaltseinkommen» einen Zusammenhang mit der Nutzung des Vaterlandes, allerdings nur schwach signifikant. Bei einem höheren Haushaltseinkommen ist die Reichweite des Vaterlandes etwas höher als bei tieferem Haushaltseinkommen.

Abb. 90: Nutzung Liechtensteiner Vaterland (in Prozent)



Mediennutzung LieWo

Filter: Nur Wahlteilnehmende mit Angaben zur Parteienwahl.

N = 455 / Cramer-V = .239 (sig .000)

Die LieWo weist wie das Vaterland eine sehr hohe Reichweite auf. 82 Prozent geben an, dass sie die LieWo, die jeden Sonntag gratis an alle Haushaltungen verteilt wird, lesen. Die Reichweite ist in der Wählerschaft der VU am höchsten (92%), in der FL-Wählerschaft am tiefsten (64%).

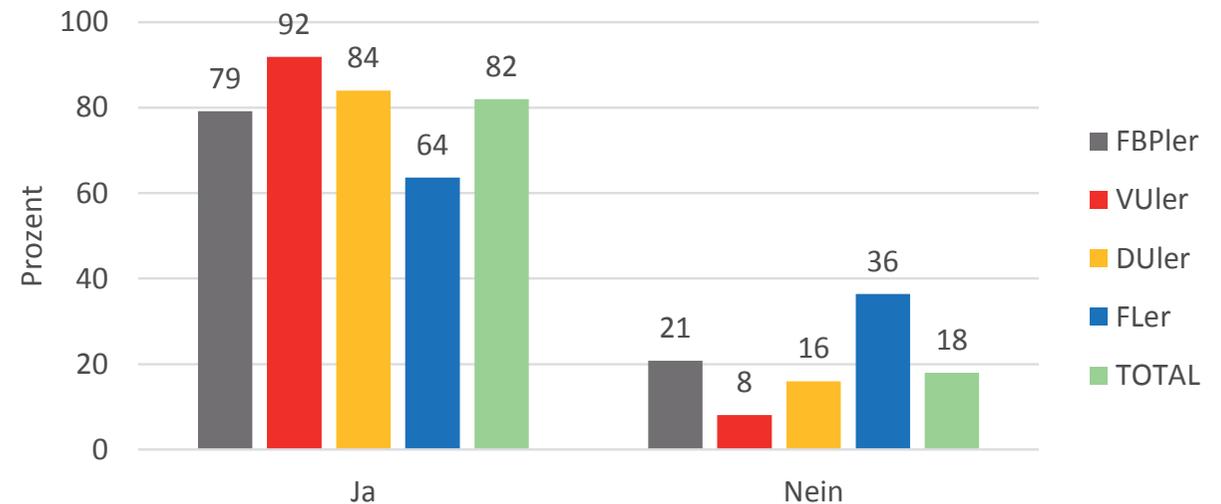
UNTERSCHIEDE NACH WEITEREN MERKMALEN

Geschlecht: Frauen lesen die LieWo etwas häufiger als Männer (84% vs. 77%). Der Zusammenhang ist schwach signifikant.

Alter: Die Jungen lesen die LieWo deutlich weniger häufig als die Älteren. 64 Prozent der 18- bis 34-Jährigen liest die LieWo, verglichen mit 85 beziehungsweise 88 Prozent in den beiden höheren Altersklassen.

Religiosität: Starke Religiosität und intensivere Nutzung der LieWo sind korreliert. Diese Korrelation bleibt auch bestehen, wenn das Alter mitberücksichtigt wird.

Abb. 91: Nutzung LieWo (in Prozent)





ENTSCHEIDENDE FAKTOREN FÜR DIE WAHL DER PARTEIEN



Methodisches zur Analyse des Einflusses von soziodemografischen Merkmalen, Einstellungen zu politischen Sach- und Personalfragen, grundsätzliche politische Einstellungen, Einstellungen gegenüber Parteien und Spitzenkandidaten sowie Mediennutzung auf den Wahlentscheid

In die Analyse fliessen die folgenden Variablen ein.

SOZIODEMOGRAFIE

Geschlecht, Alter, höchste abgeschlossene Ausbildung, Lebenssituation (Alleinstehend, Paar mit Kindern oder ohne Kinder u.a.), Haushaltseinkommen, Religiosität, Wahlkreis (Oberland, Unterland).

SACH- UND PERSONALFRAGEN

Einstellungen zu Direktwahl der Regierung, Präferenz für Regierungschefkandidaten, Regierungsmodell (Grosse Koalition, kleine Koalition, Allparteienregierung, Einparteienregierung), Förderung von Frauen in der Politik, Zuwanderungspolitik, Finanzpolitik, Verkehrspolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Aussenpolitik und Botschaften, Sparpolitik des Staates, OKP-Auseinander-setzung.

POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Interesse an der Politik, Status-quo-Orientierung oder Veränderungsfreudigkeit, Links-Rechts-Selbstpositionierung.

EINSTELLUNGEN ZU PARTEIEN UND SPITZENKANDIDATEN

Sympathie für Parteien, Beurteilung der Regierungsleistung, Sympathie für Spitzenkandidaten der Parteien, Demokratiezufriedenheit, Beurteilung des Verhältnisses von Parteien zum Volk, Veränderung des Vertrauens in die Politik.

Die Variable der Sympathie für die einzelnen Parteien eignet sich besser für die Analyse als die traditionelle Parteibindung und wird daher vorgezogen.

MEDIENNUTZUNG

Liechtensteiner Volksblatt, Liechtensteiner Vaterland, Wahlsendungen auf Radio Liechtenstein, Wahlsendungen auf 1FLTV, Teilnahme auf der Internetplattform wahlhilfe.li.

WAHLENTSCHEID ALS ABHÄNGIGE VARIABLE

Die Variable zum Wahlentscheid für eine der vier Parteien wird neu so codiert, dass für jede der vier Parteien eine separate Variable gebildet wird. Dort gibt es zwei Ausprägungen: Partei X wurde gewählt oder nicht gewählt.

BINÄR LOGISTISCHE REGRESSIONS-ANALYSE

Für jede Gruppe und jede Partei wird zunächst eine separate binär logistische Regressionsanalyse durchgeführt, um die innerhalb der betreffenden Gruppe (Soziodemografie etc.) relevanten Einflussfaktoren zu identifizieren.

In einem weiteren Schritt werden alle dabei identifizierten Variablen gemeinsam einer Regressionsanalyse unterzogen, wobei die vermutlich dominante Variable der Parteisympathie noch ausgeklammert wird. Für jede Partei ergeben sich daraus eine unterschiedliche Zahl und unterschiedliche Typen an relevanten Variablen.

Schliesslich werden diese relevanten Variablen noch zusätzlich mit der Variable der Sympathie für die betreffende Partei einer Regressionsanalyse unterzogen.

Als Resultat kann festgehalten werden, welche Faktoren für welche Partei einen relevanten Einfluss hatten und welche dabei besonders wichtig waren.

Wahlgründe für die FBP

Zunächst wird dargestellt, welche Faktoren innerhalb der einzelnen Gruppen aufgrund der isolierten Analyse einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der FBP ausüben.

SOZIODEMOGRAFIE

Es zeigt sich keine statisch hochsignifikante Besonderheit. Einzig die Wahlkreiszugehörigkeit zeigt einen schwach signifikanten Einfluss mit der Unterländer Tendenz pro FBP.

SACH- UND PERSONALFRAGEN

Die Präferenz für den FBP-Regierungschef-Kandidaten, die Bevorzugung einer grossen Koalition und die Unterstützung der Regierung im OKP-Streit (allerdings nur schwach signifikant) zeigen in diesem Segment einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der FBP.

POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Status-quo-Orientierung und eher rechte politische Einstellung zeigen einen Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten der FBP.

EINSTELLUNGEN ZU PARTEIEN UND SPITZENKANDIDATEN

Hohe Sympathie für die FBP (hoch signifikant), ebenso für den Regierungschef-Kandidaten Adrian Hasler (signifikant), ferner

schwach signifikant auch relativ hohes Vertrauen in die Politik weisen einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der FBP hin.

MEDIENNUTZUNG

Überdurchschnittliches Lesen des Volksblattes und unterdurchschnittliches Lesen des Vaterlandes zeigen jeweils einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der FBP.

KOMBINATION RELEVANTER FAKTOREN AUS ALLEN SEGMENTEN (OHNE PARTEISYMPATHIE)

Als hochsignifikante Variablen bleiben die Präferenz für Adrian Hasler und hohe Sympathiewerte für ihn sowie das Volksblatt als wichtige Zeitung. Immer noch stark signifikant erweist sich die Präferenz für die grosse Koalition, schwach signifikant die unterdurchschnittliche Lektüre des Vaterlandes an.

KOMBINATION DER VERBLEIBENDEN FAKTOREN MIT DER PARTEISYMPATHIE

Erwartungsgemäss haben hohe Sympathiewerte für die FBP die grösste Erklärungskraft für die Wahl dieser Partei. Hier wirken sich auch die starken, traditionellen Parteibindungen aus. An zweiter Stelle folgt die Präferenz für den Regierungschef-Kandidaten Adrian Hasler. Beide Faktoren zeigen

einen hochsignifikanten Effekt. Nur zwei weitere Faktoren weisen noch zusätzlichen, allerdings deutlich schwächeren (schwach signifikanten) Effekt auf: Die Präferenz für eine grosse Koalition und die starke Nutzung des Volksblattes.

HAUPTSÄCHLICH ERKLÄRENDE VARIABLEN

- Parteisympathie für FBP
- Hasler als Regierungschef
- Präferenz für grosse Koalition
- Volksblatt als wichtiges Medium

Wahlgründe für die VU

Zunächst wird dargestellt, welche Faktoren innerhalb der einzelnen Gruppen aufgrund der isolierten Analyse einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der VU ausüben.

SOZIODEMOGRAFIE

Zwischen soziodemografischen Merkmalen und dem Wahlentscheid zugunsten der VU lässt sich kein Zusammenhang feststellen.

SACH- UND PERSONALFRAGEN

Einzig die Präferenz für Thomas Zwiefelhofer als Regierungschef und in geringerem Ausmass wie bei der FBP die Favorisierung einer grossen Koalition zeigt einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der VU an.

POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Bei den Variablen zu politischen Einstellungen lässt sich kein Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten der VU nachweisen.

EINSTELLUNGEN ZU PARTEIEN UND SPITZENKANDIDATEN

Die hohe Sympathie für die VU sowie eine ebenfalls überdurchschnittliche Sympathie für den Regierungschef-Kandidaten Thomas Zwiefelhofer führen tendenziell zu einem Wahlentscheid für die VU. Weniger deutlich, d.h. schwach signifikant, zeigt auch das Vertrauen in die Politik einen Effekt. Anders als

bei der FBP-Wählerschaft hat das Vertrauen kaum zugenommen, sondern ist entweder gleich geblieben oder hat sogar abgenommen.

MEDIENNUTZUNG

Die unterschiedliche Nutzungsintensität von Vaterland und Volksblatt in umgekehrter Ordnung zeigt wie bei der FBP auch bei der VU einen Effekt auf das Wahlverhalten.

KOMBINATION RELEVANTER FAKTOREN AUS ALLEN SEGMENTEN (OHNE PARTEISYMPATHIE)

Als stark signifikante Einflussfaktoren auf den Wahlentscheid zugunsten der VU bleiben lediglich drei Variablen: Die Präferenz für den VU-Regierungschef-Kandidaten, die hohen Sympathiewerte für diesen Kandidaten und die Präferenz für die grosse Koalition. Die Mediennutzung zeigt nur noch einen schwachen Effekt.

KOMBINATION DER VERBLEIBENDEN FAKTOREN MIT DER PARTEISYMPATHIE

Wenn die Parteisymphathie in die Gleichung aufgenommen wird, schwingen zwei Faktoren obenaus: Einerseits die Parteisymphathie, andererseits die Präferenz für Zwiefelhofer als Regierungschef. Die Sympathiewerte für Zwiefelhofer und die Präferenz für die gros-

se Koalition sind weit weniger wichtig, aber immer noch im stark signifikanten Bereich.

HAUPTSÄCHLICH ERKLÄRENDE VARIABLEN

- Parteisymphathie für VU
- Zwiefelhofer als Regierungschef
- Sympathie für Zwiefelhofer
- Präferenz für grosse Koalition

Wahlgründe für die DU

Zunächst wird dargestellt, welche Faktoren innerhalb der einzelnen Gruppen aufgrund der isolierten Analyse einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der DU ausüben.

SOZIODEMOGRAFIE

In dieser Gruppe zeigt nur das Geschlecht einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der DU, die besonders stark von Männern gewählt wurde.

SACH- UND PERSONALFRAGEN

Die beiden hochsignifikanten Variablen sind die Regierungsvariante mit einem besonders starken Votum für eine kleine Koalition sowie die Frage der aussenpolitischen Präsenz, etwa zum Abbau von Botschaften. Stark signifikant erweist sich auch die mehrheitliche Ablehnung der Förderung von Frauen in der Politik, schwach signifikant die Haltung zur Finanzpolitik, bei welcher DU-Wähler/innen mehrheitlich einen sorglosen Umgang monieren.

POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Im Segment der politischen Einstellungen zeigen sich keine signifikanten Effekte auf das Wahlverhalten zugunsten der DU.

EINSTELLUNGEN ZU PARTEIEN UND SPITZENKANDIDATEN

Die Sympathie für die DU hat erwartungsgemäss einen bedeutenden Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten dieser Partei. Ebenfalls hoch signifikant erweist sich die Meinung, dass die Parteien sich zu wenig um das Volk kümmern, ferner weniger deutlich die unterdurchschnittlich positive Beurteilung der Regierungsarbeit.

MEDIENNUTZUNG

Auch bei der DU zeigt die (unterdurchschnittliche) Nutzung des Volksblattes im Segment der Mediennutzung einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der DU, ebenso die stark unterdurchschnittliche Nutzung von wahlhilfe.li. Beide sind indes nicht hoch signifikant.

KOMBINATION RELEVANTER FAKTOREN AUS ALLEN SEGMENTEN (OHNE PARTEISYMPATHIE)

In der kombinierten Rechnung mit den genannten Variablen bleiben lediglich drei als hoch signifikant bestehen: die Frage der Koalitionsvariante, die Kritik am Botschaftennetz sowie die Meinung, dass sich die Parteien zu wenig ums Volk kümmern. Die mehrheitliche Ablehnung einer Frauenförderung in der Politik weist keinen hoch signifi-

kanten, aber immer noch einen stark signifikanten Effekt auf.

KOMBINATION DER VERBLEIBENDEN FAKTOREN MIT DER PARTEISYMPATHIE

Unter Hinzunahme der Variable zur Parteisympathie erweist sich diese als am effektivsten von allen. Den anderen vier Variablen kommt jedoch unabhängig davon immer noch eine eigenständige Erklärungskraft zu.

HAUPTSÄCHLICH ERKLÄRENDE VARIABLEN

- Parteisympathie für DU
- Präferenz für kleine Koalition
- Rückbau in der Aussenpolitik
- Parteien kümmern sich nicht ums Volk
- Eher gegen Frauenförderung in der Politik

Wahlgründe für die FL

Zunächst wird dargestellt, welche Faktoren innerhalb der einzelnen Gruppen aufgrund der isolierten Analyse einen Effekt auf den Wahlentscheid zugunsten der FL ausüben.

SOZIODEMOGRAFIE

Unter den soziodemografischen Merkmalen erweist sich innerhalb dieser Gruppe einzig die Religiosität als Variable mit einem kausalen Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten der FL, die besonders stark von wenig oder nicht Religiösen gewählt wurde.

SACH- UND PERSONALFRAGEN

Bei den FL-Wähler/innen ist erwartungsgemäss ein stärkerer Effekt von der Variable zur Regierungschef-Präferenz zu erwarten, wenn auch der FL-Kandidat inkludiert ist. Diese weist als einzige unter diesem Variablenbündel einen hoch signifikanten Effekt auf. Etwas schwächer, aber noch stark signifikant, schlägt ausserdem die Frage zum Verkehr zu Buche, schwach signifikant Fragen zur Frauenförderung, zur Finanzpolitik und zur aussenpolitischen Präsenz.

POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Ein hochsignifikanter Effekt zeigt sich bei der Variable der Links-Rechts-Selbstpositionierung, da die Wählerschaft der FL weitgehend aus dem linken Lager stammt. Ein

starker Zusammenhang besteht auch zum Interesse an der Politik, welches bei der FL-Wählerschaft besonders gross ist.

EINSTELLUNGEN ZU PARTEIEN UND SPITZENKANDIDATEN

Neben der erwartungsgemäss hochsignifikanten Wirkung der Sympathie für die FL weist auch die Sympathie für den Regierungschef-Kandidaten der FL, Ecki Hermann, einen stark signifikanten Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten der FL auf.

MEDIENNUTZUNG

Im Bereich der Mediennutzung erweist sich einzig die Teilnahme bei wahlhilfe.li als (hoch) signifikant wirksame Variable. Die FL-Wählerschaft hat besonders intensiv diese Plattform genutzt.

KOMBINATION RELEVANTER FAKTOREN AUS ALLEN SEGMENTEN (OHNE PARTEISYMPATHIE)

Von allen genannten Variablen verbleibt einzig die Präferenz für den FL-Regierungschef-Kandidaten als Variable mit einem hoch signifikanten Effekt. Stark signifikant wirkt noch die Einstellung zur Verkehrspolitik, schwach signifikant die Frage der aussenpolitischen Präsenz, die (schwache) Religiosität, die eher linke politische Position, die

Sympathie für Ecki Hermann sowie die Nutzung von wahlhilfe.li.

KOMBINATION DER VERBLEIBENDEN FAKTOREN MIT DER PARTEISYMPATHIE

Wenn die Variable der Parteisympathie in die Rechnung aufgenommen wird, nimmt diese wie bei den anderen Parteien eine dominante Stellung ein. Daneben bleibt als zweitwichtigster, ebenfalls hoch signifikanter Faktor die Präferenz für Ecki Hermann als Regierungschef. Lediglich mit einem schwach signifikanten Effekt bleiben die Haltung in der Verkehrspolitik und die Religiosität, während die anderen Variablen in den Hintergrund treten.

HAUPTSÄCHLICH ERKLÄRENDE VARIABLEN

- Parteisympathie für FL
- Hermann als Regierungschef
- Öffentlicher Verkehr statt Strassenbau
- Geringe Religiosität

WEITERE TITEL IN DIESER REIHE

- Nr. 2/2016 Wilfried Marxer: Volksabstimmung «Familienzulagengesetz» vom 18. September 2016. Ergebnisse einer Umfrage.
- Nr. 1/2016 Wilfried Marxer: Volksabstimmung «Krankenversicherungsgesetz» vom 13. Dezember 2015. Ergebnisse einer Umfrage.
- Nr. 4/2015 Wilfried Marxer: Wohnen und Leben im Alter. Ergebnisse einer Meinungsumfrage in den Gemeinden Ruggell, Gamprin-Bendern und Schellenberg in der Bevölkerungsgruppe 50+.
- Nr. 3/2015 Christian Frommelt: 20 Jahre EWR-Abkommen: Wie stehen die liechtensteinischen Unternehmen heute zum EWR? Ergebnisse einer Onlinebefragung.
- Nr. 2/2015 Christian Frommelt: 20 Jahre EWR-Abkommen: Wie stehen die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner heute zum EWR? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage.
- Nr. 1/2015 Andreas Brunhart: Liechtensteinische Wachstumsschwäche bei Produktion und Einkommen verschärft sich. Aktualisierte empirische Beobachtungen.
- Nr. 1/2014 Wilfried Marxer: Volksabstimmung «Pensionskasse Win-Win» und «Win-Win-50» vom 15. Juni 2014. Ergebnisse einer Umfrage.

Alle Publikationen stehen auf www.liechtenstein-institut.li zum Download zur Verfügung.

